

Beschlussheft

33. Bundeskongress

Wintersemester 2023/24

Die Linke.SDS

DIELINKE
SDS

Inhaltsverzeichnis

Inhaltliche Anträge.....	3
A1 Leitantrag des Bundesvorstands zum 33. Bundeskongress.....	3
A2 Kleine Ortsgruppen unterstützen – Strukturaufbau vereinfachen.....	16
A3 Marxistisch-Feministisches Wochenende: FLINTA*-Vernetzung stärken	17
A4 Die Linke erneuern!.....	18
A5 SDS-Kampagne zur Europawahl 2024.....	22
A7 Rosa-Luxemburg-Konferenz und Luxemburg- Liebknecht-Demonstration 2024	23
A8 Raus aus der Defensive - für ein antifaschistisches Sommersemester 2024!.....	24
A9 Recht auf Asyl verteidigen - GEAS stoppen!.....	28
A11 Wohin steuert Europa? – Ein Debattenbeitrag	32
A13 Wissenshierarchien im Verband abbauen - theoretischen Einstieg in den Marxismus fördern.....	42
A14 Offensiv gegen AfD & Co.!.....	43
A15 Kuba - von und miteinander lernen.	46
A16 Partei ergreifen: von unten. Was ist zeitengemäß und modern? Die Welt braucht eine starke Linke!	50
A17 TVN an die Hochschulen bringen	56
A18 Stoppt die Besatzung! Die Menschen in Israel und Palästina brauchen eine Zukunft in Frieden!	58
A19 BAföG für alle statt Sozialstaatskürzungen fürs Militär!.....	60
A20 Zivilklauselbewegung für Friedenswissenschaft!	64
A21 Für sofortigen Waffenstillstand, für den Stopp der deutschen Unterstützung der israelischen Kriegs- und Kolonisierungspolitik und für einen gerechten Frieden in Nahost	67
Glossar.....	73

Inhaltliche Anträge

A1 Leitantrag des Bundesvorstands zum 33. Bundeskongress

Alle gehen nach rechts. Wir nicht.

- 5 »Aber Geduld und Mut! Wir werden noch leben und Großes erleben. Jetzt sehen wir vorerst, wie eine ganze alte Welt versinkt, jeden Tag ein Stück, ein neuer Abrutsch, ein neuer Riesensturz... Und das Komischste ist, dass die meisten es gar nicht merken und glauben, noch auf festem Boden zu wandeln...«

- 10 Diese Worte schrieb Rosa Luxemburg im Mai 1918 aus dem Gefängnis an ihre gute Freundin Sophie Liebknecht. Auch in den heutigen Zeiten scheinen wir manchmal den Boden unter den Füßen zu verlieren. Die eskalierende Klimakatastrophe, sich zuspitzende Blockkonfrontationen und Wirtschaftskrisen unterschiedlicher Fassung stellen hierbei die Grundpfeiler einer Kombination multipler Krisen dar und verdichten sich mit ihren Ursachen, Interdependenzen und Konsequenzen zu einem unübersichtlichen Gemisch, dessen Charakter sich in stetigem Wandel befindet¹.

- 15 Gleichzeitig eröffnen krisenhafte Zustände auch immer ein Potenzial für radikalen Wandel. In dieser teils unübersichtlichen, teils überfordernden Gemengelage ist es essenziell, den Blick für die übergeordneten Tendenzen nicht zu verlieren. Denn trotz des manchmal aussichtslos scheinenden Zustands der Welt wissen wir, dass unsere Zukunft nicht prädestiniert ist. Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, und immer wieder entstehen »Augenblicke«², in denen die bestehenden Kräfteverhältnisse auf den Kopf gestellt werden können. Als SDS sind wir aktiv in den kommenden Auseinandersetzungen und treibende Kraft von Veränderung: Jetzt erst recht!

Politische Großwetterlage

- 25 **»Fossile Gegenoffensive« im Kapitalozän**

- 30 Das 21. Jahrhundert steht im Zeichen der Klimakatastrophe. Zuletzt kamen Wissenschaftler*innen zu der Erkenntnis, dass dieses Jahr das wohl heißeste seit 125.000 Jahren wird. Hinter uns liegt erneut ein Sommer voller Extremwetterereignisse, globaler Dürreperioden, Waldbränden, Flutkatastrophen in verschiedenen Teilen der Erde und Unwetter. Nach UN-Angaben steuern wir Ende des Jahrhunderts auf 2,8°C Erderwärmung zu, was zerstörerische, globale Konsequenzen nie dagewesenen Ausmaßes mit sich bringen würde. Maßnahmen, um diesen Kurs zu verändern, wären dringend geboten, bleiben jedoch weiterhin aus Stattdessen erleben wir derzeit eine »fossile Gegenoffensive«³ – nach einigen Jahren der Zurückhaltung investieren Kohle-, Öl- und Gaskonzerne wieder

¹ Adam Tooze (2022): [Chartbook #130 Defining polycrisis - from crisis pictures to the crisis matrix.](#)

² Georg Lukács (1925/26): Chvostismus und Dialektik.

³ Christian Zeller (2023): [Fossile Gegenoffensive – Grüner Kapitalismus ist nicht in Sicht.](#)

vermehrt in die Erweiterung der fossilen Infrastruktur. Dieses fossile Rollback wird von zahlreichen Regierungen tatkräftig vorangetrieben. Der Ausbau erneuerbarer Energien geschieht derweil auf kapitalistische Weise: Mensch und Natur werden zum Zweck der Profitgenerierung ausgebeutet, die erneuerbaren Energien werden weniger zur Ersetzung als zur Ergänzung der fossilen eingesetzt. Eine Transformation hin zu „grünem Kapitalismus“ mit seinen konservierten kolonialen Zügen wird die Klimakrise nicht lösen und das Leid derjenigen, die ohnehin am meisten unter ihr leiden vergrößern⁴. Die bereits stattfindenden Veränderungen im Erd- und Klimasystem werden in den kommenden Jahren die Lebensbedingungen von Milliarden von Menschen grundlegend gefährden und neue globale Fluchtbewegungen verursachen. Als SDS müssen wir auch aus diesen Gründen für eine Wirtschaft mit Plan eintreten und uns gegen die Bedrohung der Umwelt durch kapitalistische Produktionsweise wehren - ob sie grün oder gelb angestrichen ist.

Imperiale Konflikte im Zeitalter des Endes der »billigen Natur«⁵

Bis zum heutigen Zeitpunkt hat der Krieg in der Ukraine bereits über 100.000 Menschen das Leben gekostet⁶. Vor einem langwierigen Abnutzungskrieg wurde früh gewarnt und längst ist er eingetreten: täglich fallen hunderte Menschen den Abnutzungsschlachten, etwa bei Bachmut, zum Opfer. Die dabei erkämpften Geländegewinne sind minimal und für den Kriegsverlauf nicht entscheidend. Während Rheinmetall mit einem langfristigen »Engagement« in der Region rechnet und bereits angekündigt hat, eine Panzerfabrik in der Ukraine zu errichten, wissen wir heute mehr denn je, dass es auch für diesen Krieg keine militärische Lösung geben wird. Als Ergebnis und zugleich Katalysator einer neu-alten Blockkonfrontation findet der Krieg in einer »epochalen Zäsur« statt. In dieser kann er als »Vorbote auf sich verschärfende imperiale Konflikte im Zeitalter des »Endes der billigen Natur« betrachtet werden. Eingebettet in eine komplexe Zeit gegenseitiger wirtschaftlicher Zusammenhänge und einer Zuspitzung der »ökonomisch-ökologischen Zangenkrise«⁷, kommt ihm wie weiteren heutigen imperialen Auseinandersetzungen ein doppelter Bedrohungscharakter zu: einerseits aufgrund der mit ihm verbundenen steigenden atomaren Bedrohung, andererseits durch das Vorantreiben eines Ökozids – forciert durch einen massiven Ressourcenverbrauch, Emissionsausstoß und dem Verhindern einer transnationalen Strategie zur Bekämpfung der Klimakatastrophe. Jason Moore wirft in diesem Zusammenhang eine weitere, relevante Frage auf: In einer Zeit einer »bis an die letzte Grenze erschlossenen, eingehetzten, aus- und aufgezehrten Biosphäre« kann ihre Aneignung nicht mehr der Lösung kapitalistischer Akkumulationskrisen dienen. Damit zusammenhängend wird sich der Charakter imperialer Auseinandersetzungen in Zukunft ändern. Wie genau, hängt auch von uns ab.

Absehbar ist hingegen, dass sich die imperialistische Konfrontation zwischen den USA und China um die Vorherrschaft in der sich verändernden Weltordnung zuspitzen wird. Laut einem Strategiepapier der Biden-Regierung ist China »der einzige Konkurrent, der sowohl die Absicht hat, die Weltordnung umzugestalten, als auch in zunehmendem Maße über die wirtschaftliche, diplomatische, militärische und technologische Macht verfügt, um

⁴ Kyle Powys Whyte (2016): [Is it colonial déjà vu? Indigenous peoples and climate injustice](#). (S.12)

⁵ Jason W. Moore (2023): [Imperialistische Kriege in der Endphase der billigen Natur](#).

⁶ Lia Becker (2023): [Deeskalation statt Abnutzungskrieg](#).

⁷ Klaus Dörre (2023): [Nach der Zeitenwende](#).

dieses Ziel ernsthaft zu verfolgen«⁸. Auch die Zuspitzung dieses Konflikts findet unter ökologischen Vorzeichen statt. So ist es China gelungen, in derzeit essenziellen Bereichen der wirtschaftlichen Transformation die Führung zu übernehmen und dadurch massiven Druck auf die USA auszuüben. Entsprechend orientiert die US-Sicherheits- und Verteidigungspolitik aktuell primär darauf, die »chinesische Bedrohung« im Zaum zu halten.

Nun kündigen sich durch die Verhinderung einer politischen Lösung im Nahen Osten, der langanhaltenden, tödlichen Wirtschaftsblockade in Gaza und dem folgenden Angriff der Hamas und verbündeter Einheiten auf Israel, geopolitische Verschiebungen neuen Ausmaßes an. Der derzeitige Krieg wird jede Aussicht auf Stabilität in der Region auf absehbare Zeit zunichtemachen. Währenddessen stehen die westlichen Regierungen, allen voran die USA, weiterhin fest an der Seite Israels. Doch mit der fortwährenden Eskalation des Kriegs durch das Flächenbombardement auf Gaza und der dramatischen Verschlechterung der humanitären Lage in Gaza wächst eine internationale Palästina-solidarische Bewegung auf den Straßen, die die Differenz zwischen Regierung und Bevölkerung in zahlreichen Staaten sichtbar macht. Inwieweit die Folgen des Krieges zu Veränderungen im Diskurs und möglicherweise zur Verschiebung tatsächlicher Kräfteverhältnisse führen werden, liegt auch an uns. In Deutschland müssen wir für eine Friedenslösung und gegen Kriegstreiberei kämpfen.

Ökonomische Zuspitzungen in einer globalisierten Welt

Der US-Imperialismus und deren Entitäten aus neoliberalen Institutionen wie Weltbank, IWF, WTO wird auch ökonomisch immer stärker durch die BRICS-Staaten herausgefordert. Spiegelbildlich zum Abwärtstrend des US-Imperialismus erfolgte der Aufstieg der alternativen Institutionen wie AIIB (Asian Infrastructure Development Bank), NDB (New Development Bank) beziehungsweise CRA (Contingency Reserve Agreement) und weitere. Gegen diesen Niedergang des US-Imperialismus wehrt sich dieser stetig aggressiver in Form von Kampf um neueste Technologien, Konkurrenz um Absatzmärkte und Rohstoffe, durch Rassismus, Abschottung bis hin zum offenen Krieg.

Hierzulande spitzt sich derweil die soziale Ungleichheit weiter zu. Deutschland ist heute, was die Vermögensverteilung angeht, eines der ungleichsten Länder in Europa. Die Armut in Deutschland ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 2021 lag sie in der Gesamtbevölkerung bei 16,9% und unter Studierenden sogar bei 38%. Angesichts dessen bedeutet die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung in erster Linie eine Verschlimmerung der sozialen Lage. Die deutsche Wirtschaft befindet sich heute in einer Rezession.

Die deutsche Exportwirtschaft, die durch den Handel in alle Winkel der Welt funktioniert, wird angesichts der gespaltenen Machtblöcke in seiner ökonomischen Existenz angegriffen. Die Abwälzung der Krisenkosten an die Arbeiter*innenklasse durch Angriffe auf den Sozialstaat, versucht die herrschende Klasse durch staatliche Dauersubventionen zu flankieren wie zum Beispiel die Industriestrompreisbremse. Dabei verschärft sich die Dysfunktionalität des Kapitalismus und dem kurzfristigen Profitstreben. Die Krisenlösung durch Austeritätspolitik und Leitzinserhöhungen zeigt die ideologische Sackgasse der herrschenden Volkswirtschaftslehre immer stärker auf: Außenpolitisch mitverursachte Preisschocks im Energiesektor werden dort als »nachfragegetriebene Inflation« mit

⁸ The White House Washington: [National Security Strategy, October 2022](#)

Leitzinserhöhungen behandelt, was die Krise nur verschärft. In diesem Gegensatz benötigt eine an den gesellschaftlichen Bedürfnissen gemessene Wirtschaft dringend massive Investitionen in eine sozial-ökologische Konversion die auch die bisherigen Energielieferant*innen durch Technologie-Transfer und Patentfreigabe beinhalten muss.

5 **Alle gehen nach rechts: Unsere politischen Gegner**

Zwei Jahre »Fortschrittskoalition«: Eine Bilanz

Die Ampel startete in ihre Legislatur mit dem größten Aufrüstungsprogramm der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte. Nur sechs Tage nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine rief Olaf Scholz am 27. Februar die »Zeitenwende« in der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Es wurde in kürzester Zeit ein 100 Milliarden schweres Sondervermögen für die Bundeswehr auf den Weg gebracht. Massive Aufrüstungspläne lagen schon lange in den Schubladen der Herrschenden und ihre Realisierung soll Deutschland verstärkt als imperialistischen Akteur etablieren. Die Militarisierung geht hierzulande weiter und wird von Vertreter*innen der Bundesregierung auch auf der Diskursebene befeuert. So forderte etwa SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius zuletzt einen »Mentalitätswandel« in der Bevölkerung. Bundeswehr und Gesellschaft müssten »kriegstüchtig werden« und »wehrhaft sein«. Auch die Universitäten sollen hierbei eine prominente Rolle spielen: so fordert die Vorsitzende des Verteidigungsausschuss Strack-Zimmermann (FDP) in Übereinstimmung mit CDU-Chef Merz die Aufhebung bestehender Zivilklauseln und den uneingeschränkten Zugang der Bundeswehr zu Schulen und Hochschulen.

Die Inflationskrise hat zu einer dramatischen Zuspitzung bestehender Missstände und sozialer Ungleichheit geführt. Während die Ampel zunächst darum bemüht war, das Protestpotential über Einmalzahlungen, eine Erhöhung des Wohngelds und temporäre Gas- und Strompreispbremsen einzuhegen, folgte 2023 der Rückgang zur Austeritätspolitik. Christian Lindner pocht seitdem auf die Einhaltung der Schuldenbremse. Oder in seinen Worten: »Die Zeit der Wünsche ist vorbei«. Diese Agenda bedeutete in der Konsequenz einen sozialen Kahlschlag, der sich auch im Haushaltsentwurf 2024 bemerkbar macht. So etwa der unterfinanzierten Kindergrundsicherung oder den massiven Kürzungen beim BAföG. Ausgabensteigerungen finden sich dafür beim Etat des Verteidigungsministeriums. Erhöhungen von Spitzen- und Erbschaftssteuersätzen oder gar die Einführung einer Vermögenssteuer wird es unter Lindner derweil nicht geben.

Diese Fiskal- und Steuerpolitik hat aber nicht bloß gravierende Auswirkungen für die Sozial- und Bildungspolitik, sondern betrifft auch die Maßnahmen für einen nachhaltigen Umbau der Wirtschaft. Die Investitionen der Bundesregierung sind hier nach allgemeiner Einschätzung viel zu gering, um die nötige Transformation auf den Weg zu bringen⁹. Die Ampel tut viel zu wenig fürs Klima und was sie tut, ist kaum bis gar nicht sozial abgefedert. Dieser austeritätsökologische Ansatz wurde in der Debatte um das sogenannte Heizungsgesetz und dessen fehlende soziale Absicherung besonders deutlich. Während die Ampel einerseits Klimaschutz mit sozialem Abstieg verbindet, betreibt sie andererseits im Bereich der LNG-Infrastruktur ein massives fossiles Rollback.

Zeitgleich trägt die Ampel tatkräftig zur Verschärfung des ohnehin schon harten Tons in

⁹ Eva Völpele (2023): [Die Ampel im FDP-Modus](#)

der Migrationsdebatte bei. Dies geschieht nicht nur diskursiv (unser Bundeskanzler will »im großen Stil abschieben«), sondern wird auch gleich gesetzlich festgeschrieben: zuletzt mit dem sogenannten Rückführungsverbesserungsgesetz, zuvor auf europäischer Ebene mit der GEAS-Reform (Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems), welches die
5 Ampel mit auf den Weg gebracht hat. Die Bundesregierung macht dabei, aus der »politischen Mitte« heraus, die stärksten rassistischen Schritte nach rechts seit Langem und hebt die menschenverachtende Abschottungspolitik der Festung Europa auf ein neues Level. Begleitet werden diese Entwicklungen von verstärkter Repression und Gewalt insbesondere gegen linke Aktivist*innen (dies traf etwa die Aktivist*innen in Lützerath, die Letzte
10 Generation sowie die Antifaschist*innen rund um Lina E.) und in stärkerem Maße auch gegen rassifizierte Menschen, wie zuletzt wieder im Kontext der Verbote von palästinasolidarischen Demos und damit verbundenem racial profiling deutlich wurde.

Nach zwei Jahren Ampel-Koalition halten wir fest: Die Ampel betreibt eine inkohärente Wirtschaftspolitik, die weder konsequent neoliberal noch staatsinterventionistisch ist.
15 Dort wo sie steuernd in die Wirtschaft eingreift, tut sie dies in Form von massiven Unternehmenssubventionen, die einem Staatsinterventionismus für das Kapital gleichkommen. Die Ampel bewegt sich klimapolitisch zwischen einer unzureichenden Austeritätsökologie und einem handfesten fossilen Rollback. Die Mitglieder der Bundesregierung verstärken durch ihre öffentlichen Positionierungen im Kontext der jüngsten Asylreformen ein rassistisches Diskursklima. Die Reformen selbst kommen einer massiven Ausweitung des bestehenden institutionellen Rassismus gleich. In der Konsequenz arbeitet die
20 Ampel einem brandgefährlichen gesellschaftlichen Rechtsruck zu.

BSW, radikalisierte Konservatismus und die extreme Rechte

Insbesondere die AfD konnte von den genannten Krisen samt Abstiegsängsten und -erfahrungen, den programmatischen Defiziten der Ampelregierung und dem Ausbleiben einer starken, regierungskritischen Opposition von Links profitieren. Eine innere Radikalisierung zugunsten des »völkischen Flügels« hat der AfD dabei offensichtlich nicht geschadet: über die letzten Monate hat sich die AfD bundesweit bei 20% der Wähler*innenstimmen konsolidiert. In den ostdeutschen Bundesländern, in denen 2024 Landtagswahlen
25 stattfinden, liegt sie laut Umfragewerten sogar bei über 30%. Ein »radikalisierte Konservatismus« hat der AfD dabei »diskursiv das Feld bestellt«¹⁰. Durch die Übernahme rechter Positionen und eines zunehmend härter geführten Kulturkampfes normalisiert die Post-Merkel-CDU unter Friedrich Merz AfD-Positionen und mobilisiert so die stille Reserve der Rechten in der sogenannten »bürgerlichen Mitte«. Deren Welt- und Menschenbild des ständigen Wettkampfs zwischen Individuen und Ideen auf einem Markt sind leicht anschlussfähig an faschistische und nationalistische Fantasien vom Wettstreit der Völker um begrenzte Ressourcen. Dieser Kulturkampf ist ein verzweifelter Versuch von den wirtschaftlichen und sozialen Missständen abzulenken, die Ergebnis neoliberaler Politik sind. Diese wurden insbesondere unter Rot-Grün implementiert und dann unter CDU-Regie-
35 rung in wechselnden Koalitionen mit SPD und FDP bis aufs Unerträgliche verwaltet. Als Antifaschist*innen besorgt uns darüber hinaus die zunehmende Vereinnahmung des vorpolitischen Raums durch die AfD, die als Teil der strategischen Ausrichtung auf eine
40

¹⁰ Sebastian Friedrich (2023): [Die AfD ist so rechts wie noch nie](#).

»Mosaik-Rechte« einzuordnen ist¹¹. Als Teil dieser inhaltlichen heterogenen Rechten stehen uns im universitären Raum nicht nur Burschenschaften und assoziierte Gruppen wie die »Identitäre Bewegung« gegenüber, sondern auch mögliche Neugründungen der »Campus Alternativen«. In Koblenz und anderen Städten bereits angeklungen, versucht die AfD so reaktionäre, völkisch-nationale und neoliberale Positionen verstärkt an die Universität zu tragen. Neben elitärem Geschwurbel und konkreten Bedrohungen u.a. für queere und migrantisierte Studierende, steht die Campus Alternative auch für die Abschaffung der Zivilklausel. In den kommenden Monaten wird es für uns darauf ankommen, progressive Errungenschaften am Campus aktiv zu verteidigen.

10 In diese Gemengelage tritt der neu gegründete Verein »Bündnis Sahra Wagenknecht – für Vernunft und Gerechtigkeit e.V.« (BSW), der die Gründung einer neuen Partei vorbereitet und dem Stand heute 10 ehemalige Mitglieder der LINKEN-Fraktion im Bundestag angehören. Anhand vorgestellter Eckpunkte und Äußerungen der Vertreter*innen wird das Projekt vielfach in eine kulturell konservative und sozio-ökonomisch linke Richtung eingeordnet. Mit dem Betonen einer »fairen Leistungsgesellschaft«, »mehr Wettbewerb« und eines »starken Mittelstands« zeigt sich dabei deutlich, dass das »links« dieser Wirtschaftspolitik keinesfalls auf einer klassenpolitischen Analyse aufbaut, sondern stattdessen einen »neuen« Klassenkompromiss zwischen »etablierten Segmenten der Arbeiterklasse, abstiegsbedrohten Teilen der Mittelschicht und fortschrittlicher nationaler Bourgeoisie«¹² zu bemühen scheint.

Vielfach ist in den letzten Wochen das Argument angeklungen, dass eine Wagenknecht-Partei »zumindest« die AfD schwächen könnte. Einerseits deuten Umfragen tatsächlich auf potenzielle Wähler*innen-Wanderungen hin¹³. Andererseits zeigen dieselben Umfragen jedoch, dass eine Wagenknecht-Partei, um erfolgreich zu sein, kulturkonservative Wähler*innen für sich gewinnen muss. Eine weitere Kulturalisierung des politischen Diskurses von »links« kann für den Kampf gegen die AfD auf lange Sicht nicht von Vorteil sein. Stattdessen ist davon auszugehen, dass AfD-Kernthemen noch stärker gesetzt, AfD-Positionen legitimiert und vor allem die Spaltung der arbeitenden Klasse anhand kultureller Fragen forciert wird.

30 **Demobilisierte Klassengesellschaft am autoritären Kipppunkt?**

Während der Klassenkampf von oben an Intensität gewinnt, hält sich der Widerstand von unten in Grenzen. Es macht sich jedoch ein Grummeln in der Gesellschaft breit. Linda Beck und Linus Westheuser haben ein weit verbreitetes »Unrechtsbewusstsein«¹⁴ identifiziert, welches sich in einer Kritik an Reichen und Politikern, aber auch an vermeintlich leistungsunwilligen Empfängern von Arbeitslosengeld oder Migranten äußern kann und damit sowohl für links als auch für rechts Anknüpfungspunkte bietet. Dabei spielen insbesondere verletzte Ansprüche eine wichtige Rolle. Es zeichnet sich immer klarer ab, dass das Leistungsversprechen der letzten Jahrzehnte nicht mehr trägt, wodurch eine der

¹¹ Siehe hierzu insbesondere die Beiträge Benedikt Kaisers (»Neue Rechte«, Institut für Staatspolitik), u.a. in der Sezession.

¹² Loren Balhorn (2023): [Klassenkompromiss mit Kampfansage](#).

¹³ Carsten Braband (2023): [Wo liegt das Potenzial einer Wagenknecht-Partei?](#)

¹⁴ Linda Beck & Linus Westheuser (2022): [Verletzte Ansprüche. Zur Grammatik des politischen Bewusstseins von ArbeiterInnen](#).

zentralen Säulen des liberalen Kapitalismus ins Wanken gerät. Die Konsequenzen sind häufig Angst und Resignation. Grundsätzlich gilt, dass sich in Deutschland, wie auch in anderen kapitalistischen Zentren, eine demobilisierte Klassengesellschaft¹⁵ herausgebildet hat. Diese zeichnet sich durch die Abwesenheit einer starken Organisation der politischen und sozialen Interessen der Klasse aus. Infolgedessen finden soziale Konflikte und Klassenkämpfe immer weniger Beachtung und Resonanz im politischen Raum sowie innerhalb der Linken, obwohl die soziale Ungleichheit wächst.

Entgegen diesen Trends formierte sich in den letzten Monaten ein neuer Aufschwung an betrieblichen Kämpfen. Insbesondere im Dienstleistungssektor gelang es den »verkanteten Leistungsträgern«, ihre Enttäuschung und Wut durch gemeinsame Organisation in kollektive Stärke und materielle Erfolge umzuwandeln. Auch an den Unis streiken diesen Herbst wieder die studentischen Beschäftigten für einen Tarifvertrag. Der Aufbau der TVStud-Kampagne hat gezeigt, wie herausfordernd es ist, entgegen der weit verbreiteten Individualisierung und Vereinzelung an den Hochschulen eine studentische Streikbewegung aufzubauen. Dennoch gibt es Anknüpfungspunkte, und der diesjährige Streik ist erst der Anfang einer bundesweiten Bewegung für faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen als ein zentraler Baustein einer guten Lehre für alle Studierenden. Darüber hinaus formiert sich ein wegweisendes Bündnis zwischen ver.di und Fridays for Future. In der WirFahrenZusammen-Kampagne erproben Beschäftigte im ÖPNV und Klimabewegung den climate labour turn und machen eine ökologische Klassenpolitik vor, bei welcher die Anliegen für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Wenn die Kampagne es schafft zu halten, was sie aktuell verspricht, kann daraus ein grundlegend neues Modell gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen und verbindender Klassenpolitik entstehen.

Diese Beispiele sind in der Bilanz bisher nur kleine Erfolge gegen die fortwährende Tendenz zur Aushöhlung des Sozialstaats und wirken dementsprechend noch nicht orientierungsgebend in das Alltagsbewusstsein der beherrschten Klassen. Als gesellschaftliche und politische Linke in Deutschland gilt es, jenes Grummeln, dass das Potenzial birgt, zum Motor für einen Klassenkampf von unten zu werden, aufzugreifen und weiterzuführen!

Mit der Demobilisierung der Arbeiter*innenklasse korrespondiert eine tiefgreifende Entfremdung mit den einstmaligen Volksparteien - im Grunde aber sogar mit dem gesamten Parteienspektrum links der AfD. Wie schon zu Beginn des Jahrtausends zeigt sich heute wieder, dass die gemeinsame Beteiligung von Grünen und SPD an der Regierung keine wesentlichen Zugewinne für die Arbeiter*innenklasse und anderweitig prekarierte Gruppen bringt. Die damit verbundene Alternativlosigkeit aus der Wähler*innenperspektive bedeutet eine Krise der Repräsentation, die momentan nur die AfD wirklich für sich zu nutzen weiß. Diese Krise betrifft aber nicht nur die Arbeiter*innenklasse, sondern auch Teile der progressiven Mittelklasse. Die Grünen als Partei für Klima und die Wahrung von Menschenrechten haben sich in der Ampelregierung selbst entzaubert. DIE LINKE war hingegen nicht in der Lage, sich bei den entscheidenden Fragen kohärent und klar zu positionieren, um so einen Gegenpol zur AfD zu bilden.

All das spielt der radikalen Rechten in die Hände. Die AfD, aber zunehmend auch andere

¹⁵ Klaus Dörre (2019): [Umkämpfte Globalisierung und soziale Klassen. 20 Thesen für eine demokratische Klassenpolitik.](#)

- Parteien der sogenannten Mitte, betreiben dabei eine Affektpolitik und bespielen sogenannte »Triggerpunkte«¹⁶. Diese »gesellschaftlichen Aufreger« treten vor allem bei Fragen der politischen Umsetzung zutage und verschleiern häufig den grundsätzlich vorhandenen Konsens in der Gesellschaft bei Themen wie Migration, Klimakrise, Selbstbestimmung und Ungleichheit. Dadurch gelingt es politischen Akteuren immer mehr, die politische Landschaft nach und nach von rechts umzupflügen. Auch im Bewusstsein der Menschen kündigt sich ein Rechtsruck an. Laut der neuesten Mitttestudie¹⁷ verorten sich 15,5% der Befragten rechts der Mitte - 5% mehr als in vorangegangenen Befragungen. Auch Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalchauvinismus sind im Vergleich zu vorherigen Jahren deutlich angestiegen. Unsere Gesellschaft droht auf einen »autoritären Kippunkt«¹⁸ zuzurasen, eine kritische Grenze, die, wenn einmal überschritten, zwar nicht unumkehrbar ist, aber zur Beschleunigung negativer Dynamiken und der Etablierung von Diskursen und Normen führen kann, die der demokratischen Gesellschaft ihren Boden entziehen.
- 15 All diese Dynamiken und Herausforderungen gilt es zu analysieren und ernst zu nehmen, dabei jedoch nicht zu vergessen, dass das gesellschaftliche »Grummeln« stets auch eine Vielzahl von Anknüpfungsmöglichkeiten offenbart. An den immer neuen Krisen und dem offensichtlichen Handlungsbedarf müssen wir als studentische, gesellschaftliche und politische Linke dringend ansetzen. Es braucht Akteure, denen es gelingt, die bestehenden Unzufriedenheiten und Widersprüche aufzugreifen und zu verbreitern! Nicht zuletzt deswegen ist es zentral, dass wir als sozialistische Studierende die LINKE in den kommenden Monaten wieder zu einer Partei der Opposition, der Bewegungen und vor allem der Klasse aufbauen.

Quo Vadis DIE LINKE?

- 25 Für die LINKE beginnt mit dem Austritt von Sahra Wagenknecht und 9 weiteren Abgeordneten ein neues Kapitel. Die Richtung, in die sich die Partei nun entwickeln wird, ist umkämpft, und die LINKE muss sich aus einigen Fesseln und Zwängen befreien, um die Krise der letzten Jahre hinter sich zu lassen und wieder zu einer relevanten, sozialistischen Kraft zu werden.
- 30 Ein zentrales Problem der LINKEN ist, dass sie ihren oppositionellen Charakter verloren hat. Dies drückt sich nicht nur durch fehlenden Mut und fehlende Intervention in gesellschaftlich polarisierten Diskursen aus, sondern auch durch programmatische Unschärfe und eine Orientierung auf Kompromisse, nicht zuletzt in Form einer Orientierung auf R2G-Regierungen. Ein Grund für diese Entwicklung ist die Logik des Parlamentarismus, die auch innerhalb der LINKEN immer weiter Fuß fasst. Der Fokus auf Regierungsbeteiligungen unterbindet genau das, was linke Politik eigentlich auszeichnen müsste: Konfliktbereitschaft und Interventionsfähigkeit¹⁹. Ebenso verhindert die Tendenz zum Stellvertretertum, dass die LINKE eine echte Verankerung in den kämpfenden Teilen der arbeitenden Klasse aufbauen kann. Die LINKE ist im Kern eine reformistische Partei - nichtsdestotrotz

¹⁶ Steffen Mau, Thomas Lux & Linus Westheuser (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft.

¹⁷ [Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23](#)

¹⁸ Daniel Mullis, Maximilian Pichl & Vanessa E. Thompson (2023): [Am autoritären Kippunkt](#)

¹⁹ Raul Zelik (2022): [Aufbruch und Krise der LINKEN](#)

ist es zentral, dass wir eine stärkere oppositionelle Haltung von ihr einfordern, eine Orientierung weg von den Parlamenten und hin zur kämpfenden Klasse. Wir wollen zurück zu einem Verständnis des Parlaments als Bühne statt als zentralen Austragungsort von politischen Konflikten. Wir müssen wieder viel mehr auf die Orte orientieren, wo der Klassenkampf alltäglich stattfindet: in den Betrieben, auf den Straßen, in den Vierteln und an den Hochschulen. Wir wollen die LINKE zu einer Partei umgestalten, in welcher die fortschrittlichen Teile der Klasse und die klassenorientierten Teile der Bewegungen zusammenkommen und für sozialistische Ideen streiten. Hierin ist die Proletarisierung der Partei ein zentrales Projekt.

- 5
- 10 Die Entwicklungen innerhalb der LINKEN bergen die Gefahr in den kommenden Monaten programmatische Richtungsentscheidungen aufzuwerfen. Für uns steht fest, dass wir in der marxistischen Tradition für konsequent antiimperialistische und antikapitalistische Grundsätze stehen. Eine Aufweichung der friedenspolitischen Positionen und des Erfurter Programms wollen wir um jeden Preis verhindern, denn angesichts der globalen Welt-
- 15 ordnung braucht es eine linke, antiimperialistische Kraft, die klar an der Seite der Unterdrückten steht und sich für friedliche und zivile Lösungen stark macht. Antirassismus, Feminismus und Ökosozialismus gehören für uns ebenso zum Grundkonsens der Partei. In Zeiten des Aufschwungs der radikalen Rechten müssen wir die progressiven Errungenschaften der letzten Jahre nicht nur verteidigen, sondern diese auch mit realen materi-
- 20 elen Verbesserungen ausstatten und ausbauen.

- Zudem muss die LINKE wieder lernen, die Anliegen der Klasse zu identifizieren und zu artikulieren, um die Lücke zu schließen, in die die Rechte in den letzten Jahren vorstoßen konnte. Das neoliberale, technokratische Krisenmanagement der Ampel und die autoritären gesellschaftlichen Entwicklungen machen dabei mehr als deutlich, dass wir die
- 25 Frage der Demokratie viel breiter und grundsätzlicher stellen müssen. Mehr Repräsentation wird dabei nicht ausreichen - wir benötigen echte Partizipation, echte Mitbestimmung. Ebenso wichtig ist die Frage nach gerechter Umverteilung. Während die Ungerechtigkeiten zunehmen, gelingt es der LINKEN derzeit nicht, Verteilungsfragen klar zu benennen, obwohl diese sich an allen Ecken und Enden auftun. Es reicht jedoch nicht, wenn die
- 30 LINKE die radikalsten Forderungen aufstellt, aber keine Perspektive hat, diese auch durchzusetzen. Angesichts der zahlreichen Unsicherheiten und Zukunftsängste sollten wir alles daransetzen, echte Handlungsfähigkeit herzustellen, um der um sich greifenden Ohnmacht etwas entgegenzusetzen. Durch den Aufbau kollektiver Stärke in gemeinsamen Kämpfen können wir um das Bewusstsein unserer Klasse kämpfen, den Nutzen einer linken Partei unter Beweis stellen und so die LINKE wieder zu einer relevanten linken Kraft
- 35 aufbauen!

Sozialistische Politik an den Hochschulen

- Als sozialistischer Studierendenverband gehört der Kampf gegen die neoliberale Umstrukturierung des gesamten Bildungssektors, konkret an der Universität, zu einer unserer größten Aufgaben. Die fortschreitende Ökonomisierung der Hochschulen und Reduzierung der Bildung auf wirtschaftliche Verwertbarkeit, verstehen wir dabei als eine Facette der Auseinandersetzung mit dem herrschenden kapitalistischen System und betrachten Hochschule und Gesellschaft immer in ihrer gegenseitigen Wechselwirkung. Während das Kapital zunehmend ungehinderten Einfluss auf die Forschung und Lehre
- 40

der Hochschulen hat, werden Universitäten immer weniger Orte der kritischen Infragestellung gesellschaftlicher Verhältnisse, der emanzipatorischen Bildung, des freien Denkens oder des studentischen Widerstands. Zu oft werden sie hingegen zum Ort der ideologischen Verteidigung kapitalistischer Verhältnisse entlang der Anforderungen des Marktes.

Die anhaltende Ökonomisierung des Bildungswesens hat zudem eine weitestgehende Vereinzelung an den Hochschulen erwirkt: Innerhalb dieser Verhältnisse finden wir uns auf einem zunehmend entpolitisierten Campus wieder - auf dem Studierende im Strudel von Leistungsdruck, Lohnarbeit, Konkurrenz und Regelstudienzeit kaum noch Zeit für ein selbstbestimmtes kritisches Studium, geschweige denn politische Organisation finden. Hinzu kommen nun aber auch die Auswirkungen des »Dauerkrisenmodus«²⁰, in dem unsere Generation aufwächst. Dieser erzeugt Erschöpfung, weckt Ohnmachtsgefühle und schafft Unsicherheit. Dem Pessimismus und der Vereinzelung unter Studierenden lässt sich nur begegnen durch die Erfahrung kollektiver Handlungsfähigkeit im gemeinsamen Kampf – egal, ob es um konkrete materielle Verbesserungen geht (BAföG, Semesterticket, usw.) oder um politische Auseinandersetzungen (Zivilklauseln, Palästina, usw.). Als sozialistischer Studierendenverband ist es unsere Aufgabe, in diesen Kämpfen möglichst als organisatorischer Kern und ideologisch bestimmende Kraft voranzugehen. Der Kampf um die unmittelbaren materiellen Interessen der Studierenden ist dabei wesentlich, wenn auch nicht »hochschulborniert« zu führen. Er bietet die Möglichkeit, 1) durch konkrete ökonomische Verbesserungen im Alltag unseren Kommiliton*innen Zeit und Raum für die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen Studium und die politische Betätigung zurückzugeben, 2) in diesen Kämpfen gewerkschaftliches und, durch allgemeinpolitische Einordnung und marxistische Bildungsarbeit, politisches Bewusstsein zu bilden. Eine solche »gewerkschaftliche Orientierung« in der Hochschulpolitik ist dabei keine Einschränkung. Sie bietet die Grundlage, um in der Studierendenschaft wieder eine Massenbasis zu erlangen, mit der das Eingehen von gesamtgesellschaftlichen Bündnissen (gegen Krieg, Austerität und ökologische Zerstörung) erst wirksam wird. Um uns im gesamten Verband zur Rolle der Hochschulen im Kapitalismus, der Studierendenbewegung und der Bedeutung von Hochschulpolitik als Teil einer gesamtgesellschaftlichen Strategie zu bilden, treffen wir uns zum Verbandswochenende am 16.-18. Februar in Frankfurt am Main. Wir verstehen dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.

35 **Die Rolle des SDS**

Als sozialistische Studierende sagen wir der ökonomischen Vereinnahmung unserer Uni, unserer Bildung und unseres Lebens den Kampf an. Dabei begreifen wir die Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse sowie die Verwerfungen der Welt in ihrer Systematik und sind angetrieben von Wunsch und Wille, die Dinge, die wir nicht akzeptieren können, zu verändern (Angela Davis). Durch den strukturierten Aufbau von Gegenmacht hier und heute können wir erfolgreiche linke Geländegewinne machen. Als SDS sind wir dabei Ausbildungsort und strategischer Akteur zur selben Zeit.

²⁰ [Jugend in Deutschland - Trendstudie 2023 mit Generationenvergleich](#)

Wir organisieren uns rund um unseren Lebensmittelpunkt, das heißt während des Studiums an den Hochschulen, und wollen von dort Veränderungen erwirken. Im Bündnis mit der Arbeiter*innenklasse streiten wir in objektiver Gegnerschaft zum Monopolkapital, was eine wirksame studentische Interessensvertretung erfordert. Dafür benötigt es: Marx
5 an die Uni, um der Ideologie der Herrschenden und der neoliberalen Lehre eine Alternative entgegenzusetzen. Jeder Fachbereich kann hat einen Bezug zur aktuellen gesellschaftlichen Situation und kann systemerhaltend oder systemkritisch ausgestaltet werden. Wir streiten in Berufungskommissionen für progressive Professuren. In den Fachschaften streiten wir für lernfreundlicheres Studieren und eine kritische Ausrichtung von
10 Forschung und Lehre statt für die Entpolitisierung des Studiums durch den Fokus auf Partys in den Orientierungseinheiten. Mit einer lebendigen studentischen Kultur, die eine weitere Demokratisierung erkämpfen muss, möchten wir die Gegnerschaft stärken zur Wissenschaft in den Diensten des Kapitals.

Dabei begreifen wir die Universität als Kampffeld inmitten der hochtechnologisierten Kapitalakkumulation, wovon wir uns nicht verstecken, sondern was wir offensiv aufgreifen. Daher suchen wir uns keine Nischen und Freiräume, sondern forcieren den sozialistischen Umbau der gesamten Universität durch kollektive Handlungsfähigkeit und deren Ausbau. Die Organisation von Kritischen Einführungswochen in einer Vielzahl von Städten stellt dabei einen stetigen Bezugspunkt dar. Auch in verschiedenen Gremien setzen wir
15 uns für Verbesserungen im Hier und Jetzt im Studienalltag unserer Kommiliton*innen ein, und versuchen, die Funktionsweise der Universität in unserem Sinne demokratisch umzugestalten. Wir identifizieren konkrete Auseinandersetzungen, wie diejenigen um den Erhalt des Semestertickets, den Anstieg von Wohnheim- und Mensapreisen, die Schließung von Bibliotheken und die einseitigen Angebote der Lehre, in denen wir einen entscheidenden Unterschied machen können. In Projekten und Kampagnen setzen wir alles
20 daran, unsere Interessen durchzusetzen und mit einer darüberhinausgehenden Organisierungsperspektive für unsere Kommiliton*innen zu verbinden.

Dafür müssen wir stets aufs Neue Möglichkeitsfenster erkennen, überzeugende Strategien dorthin entwickeln sowie methodisch und konfliktorientiert von unten am Aufbau
30 von Mehrheiten arbeiten. Weil unsere Interessen - zum Beispiel nach guter, ausfinanzierter Bildung oder einer sozial-ökologischen Verkehrswende - dabei auch immer mit denen anderer Teile der Arbeiter*innenklasse zusammenhängen, streben wir außerdem solidarische Bündnisse mit eben dieser an, um den Kapitalismus dort anzugreifen, wo sich die größten Widersprüche auftun.

Als SDS können wir die politische Antwort und Organisierungsperspektive bieten, die trotz aller Einzelung immer noch viele Studierende suchen! Wir sind lokal verankert, bundesweit organisiert, haben ein marxistisches theoretisches Fundament und sind parteinah. In unserer Praxis sind wir stark in Bewegungen verankert und kämpfen gleichzeitig innerhalb der Hochschulpolitik mit unseren Kommiliton*innen für unsere gemeinsamen
35 Interessen. Als pluraler Verband setzen wir dabei inhaltlich und strategisch lokal verschiedene Schwerpunkte und finden gleichzeitig immer wieder gemeinsame Ansatzpunkte und Kampagnen, in denen wir unsere Theorie und Praxis gemeinsam weiterentwickeln.
40

Geschichte ist machbar!

Durch zahlreiche gemeinsame Auseinandersetzungen stärken wir nicht nur unsere kollektive Handlungsmacht, sondern zeigen den klassenkämpferischen Zusammenhang von vermeintlich isolierten Kämpfen auf und erringen konkrete Verbesserungen an der Universität sowie darüber hinaus.

5 Im Kampf gegen die fortschreitende Prekarisierung unserer Studien-, Forschungs- und Lebensbedingungen schmieden wir mit gewerkschaftlichen Akteur*innen und statusübergreifenden Initiativen schlagkräftige Bündnisse: Mit der TVStud-Kampagne waren und sind wir mittendrin in aktuellen Kristallisationspunkten dieser Kämpfe. So erproben wir die gewerkschaftliche Erneuerung praktisch und lernen, wie wir systematisch unsere
10 Komiliton*innen in Kämpfe einbinden und gemeinsam Macht aufbauen können. Wir wissen: Die Kürzungspolitik, der Mangel an Lehrpersonal, marode Universitätsgebäude, ein unterfinanziertes BAföG und prekäre Wissenschaft sind keine unausweichliche Tragik, sondern politisch gewollt und veränderbar.

15 Trotz unklarer Finanzierungslage des Deutschlandtickets (bzw. bereits angekündigtem Anstieg der Anschaffungskosten) für die nächsten Jahre wurde und wird vielerorts aktuell das Semesterticket gekündigt. Dabei sind viele unserer Komiliton*innen dringend auf kostengünstigen Nahverkehr angewiesen. Deshalb verteidigen wir das Solidarmodell und sagen »Semesterticket bleibt«! Der schnelle Aufbau von Bündnisstrukturen und temporäre Erfolge wie in Frankfurt am Main zeigen, dass unser Widerstand wirkt und hier das letzte
20 Wort noch nicht gesprochen ist.

Nicht nur im Kampf um das Semesterticket passiert gerade viel rund um den ÖPNV: In der WirFahrenZusammen-Kampagne haben sich in den letzten Monaten zahlreiche Klimaaktivist*innen und Busfahrer*innen zusammengetan, um gemeinsam für bessere Arbeitsbedingungen, mehr Klimaschutz und die Ausfinanzierung des ÖPNV zu streiken. An vielen
25 Orten tragen wir als SDS bereits entscheidend dazu bei, Strukturen auch an der Hochschule aufzubauen, um mit einer breiten, gesellschaftlichen Solidaritätsbewegung den Streikenden im kommenden Jahr den Rücken zu stärken. In der Kampagne können wir uns außerdem dafür einsetzen, die Finanzierung des Semestertickets sicherzustellen. In den nächsten Wochen und Monaten werden wir deswegen eine starke Streikbewegung
30 an den Unis aufbauen, um ein sichtbarer Teil der Streikauseinandersetzungen im kommenden Jahr zu sein.

Im aktuell wieder aufflammenden Kampf gegen Militarisierung im Inneren und Äußeren erwirken und verteidigen wir als SDS weiterhin die Zivilklauseln und wirken in den entscheidenden Momenten am Aufbau einer starken Friedensbewegung mit. Wir stehen dabei auf der Straße und in der Uni solidarisch gegen die zunehmende Repression und Kriminalisierung gegenüber linken, antirassistischen, palästina-solidarischen sowie klimaaktivistischen Akteuren. Die fortschreitende Law-and-Order-Politik soll unsere Kritik und unseren Protest unterdrücken, doch wir werden uns nicht einschüchtern lassen und -
35 strategisch gut durchdacht - nun erst richtig loslegen.

40 Der brandgefährliche Mix aus technokratischem Krisenmanagement der Ampel, sich radikalisiertem Konservatismus und Hoch der AfD setzt für das kommende Jahr den Kampf gegen Rechts als einen Schwerpunkt auf unsere Agenda und dafür haben wir in den vergangenen Monaten unter anderem den BAK Kampf gegen Rechts gegründet. Als

SDS wollen wir ausstrahlen, dass in Zeiten, in denen alle nach rechts gehen, wir konsequent links stehen und Studierenden damit einen Ort anbieten, um mit uns gemeinsam aktiv zu werden. Dabei gehört neben den wichtigen Abwehrkämpfen auch dazu, dass wir sozialistische Antworten auf die Krisen unserer Zeit formulieren, diese mutig und hörbar nach außen tragen und ihre Durchsetzungsperspektive plausibel machen. Die drei kommenden Landtagswahlen im Osten werden wir zum Anlass nehmen, bundesweit - doch vor allem im Osten - neue SDS-Gruppen aufzubauen und die Vernetzung voranzubringen. Die jüngsten, starken Proteste an der Uni Leipzig gegen die Einladung von AfD-Abgeordneten zur feierlichen Immatrikulationsfeier zeigen, dass der SDS und die Studierenden eine entscheidende Rolle im Kampf gegen die AfD spielen können.

Als linker Richtungsverband innerhalb der Partei wollen wir verstärkt in die Debatte um die Erneuerung der LINKEN intervenieren und auch an den Hochschulen viele neue Genoss*innen überzeugen, dieses Projekt mit uns mitzuprägen. Dafür werden wir insbesondere unsere kommende Kampagne rund um die EU-Wahl nutzen.

In Zeiten, in denen die gesellschaftliche Linke genauso wie die LINKE in einer tiefen Krise stecken, gelingt es uns als SDS, weiterhin handlungsfähig zu bleiben und einen Anlaufpunkt für marxistisch denkende genauso wie bauchlinke Studierende am Campus zu bilden. Die zahlreichen Gruppenneugründungen und Reaktivierungen zeigen, dass viele Studierende angesichts der erstarkenden AfD, der eskalierenden Klimakrise und der grassierenden Militarisierung auf der Suche nach linker Politik und sozialistischer Organisation sind. So herausfordernd die Zeiten sind, so stark ist unser Wille für eine gerechtere, bessere, sozialistische Welt zu kämpfen!

A2 Kleine Ortsgruppen unterstützen – Strukturaufbau vereinfachen

5 Als Sozialistischer Studierendenverband übernehmen wir kollektiv Verantwortung für die Unterstützung neuer, weniger erfahrener sowie kleinerer Ortsgruppen. Die Unterstützung kleiner Gruppen durch tatkräftige Hilfe bei der Durchführung ihrer Veranstaltungen sowie durch gemeinsamen Austausch und Bildung ist ein Anliegen des gesamten Verbandes, für den der Bundesvorstand sowie etablierte Ortsgruppen aus der Umgebung die Initiative ergreifen. Hierzu zählt die Vernetzung mit Genoss*innen aus dem Umfeld des SDS und der uns nahestehenden Partei, für welche folgenden Maßnahmen ergriffen werden sollen:

10

- Die [Linke.SDS](#) erfasst bei Eintritt den Namen der Hochschule.
 - Die Bundesgeschäftsführung bittet alle bestehenden Mitglieder, den Namen ihrer Hochschule zu ergänzen.
 - Wir bitten die [Linksjugend.Solid](#) und die Partei Die Linke., die Namen der Schulen, Hochschulen und Betriebe ihrer Mitglieder zu erfassen.
 - Der Bundesvorstand koordiniert bei der Gründung neuer Hochschulgruppen sowie auf Bitte von sich im Umbruch befindenden Gruppen deren gezielte Vernetzung mit anderen SDS-Ortsgruppen der Region.
- 15

A3 Marxistisch-Feministisches Wochenende: FLINTA*- Vernetzung stärken

5 Anschließend an das marxistisch-feministische Wochenende im Frühjahr dieses Jahres wollen wir die feministische Bildung und Vernetzung im Verband weiterführen und nachhaltig verankern. Wir möchten einen sicheren Raum für kontinuierlichen Austausch über feministische Theorie und Praxis ermöglichen, sowie die Vernetzung und das Schließen politischer Freund*innenschaften über unsere Ortsgruppen hinaus fördern.

Aus diesem Grund beschließen wir:

- 10 - Das marxistisch-feministische Seminarwochenende ist, sofern die finanzielle Lage des Verbandes dies zulässt, eine jährliche SDS-Bildungsveranstaltung für FLINTA*. Diese wird verbandsweit beworben und dazu eingeladen.
- Das Wochenende wird vom BAK SozFem mit Unterstützung durch den Bundesvorstand und interessierte Genoss*innen aus dem Verband organisiert und umgesetzt.
- 15 - Ziel des Seminarwochenendes ist z.B. auch die Vorbereitung als SDS für den Frauen*kampftag am 8. März 2024.

A4 Die Linke erneuern!

Das derzeitige Jahrzehnt ist geprägt von eskalierenden Krisen, dem Vormarsch der autoritären Rechten und einem neoliberalen Krisenmanagement durch die Herrschenden, welches die Ungleichheit massiv verschärft. All dem werden wir als gesellschaftliche Linke nur etwas entgegensetzen können, wenn wir es schaffen, eine starke Linke aufzubauen. Eine Organisation, die hunderttausende Menschen organisiert, Millionen Menschen erreicht und dabei grundsätzlich über Partikularinteressen hinaus denkt, um die Krisen der Zeit als Klassenfrage zu bearbeiten. Der derzeit drohende Zusammenbruch der Linken wäre nicht nur für uns als studentische Parteijugend ein Fiasko, sondern für die gesamte gesellschaftliche Linke. Der Bruch mit dem Kapitalismus, das Ende der Kriege, die Bekämpfung der Klimakrise und das Zurückdrängen der Rechten wird ohne die Linke nicht näher, sondern weiter in die Ferne rücken. Eine Erneuerung der Partei hingegen kann auch ein Wiedererstarken und eine Neuerfindung der sozialistischen Kräfte in der Gesellschaft bedeuten.

15 **Für eine sozialistische Linke auf der Höhe der Zeit**

Eine sozialistische Partei, wie wir sie uns vorstellen, muss klare Antworten auf die großen Krisen der Zeit haben: Die Klimakrise entwickelt sich zunehmend zu einer Zivilisationskrise, einer »planetaren Katastrophe«. Die Linke muss hier als Partei ökologischer Klassenpolitik wirkmächtig werden und dem innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise unlösbaren Widerspruch von sozialen und ökologischen Anliegen die Alternative eines Grünen Sozialismus entgegenbringen. Während die imperialistischen Zentren um eine neue Weltordnung ringen und neue Kriege vorbereiten, muss die Linke als Antikriegspartei und laute Stimme für Frieden wahrnehmbar sein. Als Sozialist*innen stehen wir nicht an der Seite Moskaus, Pekings oder Washingtons - sondern an der Seite aller Unterdrückten und Entrechteten. Der sich zuspitzenden ökonomischen Krise und dem sozialen Kahlschlag der Ampel-Regierung begegnen wir mit einer Vision der Umverteilung, Vergesellschaftung und Demokratisierung. Radikale Reformprogramme mit echter Durchsetzungsperspektive sind ein erster Schritt dahin; jedoch dürfen wir unser langfristiges Ziel, die Überwindung des Kapitalismus, niemals aus den Augen verlieren.

Klassenpolitik steht immer im Zentrum unserer Auseinandersetzungen. Dabei verstehen wir Klassenpolitik nicht nur in einem rein ökonomistischen Sinne. Unsere Klassenpolitik ist ökologisch, feministisch und antirassistisch. Unsere Kämpfe führen wir immer ausgehend vom Klassenstandpunkt - aber eine Linke, die eine echte Chance im Klassenkampf genauso wie im Kampf um das Bewusstsein der Menschen haben will, muss Ausbeutung und Unterdrückung gleichermaßen benennen, die Zusammenhänge aufzeigen und das Leid an jeglichen Fronten bekämpfen, anstatt sich entlang falscher Gegensätze spalten zu lassen.

Für uns steht außer Frage, dass die Befreiung der Arbeiter*innenklasse nur das Werk der Arbeiter*innenklasse selbst sein kann. Die Selbstaktivität der Menschen, das Handeln der Menschen als politische Subjekte ist entscheidend für die Überwindung des Kapitalismus - kein Stellvertretertum wird uns dahin führen. Deswegen ist es die Hauptaufgabe einer sozialistischen Partei, Kämpfe von unten aufzubauen, Menschen in Auseinandersetzungen zur Selbstermächtigung zu verhelfen und politische Orientierung zu bieten, um aus

einzelnen erfahrenen Widersprüchen ein kohärentes antikapitalistisches Weltbild zu formen. Zentral ist aber auch, dass die Linke endlich wieder die Fähigkeit zurückerlangt, konkrete Verbesserungen im Alltag der Menschen durchzusetzen und so ihren Gebrauchswert unter Beweis zu stellen - aber nicht, indem sie sich der Logik des Parlamentarismus bedient, sondern indem sie Teil von Massenbewegungen ist und auf allen Ebenen Widerstand kanalisiert und gesamtgesellschaftliche Emanzipation fördert, sodass die Menschen ihre Veränderungen selbst erkämpfen.

Opposition statt Parlament

Als linker Richtungsverband und Teil des linken Flügels der Partei teilen wir die Vision einer Linken, die sich aktiv in die Klassenauseinandersetzungen einmischt und in ihnen eine führende Rolle einnimmt. Dabei gehört zu unseren Grundüberzeugungen, dass die Klassenkämpfe entscheidend in den Betrieben, in den Vierteln, an den Hochschulen und auf der Straße ausgetragen werden - nicht im Parlament. Denn das Parlament ist ein Instrument des Klassenkompromisses. Zugeständnisse werden dort nicht gemacht, um die vorherrschenden Herrschaftsbeziehungen zu verändern, sondern um diese zu stabilisieren. Als Sozialist*innen sind wir innerhalb des Parlamentarismus die einzigen, die nicht allein auf eine Veränderung im System, sondern eine Veränderung des Systems an sich hinarbeiten.

Allerdings eröffnen sich auch im Parlamentarismus Gestaltungsspielräume, die genutzt werden können und müssen. In erster Linie begreifen wir das Parlament als einen Ort, an dem Klassenkämpfe eine wichtige Bühne erhalten können. Die belgische Partei der Arbeit (PTB) zeigt mit ihrem Ansatz »Straße-Parlament-Straße« besonders gut, wie das funktionieren kann. Nach vorheriger Absprache mit Arbeiter*innen und Gewerkschaften bringt sie ihre Probleme und Fragen ins Parlament ein, trägt die Ergebnisse wieder zurück und nutzt so den Raum, um die Politik an den konkreten Anliegen der Menschen auszurichten. Die PTB zeigt, dass eine Anpassung an die Logiken des Parlamentarismus nicht alternativlos ist, sondern die Organisation und Repräsentation der Klasse im Parlamentarismus möglich sein kann.

Wir müssen uns dennoch immer der Fallstricke im Parlamentarismus bewusst sein: Unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen führt eine Regierungsbeteiligung der LINKEN zwangsläufig zum Verrat an sozialistischen Zielen und Werten. Mit SPD und Grünen kann es kein »rebellisches Regieren« geben. Das zeigt die zunehmende Abschiebep Praxis in Thüringen ebenso wie die Blockade des Volksentscheids »Deutsche Wohnen & Co enteignen« unter Rot-Rot-Grün in Berlin. Aus diesem Grund muss sich die LINKE klar zu ihrer Arbeit in der Opposition bekennen. Nur so kann sie glaubhaft die Widersprüche im System aufzeigen und ihre Positionen unabhängig von Wahlen vertreten.

Um der Wirkung von Reformismus, Opportunismus und Oligarchisierung innerhalb der bürgerlichen Parlamente und der eigenen Partei entgegenzuwirken, braucht es mehr als den guten Willen der Mitglieder und Abgeordneten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Linke durch explizite Mechanismen ihrer Parlamentsarbeit wieder Bodenhaftung verleiht: Gehaltsobergrenzen für Abgeordnete, Mandatszeitbegrenzungen, eine organisierte Rückkopplung der Abgeordnete zur Basis und eine Reservierung von Listenplätzen für Arbeiter*innen oder Nicht-Parteimitglieder können erste Schritte sein.

Die Linke erneuern!

Über 50.000 Menschen haben in der Linken ihre politische Heimat gefunden. Manche von ihnen setzen sich als Teil der Linken seit Jahrzehnten für eine sozialistische Zukunft ein. Aber auch die Eintrittswelle von mehr als 1.000 Neueintritten in den Tagen, die auf den Parteitag folgten, zeigt: Zahlreiche Menschen sind auf der Suche nach einem Ort, um politisch wirksam zu werden. Doch um der drohenden Austeritätspolitik der Ampelregierung, der Faschisierung unserer Gesellschaft, den Kriegen und der Klimakrise wirklich etwas entgegenzusetzen zu können, werden wir uns noch viel breiter aufstellen müssen. Das schaffen wir nur, indem wir die Linke für Beschäftigte genauso wie für Aktivist*innen öffnen: Wir wollen, dass die Linke der Ort wird, wo die fortschrittlichen Teile der Klasse und die klassenorientierten Teile der Bewegungen zusammenkommen und in gemeinsame Kämpfe eintreten. In diesem Sinne unterstützen wir als SDS die Erneuerungskampagne »Eine Linke für alle«, die alle, die davon überzeugt sind, dass die Linke in der Zukunft der Bundesrepublik nicht fehlen darf, zum Aufbau einer aktiven Mitgliederpartei einlädt. Das Erfurter Programm und die marxistische Tradition bilden dabei unsere gemeinsame Grundlage. Wir wollen, dass die Linke wieder fest an der Seite der Lohnabhängigen, der Ärmsten und der Unterdrückten steht - und an der Seite aller, die sich für eine bessere, gerechtere Welt einsetzen.

Was tun als SDS?

Als Studierendenverband der Linken wollen wir uns aktiv in ihre Neuaufstellung einbringen und über zukünftige Weichenstellungen mitentscheiden. Das macht uns zu einem einzigartigen Akteur an den Hochschulen. Wir sind nicht nur irgendeine Linke Liste, sondern ein Verband mit Parteinähe, der somit innerhalb aber auch über den universitären Kontext hinaus langfristige Perspektiven aufzeigen kann. Dieses Alleinstellungsmerkmal müssen wir klar herausarbeiten und zu unserer Stärke machen. Doch was bedeutet das genau? Zuallererst müssen wir klar zeigen, wieso wir für die Linke kämpfen und wieso es sich für sie zu kämpfen lohnt. Darüber hinaus können wir die Debatte über die Linke und ihre Veränderung an die Uni bringen, z.B. mit Diskussionsveranstaltungen in kritischen Einführungswochen und ähnlichen Formaten oder durch unsere Kampagne rund um die Europawahl nächstes Jahr. Schließlich müssen wir die Re-Politisierung der Hochschulen im Sinne eines sozialistischen Projekts in den Fokus unserer Arbeit stellen. Wir organisieren die Beschäftigten von morgen (und vielfach schon von heute), mit denen wir über ihre Ausbildungszeit hinaus um eine andere Gesellschaft ringen wollen. Das heißt, kollektive Praxis erfahrbar machen, Durchsetzungsperspektiven für Studierende aufzeigen und Perspektiven für eine künftige Organisation bieten.

Als junge Generation an Marxist*innen sehen wir es als unsere Aufgabe, neue Impulse in die Linke zu geben: Denn wenn sich die Welt verändert, dann muss sich in manchen Punkten auch die Linke verändern, neue Antworten auf neue Krisen finden, ohne dabei jedoch ihr marxistisches Fundament und die sozialistische Tradition, in der wir stehen, zu verlieren. Als Teil der Erneuerungskampagne wollen wir genau diese Vision einer sozialistischen Linke nach außen tragen und Mitstreiter*innen für unsere Vision finden. Deshalb beteiligen wir uns als SDS am Jahresauftakt der Linken am 14. Januar 2024. Das »antifaschistische Sommersemester« und unsere EU-Kampagne wollen wir in den darauffolgenden Monaten nutzen, um als linke Kraft an den Unis sichtbar in Erscheinung zu treten und

unsere SDS-Ortsgruppen zu stärken und neue aufzubauen.

Als SDS sind wir ein Scharnier zwischen Partei, Bewegung und sozialen Kämpfen. Wir sind häufig in Bewegungen und Kampagnen aktiv, zahlreiche Leute finden als Aktivist*innen den Weg zu uns. Dadurch haben wir oft eine viel organischere Verankerung in sozialen Bewegungen als andere Teile der Linken. Dies bedeutet, dass wir die Möglichkeit haben, die Linke in Kämpfe reinzuziehen und sie zu einer genuinen Mitstreiterin der kämpfenden Teile der Klasse und der außerparlamentarischen Bewegungen zu machen. Wenn die sozialistische Bewegung wieder erstarken soll, dann muss die Linke endlich wieder ihrer Rolle als Motor gesellschaftlicher Veränderung und als orientierungsbietende und richtungsweisende Kraft innerhalb von Kämpfen gerecht werden. Als Studierendenverband treiben wir die Linke an und erzeugen gemeinsame Dynamiken, erhalten dabei aber auch unsere Eigenständigkeit als Verband aufrecht.

Als Sozialist*innen sind wir davon überzeugt, dass eine grundlegend andere, eine sozialistische Welt notwendig ist, um dem Leid im Kapitalismus ein Ende zu setzen. Auf dem Weg dorthin brauchen wir eine sozialistische Partei. Aktuell ist die Linke alles andere als revolutionär, doch gerade jetzt haben wir die Chance, mit vielen neuen Mitstreiter*innen die Partei (nach unseren Vorstellungen!) neu aufzubauen. Es ist nicht klar, ob uns dies schlussendlich gelingen wird, aber wenn wir es nicht versuchen, werden wir die Linke entweder vollends an den Reformismus verlieren - oder sie wird von der bundesdeutschen Bildfläche verschwinden. Deswegen: Lasst uns in den nächsten Monaten an den Hochschulen und überall ausstrahlen, für welche Linke und für welche Welt wir kämpfen. Es kommt jetzt auf uns alle an!

A5 SDS-Kampagne zur Europawahl 2024

Die Linke.SDS organisiert anlässlich der Europawahl am 9. Juni 2024 eine Kampagne mit dem Ziel, unsere Ortsgruppen zu stärken, die Linke aufzubauen und EU-kritische Positionen und Inhalte an die Unis zu bringen.

- 5 Die Kampagne setzt sich beispielsweise aus folgenden Bestandteilen zusammen:
1. Ideologische Offensive
 - **Veranstaltungsreihe** zu Themen, die im Zusammenhang mit der EU-Wahl stehen (z.B. dem neoliberalen Charakter und der Austerität der EU, GEAS, Aufstieg der autoritären Rechten in Europa, Bologna-Reform, Green Deal der EU oder Aufrüstungsprogramme der EU), in verschiedenen Formaten, bspw. als Panel mit Vertreter*innen der Europalisten der Linken, Bewegungsaktivist*innen oder Wissenschaftler*innen
 - **critica-Sonderausgabe** zur Europawahl, Internationalismus o.Ä. (die genaue Schwerpunktwahl und Ausgestaltung liegt bei der critica-Redaktion)
 - **Material** zur Begleitung der Kampagne
 2. Organisierende Elemente
 - **1:1-Gespräche** am Campus und an den Haustüren mit Studierenden rund um EU Themen, die Linke und mehr
 - **Infostände und Aktionen** am Campus und rund um die Uni
 - **Gruppenbesuche** zur gegenseitigen Stärkung unserer Ortsgruppen
 3. Interne Bildung
 - **Seminarwochenende** (mit dem Schwerpunkt Kampf gegen Rechts) im Frühjahr zur Vorbereitung der EU-Kampagne und des »antifaschistischen Sommersemesters«
- 25 Die genaue Ausgestaltung der Kampagne liegt bei den Ortsgruppen vor Ort, für die bundesweite Konzeptionierung und Koordinierung wird es eine 520€-Stelle geben sowie ein Team, welches für die Kampagne verantwortlich sein wird.

A7 Rosa-Luxemburg-Konferenz und Luxemburg-Liebkecht-Demonstration 2024

- 5 - Die Linke.SDS erstattet - unter finanziellem Vorbehalt - Fahrtkosten für die Teilnahme an der XXIX. Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) am 13. Januar 2024 in Berlin sowie an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration (LL-Demonstration) am 14. Januar 2024 in Berlin.
- Die Linke.SDS unterstützt die XXIX. RLK sowie die LL-Demonstration und ruft zur Teilnahme auf.
- 10 - Die Linke.SDS unterstützt weitere Formate, um am 13./14. Januar 2024 den Ermordeten SozialistInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zu gedenken.

A8 Raus aus der Defensive - für ein antifaschistisches Sommersemester 2024!

Das kommende Jahr wird entscheidend für den antifaschistischen Kampf in Deutschland und in Europa. Neben der Europawahl, bei der die AfD eine realistische Chance hat, als stärkste Kraft in Deutschland hervorzugehen, stehen uns mit den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen drei Wahlen bevor, in denen die AfD aller Voraussicht nach ihre Macht weiter ausbauen wird, womöglich sogar absolute Mehrheiten erringen kann. Eine weitere Stärkung der AfD und mit ihr der extremen Rechten in Deutschland kann in der jetzigen Dynamik einen Flächenbrand mit fatalen Folgen auslösen. Das gilt es unbedingt zu verhindern.

Als Antifaschist*innen wissen wir: Das wirksamste Mittel gegen eine starke Rechte ist eine starke Linke. Als Linke.SDS rufen wir deshalb ein »antifaschistisches Sommersemester 2024« aus. Zusammengedacht mit der Europawahl und den Landtagswahlen in Ostdeutschland werden wir den Kampf gegen Rechts an den Campus tragen, uns in Bündnissen vor Ort engagieren und besonders in Ostdeutschland die »antifaschistische Brandmauer« - das heißt insbesondere den SDS und die LINKE - weiter aufbauen.

Als SDS können wir dabei auf zahlreiche historische Bezugspunkte der sozialistischen Bewegung, aber auch auf unsere eigene Praxis zurückgreifen. Jetzt gilt es, diese Erfahrungen zu reflektieren, unsere Analyse zu schärfen und gemeinsam unsere strategische Ausrichtung zu erneuern. **Hierfür soll ein Seminarwochenende mit dem Schwerpunkt »Kampf gegen Rechts« im kommenden Jahr die Möglichkeit bieten. Dafür stellt der Verband Gelder zur Verfügung, die Organisation erfolgt durch den Bundesarbeitskreis »Kampf gegen Rechts« und alle Interessierten.**

Mögliche Themen können hierbei sein:

- Faschismus: Begriffsdefinition, historische Ausprägungen und heutige Formen
- Der historische Kampf gegen den Faschismus und Übertragungsmöglichkeiten in die Gegenwart (Einheits- und Volksfrontpolitik, historische Akteure und ihre Strategien)
- Analyse des deutschen Rechtsextremismus, seiner Akteure und Netzwerke an der Universität und darüber hinaus
- Akteure im Kampf gegen den Faschismus heute: Rolle des SDS und der LINKEN, gewerkschaftliche Erneuerung und antifaschistische Gegenwehr, Bündnisse und soziale Bewegungen
- Analyse der gesellschaftlichen Bedingungen für den Aufstieg von "Rechts"
- Austausch antifaschistischer Praxis zwischen den Ortsgruppen, Berichte über vorherige SDS-Praxis und Diskussion über die Weiterentwicklung unserer Praxis
- Fokus EU: Strategien und Netzwerke der parlamentarischen und außerparlamentarischen Rechten in Europa, Rechtsruck und Asylrechtsverschärfungen
- Fokus Ostdeutschland: Kontext, Charakter und Möglichkeiten der Gegenwehr

- Verschränkung Klimakampf und Antifaschismus: Neue Rechte, fossiler Faschismus und völkische Landnahme
- Repression von Antifaschismus, Rolle von der Roten Hilfe und ähnlichen Organisationen

5 10 Jahre AfD - wo stehen wir?

Seit ihrer Gründung vor über zehn Jahren hat die AfD es als erste Partei in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte geschafft, sich als rechtes Sammelbecken unterschiedlicher Strömungen und Akteure der (extremen) Rechten zu etablieren²¹. Dabei ist die AfD Teil eines rechten Hegemonieprojekts, welches neben ihr weitere Akteure etwa der »Neuen Rechten«, sozialer Bewegungen oder christlicher Fundamentalist*innen vereint. Der AfD kommt im Rahmen dieser »Mosaik-Rechten«²² jedoch sowohl aus eigener als auch aus der Sicht von Beobachter*innen eine hervorgehobene Rolle zu: So ist sie sowohl »Ausdruck der Formierung eines rechten Hegemonieprojekts als auch ihr Motor«²³. Dabei bietet sie den Akteuren dieses rechten Hegemonieprojekts eine Plattform, um ihre Strategien miteinander zu diskutieren und aufeinander abzustimmen. Darüber hinaus leitet sie durch die mittlerweile 78 Bundestagsabgeordneten, über 240 Landtagsabgeordneten und die hunderte an Kommunalabgeordneten jährlich eine immense Summe an Steuergeldern an die rechtsextreme Szene in Deutschland um. Insbesondere seit den innerparteilichen Machtverschiebungen hin zum völkisch-nationalen Flügel ist die Partei so zum »Gravitationszentrum für den deutschen Rechtsextremismus«²⁴ geworden.

Die innere Radikalisierung und fortlaufende Verzahnung mit rechtsextremen und neofaschistischen Akteuren haben der AfD laut Umfragen nicht geschadet - im Gegenteil. Umfragen sehen die AfD nicht nur in einem Allzeithoch, auch das Wähler*innenpotential hat sich demnach erhöht und die Normalisierung der Partei und ihrer Positionen unter Wähler*innen zugenommen. Eingebettet in einen zunehmenden Rechtsruck bis weit in die vermeintliche »Mitte« hinein, bescheren die anderen Parteien abseits der LINKEN der AfD einen gefährlichen politischen Aufwind und setzen ihre Programmatik legislativ um – etwa jüngst bei den Verschärfungen des Asylrechts.

Einerseits können konkrete Punkte im politischen Tagesgeschehen identifiziert werden, die für die derzeitige Stärke der AfD relevant sind so z.B. Positionierungen zum Ukraine-Krieg, der Inflations- und Energiekrise. Auch das Übernehmen von AfD-Kernthemen und ihren Positionen, etwa durch CDU und die Ampelregierung, sorgen für eine zunehmende Normalisierung und bereiten Annäherungen vor. Für unsere Analyse ist es jedoch zentral, den Aufstieg der Rechten im Kontext einer tiefgreifenden Krise der Hegemonie zu betrachten, der »Erschöpfung eines progressiven Neoliberalismus«²⁵. So identifiziert Sebastian Friedrich verschiedene Züge der hegemonialen Krise, die der AfD Räume öffnen und

²¹ Sebastian Friedrich (2019): Die AfD - Analysen, Hintergründe, Kontroversen.

²² Siehe hierzu die Beiträge Benedikt Kaisers ("Neue Rechte", Institut für Staatspolitik), z.B.: Die Partei und ihr Vorfeld (2022). Mit dem Begriff bezieht sich Kaiser auf Hans-Jürgen Urbans Konzept der "Mosaik-Linken" und überträgt dieses auf die Rechte. Dabei geht es seiner Vision nach um eine inhaltlich heterogene Rechte, die handlungsfähig ist und aufeinander abgestimmte Strategien verfolgt.

²³ Sebastian Friedrich (2022): Das rechte Projekt und die Krise des Kapitalismus.

²⁴ Ebd.

²⁵ Gerd Wiegel (2023): [Die AfD im Umfragehoch](#).

die sie zu nutzen weiß. Hierzu gehören unter anderem die Krise des Konservatismus, die Krise der Repräsentation in der parlamentarischen Demokratie und selbstverständlich die Krise der Linken. Auch Disruptionen zwischen verschiedenen Kapitalfraktionen sind für die Analyse der AfD relevant. So genießt die AfD insbesondere bei einigen Unternehmen Sympathien, die auf regionale Absatzmärkte angewiesen sind, wohingegen global agierende Konzerne die AfD bislang nicht wesentlich unterstützen. Auch eine Konkurrenz zwischen Projekten einer grün-kapitalistischen Modernisierung versus einer fossilen Verteidigung könnte in den kommenden Jahren auch mit Blick auf die AfD und die ihr zugewandten Kapitalfraktionen relevant werden.

10 **Mit dem SDS in die Offensive**

Als sozialistischer Studierendenverband ist der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Antisemitismus Teil unserer politischen DNA. Angesichts der zunehmenden Stärke der (extremen) Rechten in Deutschland ist für uns klar, dass wir mit einer antifaschistischen Offensive antworten müssen. Als Verband mit knapp 60 Hochschulen sind wir als SDS in der Lage, einen koordinierten Unterschied an den Hochschulen und darüber hinaus zu machen. Im Unterschied zu bürgerlichen Akteuren verbindet uns dabei ein konsequenter Antifaschismus, der auf einer materialistischen Analyse fußt und die Logik des kapitalistischen Systems einbezieht.

Diese Perspektive wollen wir als SDS am Campus stärken. Der Campus ist dabei der Ort, an dem sich junge Menschen politisch bilden, oftmals auch politisieren. Er ist gleichzeitig der Ort, an dem wir einer heterogenen Rechten in Form von Campus Alternativen, Burschenschaften, Identitärer Bewegung und auch bürgerlichen Rechten gegenüber stehen und damit rechnen müssen, dass die Rechte auch hier zunehmend versuchen wird, diesen Raum für sich zu vereinnahmen. Der breite Protest gegen die AfD kürzlich in Leipzig oder auch Neugründungen von SDS-Ortsgruppen angesichts sich formierender Campus Alternativen wie in Koblenz zeigen, dass die antifaschistische Einstellung und Ablehnung der AfD nach wie vor stark unter Studierenden verankert ist. Dieses Potenzial müssen wir nutzen, um den Campus antifaschistisch zu politisieren und dort antifaschistische Bündnisse, insbesondere mit migrantischen und gewerkschaftlichen Gruppen, zu stärken.

Um gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen, müssen wir unsere Arbeit in bundesweiten wie lokalen Bündnissen intensivieren. Credo unserer Bündnisarbeit sollte es dabei sein, die Bündnisse so breit wie nötig und so eng wie möglich aufzustellen. Während wir so einerseits gemeinsame Schlagkraft mit anderen Akteuren entfalten wollen, muss andererseits eine Beliebigkeit der Positionen verhindert werden und gesichert sein, einen antikapitalistischen Antifaschismus stärken zu können. Dabei können wir an den Erfahrungen, etwa bei »unteilbar«, »Aufstehen gegen Rassismus«, den Anti-Pegida-Protesten und »Dresden nazifrei!«, ansetzen und von ihnen lernen. Auch derzeitige Bündnisarbeit wie z.B. im »Stop-GEAS«-Bündnis können in unsere strategischen Überlegungen einfließen. Darüber hinaus stellen Gewerkschaften nicht nur im historischen Kampf gegen den Faschismus einen wichtigen Akteur dar. Auch heute noch sind sie als Artikulationsmöglichkeit der Arbeiter*innenklasse im Kampf gegen den deutschen Rechtsextremismus entscheidend und damit auch für uns als Bündnispartner zentral. Während unter anderem von der Bundesebene Impulse zu bundesweiten Vernetzungen erfolgen können, ist klar, dass lokale Gegebenheiten vor Ort den Handlungsrahmen der einzelnen

Ortsgruppen darstellen.

5 Als SDS sind wir überzeugt, dass es eine langfristige, sozialistische Organisation im Kampf gegen Nazis und Faschismus braucht. Hier wird der Kampf gegen Rechts nicht isoliert betrachtet, sondern im Kontext der Klassengesellschaft und ihrer Widersprüche gedacht und mit anderen Kämpfen verbunden. Diese langfristige sozialistische Organisation gilt es im SDS und in der Linkspartei auszubauen. Deshalb wollen wir das antifaschistische Sommersemester 2024 auch dafür nutzen, insbesondere SDS-Ortsgruppen im Osten zu stärken und die LINKE dort, wo zunehmend rechte und rechtsextreme Kräfte ihre Macht ausbauen, zu unterstützen.

A9 Recht auf Asyl verteidigen - GEAS stoppen!

Die aktuell geplante Reform des "Gemeinsamen Europäischen Asylsystems" (kurz GEAS) stellt einen deutlichen Einschnitt in die europäische Flüchtlingspolitik dar. Sie wird den ohnehin schon menschenverachtenden Umgang mit geflüchteten und flüchtenden Menschen verstärken und bedeutet u.a. eine massive Beschränkung des individuellen Rechts auf Asyl. Damit reiht sie sich ein in die erstarkenden rechten und rassistischen Tendenzen, welche in allen EU-Staaten präsent sind und die menschenrechtswidrige Politik der EU tragen.

Als Teil unserer antirassistischen Praxis erachten wir es als notwendig, der durch die GEAS-Reform drohenden weiteren Entmenschlichung und Kriminalisierung von Migrant*innen etwas entgegenzusetzen und als SDS geschlossen gegen diese vorzugehen. Dazu gehört für uns unter anderem die Unterstützung von Bündnissen wie "Stop-GEAS", um mit anderen Gruppen eine sichtbare Gegenmacht auf die Straße zu bringen. Gemeinsam wollen wir uns für die bedingungslose Verteidigung des Grundrechts auf Asyl, sichere Fluchtwege und die solidarische Unterstützung flüchtender Menschen auf der Flucht und nach ihrer Ankunft kämpfen. Als SDS müssen wir hierbei die ganzheitliche Perspektive einbringen, die Migration ebenso wie den Rechtsruck in anderen EU-Ländern immer gemeinsam mit deren Ursachen und der Rolle Deutschlands darin thematisiert.

GEAS-Reform zwischen Kontinuität und Zuspitzung

Ende 2022 waren weltweit mehr als 100 Millionen Menschen auf der Flucht. (UNHCR, Juni 2023). Der Großteil von ihnen sucht Schutz vor Krieg, Verfolgung und Perspektivlosigkeit und sieht sich daher gezwungen, häufig lebensgefährliche Fluchtwege auf sich zu nehmen. So sind seit 2014 im Mittelmeer über 27.000 Menschen ums Leben gekommen.

Die derzeitige Asyl- und Migrationspolitik der EU verschärft die Situation massiv: an den EU-Außengrenzen werden systematische Menschenrechtsverbrechen in Form von Pushbacks, unterlassener Hilfeleistung für Menschen in Seenot oder unmenschlichen Zuständen in Flüchtlingslagern wie z.B. auf Moria, begangen.

Nun soll das Gemeinsame europäische Asylsystem (kurz GEAS) verabschiedet werden. Diese beinhaltet unter anderem die systematische Inhaftierung von Asylsuchenden schon an den EU-Außengrenzen in streng bewachten Lagern. Hier könnten die Menschen bis zu 12 Wochen kaserniert werden, je nachdem wie lange es dauert zu überprüfen, ob ein Anspruch auf Asyl besteht. Bisher wären nur unbegleitete Minderjährige von dieser Regelung ausgenommen, Familien mit Kindern jedoch nicht. Durch eine "Krisenverordnung" wäre sogar eine Ausweitung des Verfahrens auf bis zu 5 Monate möglich, innerhalb derer könnten Schutzstandards weiter gesenkt werden.

Unter diesen Umständen wäre weder die Prüfung des individuellen Rechts auf Asyl, noch eine Rechtsbegleitung - kurzum ein faires Asylverfahren - möglich.

Wer künftig über einen sogenannten "sicheren Drittstaat" einreist, könnte so ohne Prüfung abgeschoben werden. Dies würde dazu führen, dass Menschen künftig noch gefährlichere Fluchtrouten auf sich nehmen müssten, was das Sterben auf der Flucht weiter

verschlimmern würde. Zudem soll eine Ausweitung sogenannter "sicherer Drittstaaten" stattfinden, so dass unter anderem eine Ratifizierung der Genfer Flüchtlingskonvention keine Bedingung mehr für eine Einstufung als solchem ist.

5 Die GEAS-Reform wird zudem mit bestehenden und künftigen sogenannten "Migrationsabkommen" verknüpft. Durch diese externalisiert die EU ihre Grenzen und Grenzkontrollen an Anrainerstaaten wie die Türkei oder Libyen. Hierdurch unterstützt die EU finanziell den systematischen Menschenrechtsbruch autoritärer Regime gegenüber flüchtenden Menschen und kauft sich auf diesem Wege zunehmend von den Verpflichtungen des Asylrechts frei.

10 Die Bundesregierung versucht die GEAS-Reform als "großen Erfolg einer gesamteuropäischen Einigung" zu feiern und negiert die damit verbundene Einschränkung des Asylrechts. Es zeigt sich jedoch deutlich, dass auch mit der Reform die europäische Asyl- und Migrationspolitik in einer Kontinuität rassistischer und menschenverachtender Praxis stehen wird. Das individuelle Recht auf Asyl würde dadurch faktisch abgeschafft und die traumatisierenden bis lebensgefährlichen Umstände von Menschen auf der Flucht zur Filterung von Migrationsbewegungen nach kapitalistischer Verwertungslogik verschärft.

Rassistische Diskursverschiebung in Krisenzeiten

20 Getragen werden die derzeitigen Verschärfungen der Asyl- und Migrationspolitik von einer allgemeinen rassistischen Diskursverschiebung in der deutschen Politik- und Medienlandschaft: In Zeiten der Krise und einer zunehmenden sozialen Verunsicherung, werden vermehrt rechte Narrative um Sicherheit und "Verteidigung der Ordnung" aufgegriffen und mit Forderungen nach Abschottung und Ausschluss rassifizierter und migrantisierter Gruppen von öffentlichen und sicheren Räumen verbunden. Das Privileg der Bewegungsfreiheit und globalen Besitznahme soll währenddessen auf EU-Bürger*innen monopolisiert werden.

30 Es findet eine sukzessive Entmenschlichung und Kriminalisierung von Migrant*innen und Menschen auf der Flucht statt, indem sie als vermeintliche Sicherheitsbedrohung stilisiert werden. Sie werden kriminalisiert und die Migrationsfrage, so aus dem Bereich der Ethik, in die präventive Verbrechensbekämpfung, Strafverfolgung und Verteidigung der Ordnung verschoben.

35 Gleichzeitig werden Migrant*innen für die aktuelle Wohnungsnot, mangelnde Gesundheitsversorgung und neuerdings sogar Antisemitismus verantwortlich gemacht. Diese menschenverachtenden Diskurse sind Ausdruck eines radikalen Rassismus und werden von den Herrschenden instrumentalisiert, um vom eigenen Versagen in der Sozialpolitik abzulenken. Im Asylrecht werden genauso wie beim Bürgergeld das Grundrecht auf ein Leben in Würde und Sicherheit an immer mehr Bedingungen geknüpft, von ökonomischen (Chancenaufenthaltsrecht) bis zu ideologischen (Bekenntnis zur deutschen Staatsräson).

40 Wir müssen diese Lügen entlarven und eine Gegenöffentlichkeit zu diesen rassistischen Narrativen aufbauen. Wir müssen solidarische Antworten liefern und dürfen uns von den Herrschenden nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Warum wir als sozialistischer Verband eine abolitionistische Perspektive auf Grenzen verfolgen müssen:

5 Das sich aktuell ausweitende Ausmaß der menschenrechtsverachtenden Einschränkung der Rechte von Geflüchteten ist ein historischer Einschnitt, die strukturelle Unterdrückung entlang des rassistischen Konstruktes von Grenzen reicht jedoch weit zurück. Grenzziehung muss als Mittel der Differenzierung und Hierarchisierung betrachtet, sowie in den Kontext des europäischen Kolonialismus gesetzt werden. Die kolonialen Staatsgrenzen, die gewaltvoll durch die Kolonisator*innen gezogen wurden, dienten auch dazu, die Kolo-

10 nisierten entlang rassentheoretischer Differenzpostulate abzuwerten und in eine radikal untergestellte gesellschaftliche Position zu drängen und diese zu institutionalisieren. Diese strukturelle Grenzziehung, welche nicht nur als physisches nationales Konstrukt begriffen werden darf, reproduziert sich auch heute beispielsweise in Wirtschafts- und Sozialstrukturen. Die historisch gewachsene globale Ungleichheit, die Zerstörung von Lebens-

15 räumen und -perspektiven, die durch diese Strukturen weiter gefestigt wird, macht zwangsläufig ein immer höher militarisiertes und durch Nachbarschaftsabkommen und Militärkooperationen in andere Länder verlagertes EU-Grenzsystem notwendig. Je größer die Ungleichheit und das Unrecht, desto höher die Zäune. Die Ablehnung von Grenzen lässt sich nicht trennen von der Ablehnung der Zerstörung von Lebensgrundlagen (z.B. durch Waffenlieferungen und Bundeswehreinätze im "Krieg gegen den Terror", Rohstoff-

20 ausbeutung, Schuldendruck, ...); das Recht auf Bewegungsfreiheit ist nicht zu trennen vom Recht, nicht gehen zu müssen.

Nach Quijanos „Kolonialität der Macht“ bereitete der europäische Kolonialismus die Grundlage für die heute wirksamen sozialen, rassistischen, ethnischen und nationalen Un-

25 gleichheitsbeziehungen. Aus der Persistenz naturalisierter Differenzvorstellungen folgen hierauf ruhende Macht- und Diskriminierungsstrukturen, welche die politische Ungleichheit sowie rassistische Arbeitsteilung und Ausbeutung legitimieren. Migration auch aus nicht postkolonialen Staaten findet deshalb immer in einen Kontext dieser global wirksamen Kolonialität der Macht hinein statt und sorgt für Prekarisierungseffekte und ein

30 grundlegendes Absprechen von Rechten und Möglichkeiten der Betroffenen.

Ein Infragestellen dieser wäre bei nicht-betroffenen Personengruppen nicht möglich und funktioniert nur durch das Prinzip der Trennung, eine Funktionsweise des Konstruktes „Grenze“ auch heute, welchem die rassistische Vorstellung kategorial unterschiedlicher Menschen zugrunde liegt. Es ermöglicht europäischen, staatlich-bürokratischen Instituti-

35 onen, Nekropolitik auszuüben, zu bestimmen, wer zählt, wer frei verfügbar ist und menschliche Existenz zu illegalisieren.

Während wir weit davon entfernt sind, affektive Motive und wirtschaftliche Gründe der Grenzüberschreitung, die den privilegierten europäischen Staatsbürger*innen als legitim zugesprochen werden, auch illegalisierten Migrant*innen und Asylsuchenden anzuerken-

40 nen, schreitet ihre Abwertung und Entmenschlichung im öffentlichen Migrationsdiskurs weiter voran. Nur so können formale Ablehnungen ohne inhaltliche Prüfung durchgesetzt werden, nur so ist ein weiteres Einschränken der Verfahrensrechte der Asylsuchenden möglich und nur so können Anträge durch die Zahlung festgelegter Geldbeträge

abgelehnt werden. Verweigerung und Abschiebungen können die zugrundeliegenden Probleme, die die vielfältigen Krisen, wie die Klimakrise und Verteilungskrise bedingen, nicht beheben.

- 5 Nur ein Annehmen der europäischen Staaten ihre Verantwortung, das Unrecht einer durch sie bedingten rassistischen Weltordnung zu bekämpfen, könnte diese Krisen an ihrer Wurzel adressieren. Danach müssen auch wir als sozialistischer Studierendenverband handeln und somit einen abolitionistischen Ansatz verfolgen, der das Konzept „Grenze“ grundlegend infrage stellt und auf dessen Abschaffung zielt.

A11 Wohin steuert Europa? – Ein Debattenbeitrag

Die Vorzeichen der kommenden EU-Wahl Anfang Juni 2024 stehen auf Zerfall. Post-pan-demische Wirtschaftskrisen, Krieg in Europa und die massive Rechtsentwicklung sind das Ergebnis einer verfehlten Politik, deren Ursprung nicht erst in der Finanzkrise 2008 ff. oder der Eurokrise zu suchen ist. Sie liegen tief in der Rechtsordnung der sich selbst schimpfenden europäischen Gemeinschaft. Der folgende Antrag soll eine Positionierung zu Europa bieten, um auf die Auseinandersetzungen um die EU im Jahr 2024 vorzubereiten und eine Diskussion zur EU zu ermöglichen.

Wehret den Anfängen - die Europäische Union als Konsequenz aus dem Faschismus?

10 Nach dem zweiten Weltkrieg kam es in Deutschland zu Demontagen, heißt zum Abbau von Industrieanlagen und Infrastruktur (insb. Verkehr und Schienennetze). Ziel war es, 1. durch Abwanderung von Industrieanlagen Reparationen an die Länder zu ermöglichen, die am meisten unter dem Krieg litten, insbesondere die Sowjetunion; sowie 2. die Zerschlagung der deutschen Rüstungsindustrie, damit kein Krieg mehr von deutschem Boden ausgehen kann.

Die Demontage-Pläne wurden schnell über Bord geworfen, nachdem die Vereinigten Staaten mit dem Marshall-Plan (1948-1952) entschieden, die junge Bundesrepublik in ihrer ökonomischen Potenz wieder aufzubauen. Die gegen die Sowjetunion gerichtete Truman-Doktrin war der politische Ausdruck dieser Politik, die die Rolle Deutschlands in Europa neu bestimmen sollte.

Um erste konkrete Schritte in diese Richtung zu unternehmen, war es daher notwendig, militärstrategisch zentrale Güter supranationalen (nicht deutschen!) Behörden zu unterstellen. Einer der Vorreiter war der damalige französische Außenminister Robert Schuman mit seinem 1950 vorgebrachten Vorschlag, die Kohle- und Stahlindustrie gemeinsam zu verwalten. So entstand im April 1951 die Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)) als gemeinsamer Markt für Kohle- und Stahlprodukte. Auf dieser Grundlage konnte die Bundesrepublik nach Unterzeichnung der Pariser Verträge von 1955, als ersten Akt der Souveränität, in die NATO eingegliedert werden und eine neue Armee aufstellen (Wiederbewaffnung).

30 Der Ausbau der Montanunion auf weitere Wirtschaftsbereiche erfolgte dann Schlag auf Schlag. Die in Rom unterzeichneten Verträge 1957 ermöglichten es, die Kooperation gesamtwirtschaftlich auszudehnen und zu vertiefen. So entstand die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Europäische Atomenergie-Gemeinschaft (EURATOM) und sowie auf legislativer und exekutiver Ebene die Kommission, der Ministerrat und die parlamentarische Versammlung. Die drei Institutionen EGKS, EWG und EURATOM wurden 35 1967 zur Europäischen Gemeinschaft zusammengelegt, verbunden mit der Vereinbarung des Abbaus innereuropäischer Zölle und einem gemeinsamen Außenzoll, der wichtigste Schritt zum EU-Binnenmarkt.

40 Mit dem europäischen Währungssystem und der ersten Wahl des Europäischen Parlaments 1979 wurde die Grundlage für den Euro geschaffen. Der Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/ 1990 und die Annektion der DDR waren der letzte Baustein zum

Wiederaufbau der ökonomischen und militärischen Potenz des nun entstandenen Großdeutschlands. Dieses neu gewonnene Gewicht wurde in der Ausgestaltung der Verträge von Maastricht (1992, Inkraftgetreten 1993) geltend gemacht, die der linke Ökonom Jörg Huffs Schmid auch als "Neoliberale Deformation Europas" beschimpfte.²⁶ 1999 kam es dann zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro und der ersten EU-Osterweiterung mit den neuen Mitgliedsstaaten Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik, Slowenien und Zypern.

Die Ostintegration hatte das Ziel, die vormals sozialistischen Länder 1. ökonomisch zu durchdringen und 2. auf der politischen Ebene ihren Einfluss zu sichern. Die nächste Osterweiterung ließ auch nicht lange auf sich warten: 2004 traten die neuen Mitgliedstaaten Estland, Lettland, Litauen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Polen und Malta bei.

Mit der Erweiterung um die mittleren (Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007) und südöstlichen Balkanländer (Kroatien 2013) sowie den Beitrittskandidaten ab 2020 (Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und die Türkei) sicherte sich die EU den Einfluss über den gesamten Kontinent ab.

Die Facetten Europas

Demokratie oder was?

Europa hat eine Vorreiterrolle in der Welt. Mit Neid blicken so manche Kapitalistenverbände auf die Möglichkeiten, die das europäische Regelwerk dem Kapitalexport, der politischen Einflussnahme und der Vertiefung der Konkurrenz zwischen den Arbeitern bieten.

Die Europäische Union ist ein Regulationssystem, welches seine Mitgliedsstaaten über ein umfangreiches Vertragssystem integriert. Diese Integration funktioniert vor allem auf der ökonomischen Ebene über die vier Grundfreiheiten, die sich auf den Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital erstrecken.

Sie verfügt über supranationale Organe wie einen eigenen Haushalt, eine eigene Gerichtsbarkeit (Gerichtshof und Rechnungshof), sowie eigene Finanzpolitik, mit einer Zentralbank und einer gemeinsamen Währung, die in 18 von 27 Mitgliedsländern Zahlungsmittel ist. Die Legislative der Union ist das Europäische Parlament, welches allerdings nicht über die Kompetenzen eines richtigen Parlaments verfügt. Allgemein entstehen die wichtigen Regularien durch die Abstimmungen über die Vorschläge der Europäischen Kommission in den Ministerräten und im Europäischen Rat der Regierungschefs. Sie bestehen aus Beschlussvorlagen und Paragraphen sowie aus Richtlinien und Verordnungen in den Ministerräten.

Wichtig sind hierbei insbesondere die mit dem Vertrag von Lissabon vom 1. Dezember 2009 eingetretenen Vertragsänderungen. Dort wurde zentral verankert, dass die im Rat bzw. in den Ministerräten getroffenen Abstimmungen nach Bevölkerungsgröße erfolgen sollen. Zur Anwendung kommt hier das Prinzip der doppelten Mehrheit (16 Abs. 4 EUV und Art. 238 Abs. 2 AEUV). Ein Text gilt als angenommen, wenn hinter ihm die Mehrheit

²⁶ Maastrichter Verträge

der Staaten (mindestens 15 der 27) und eine Bevölkerungsmehrheit von 65 Prozent der EU steht. Eine so zustande gekommene Mehrheit gilt als qualifizierte Mehrheit.

5 Angewandt wird die Regelung seit 2014. Kleinere Länder wie Polen und Spanien hatten Widerspruch gegen das Bevölkerungsquorum eingelegt, weil es sich für ihre Ländern negativ auswirken sollte. Sie wurden überstimmt.

Eine Frage der Souveränität

10 Die umfangreichen Kompetenzübertragungen auf die europäische Ebene wirken sich selbstverständlich auf die nationale Gesetzgebung aus. Oft kommt dieser nur die Aufgabe zu, die dort getroffenen Entscheidungen umzusetzen. Im Zuge der Integration haben sich die Rechtsschutzsysteme der Mitgliedsländer verändert. Das Prinzip der unmittelbaren Wirkung des EU-Rechts verpflichtet die nationalen Gerichte, europäische Rechtsnormen anzuwenden. Wenn die Urteilsprechung mit der europäischen in Konflikt gerät, entstehen schwere Probleme. Ein Beispiel:

15 Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai 2020 zum AAP (genauer: Public Sector Purchase Programme – PSPP) der EZB. Die Bundesregierung und der Bundestag hätten durch tatenloses Zusehen Grundrechte der Bürger:innen verletzt. Die EZB hätte „ultra vires“ gehandelt – jenseits ihrer Kompetenzen. Daher hätten die Anleihekaufprogramme in Deutschland keine Gültigkeit. Der Europäische Gerichtshof, der sich zuvor mit dem Anleihekaufprogramm auseinandergesetzt hatte, hätte den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bei seiner Beurteilung nicht ausreichend berücksichtigt. Die EZB führte daraufhin eine solche Verhältnismäßigkeitsprüfung des Anleihekaufprogramms durch und der Bundestag billigte das Programm. Schließlich leitete die Europäische Kommission dennoch ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ein, dass jedoch wenig später eingestellt wurde. Die Bundesregierung erkannte den „Vorrang und die Autonomie“ des europäischen Rechts an und sagte zu, die Autorität des EuGH anzuerkennen, dessen Urteile endgültig und verbindlich seien.

30 Des Weiteren fördert die EU-Rechtsgrundlage neben dem Binnenmarkt „Wettbewerb, Wirtschaftswachstum und soziale Marktwirtschaft“, damit wird die freie Gestaltung der Wirtschaftsordnung durch das Grundgesetz unterwandert, die keine feste Ordnung in ihrem Wirtschaftsleben für die BRD vorsieht.

35 Wir ersparen diesem Antrag große Ausschweifungen über den direkten Einfluss von Unternehmerverbänden auf die europäische Politik. Es wäre wohl nicht übertrieben zu sagen, dass Brüssel das Mordor des Lobbyismus ist. Wichtiger zu nennen sind die strukturellen, ökonomischen Mechanismen, die die Europäische Union zu so einem attraktiven Modell für deutsche Monopole machen.²⁷

Die Politische Ökonomie Europas - ein Abriss

Europa ist nicht gleich Europa. Am deutlichsten wurde dies durch die in der Finanzkrise 2007 ff. und zutage getretenen Euro-Krise. Sie verdient ihren Namen wahrhaftig. Denn Grund für die massiven Krisen in den Volkswirtschaften und Staatshaushalten

²⁷ Kleine Übertreibungen sind den Antragssteller:innen zu verzeihen.

Griechenlands, Italiens, Portugals und Spaniens nach 2010 war die europäische Währungsunion in ihrer Gesamtheit.

Kapitalistische Volkswirtschaften, die auf dem Weltmarkt miteinander konkurrieren, haben im Normalfall eine eigene Währung, die gewisse Steuerungsspielräume zulässt.
5 Durch eine gemeinsame Währung zwischen unterschiedlichen Volkswirtschaften wird - wie zu erahnen ist - die Unterschiedlichkeit dieser Volkswirtschaften deutlicher hervortreten. Um das zu erklären, müssen wir einen Schritt zurückgehen.

10 Nationalstaaten, die über eine eigene Währung verfügen, können über die Auf- und Abwertung von Währungen Konkurrenz mildern. In den Ländern mit unterdurchschnittlichen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und geringerer Konkurrenzfähigkeit können Produzenten durch die Abwertung der Währung von ausländischer Konkurrenz geschützt werden. In Ländern mit überdurchschnittlichen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität und hoher Konkurrenzfähigkeit kommt es hingegen zur Aufwertung der Währung, die die Konkurrenzvorteile zum Teil zunichtemacht. So können internationale Zahlungsbilanzun-
15 gleichgewichte tendenziell ausgeglichen werden. Durch die EWWU wurde dieser Ausgleichsmechanismus zwischen den Mitgliedsstaaten beseitigt. Damit wurden die Länder mit schwächeren Produktivitätszuwächsen zu Schulden gezwungen. Die Grundlage für die Schuldenkrise war geboren.²⁸

20 Deutschland ist der Architekt und der große Gewinner dieses Systems und auch noch stolz darauf. Der Fakt, dass Deutschland mit seinem Handelsbilanzüberschuss die anderen europäischen Volkswirtschaften unter sich gedrückt hat und in seiner Außenhandelsquote zuletzt nur noch von China und den Vereinigten Staaten überholt werden konnte, bereitet in Zeiten hoher Rohstoffpreise und unsicherer Lieferketten langsam aber sicher auch der Ökonomen-Zunft Bauchschmerzen.²⁹³⁰

25 Im Jahr 2022 betrug der Handelsbilanzüberschuss 172,5 Mrd. €. Die höchsten Überschüsse wies Deutschland im Jahr 2022 mit den Vereinigten Staaten (63,9 Milliarden Euro), darauf folgen Frankreich (46,8 Milliarden Euro) und das Vereinigte Königreich (35,9 Milliarden Euro). Aus China wurden hingegen mehr Waren importiert als dorthin exportiert, der Importüberschuss bzw. das Handelsdefizit betrug 85,1 Milliarden. Die wichtigsten
30 Handelspartner zusammengenommen (Exporte und Importe) Deutschlands sind die USA, auf Platz 2 Frankreich, es folgen die Niederlande (Platz 3), China (Platz 4), Polen (Platz 5), Österreich (Platz 6) und Italien (Platz 7).

Von hoher Bedeutung sind die wirtschaftlichen Verflechtungen der deutschen Wirtschaft mit den sogenannten Visegradländern Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn.
35 Ebenso groß ist die Abhängigkeit dieser Länder von der deutschen Wirtschaft.

²⁸ Thomas Sablowsky: Ungleichheit mit System. Wie die politische Ökonomie der EU gestrickt ist. April 2019.

²⁹ „Export trotz schwachem Jahresabschluss mit Rekord“. Wirtschaftswoche, online verfügbar unter: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/aussenhandel-export-trotz-schwachem-jahresabschluss-mit-rekord/28959260.html>

³⁰ Zur Erklärung: Die Handelsbilanz entspricht dem Verhältnis von Exporten und Importen eines Staates im Außenhandel in einem gegebenen Zeitraum. Die Außenhandelsquote entspricht dem prozentualen Anteil von Warenexporten und -importen eines Staates, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Deutschland war 2021 der wichtigste Lieferant für Ungarn mit einem Anteil von 24 Prozent an den ungarischen Importen. Ähnlich verhält es sich mit Polen, der Slowakei und Tschechien. Insbesondere für die deutsche Automobilindustrie haben die Produktionsstandorte in der Slowakei und in Ungarn zentrale Bedeutung, denn ohne sie wäre die Industrie weltweit nicht konkurrenzfähig. Die Bereitschaft zu investieren ist gegeben durch die niedrigen Löhnen, schwachen Sozialleistungen, kampfunfähigen Gewerkschaften und geringen Umweltstandards. Für die inländischen Produzenten lohnen sich die wirtschaftlichen Verflechtungen ebenfalls. Der freie Personenverkehr ermöglicht einen direkten Zugriff auf das aus diesen Ländern kommende Humankapital: ohne die ausgebildeten Fachkräfte (brain drain), insbesondere aus dem medizinischen Bereich, aber auch geringe qualifizierte Kräfte aus den Bereichen Transport (LKW-Fahrer) oder Bau würde die heimische Wirtschaft vermutlich kollabieren.

Race to the Bottom

Niedrige Standards im Bereich der Arbeitnehmerrechte, der Umwelt und der Demokratie waren kein erwünschter Nebeneffekt der europäischen Institutionen.

Dieser ökonomische Wettlauf gestaltet sich auf politisch-juristischer EU-Ebene gemäß dem "Subsidiaritätsprinzip [...] die Aufgaben der Daseinsgestaltung" löst, die auf der nächst kleineren Ebene vermeintlich schwieriger zu lösen wären. In der Realität führt das zu einem Flickenteppich an Regelungen, die dazu führen, dass weniger produktive Volkswirtschaften zu neoliberaleren Anpassungen gedrängt werden. Allein dieser Mechanismus führt zu enormen Diskrepanzen und unterschiedlichen Lebensbedingungen in verschiedenen Ländern. Autoritäre und nationalistische Kräfte nutzen Ausgrenzung, um soziale Probleme zu überspielen, während die herrschenden Klassen keine angemessenen Antworten auf diese Probleme bieten und weiterhin auf eine neoliberal ausgerichtete Politik setzen.

Durch die geöffneten Grenzen verschärft sich die wirtschaftliche Konkurrenz der Mitgliedsstaaten, was sie in gegenseitige Abhängigkeitsverhältnisse versetzt und Deindustrialisierung an anderen Stellen fördert.

Europa als Friedensprojekt?

Das sagt die Zentrale für politische Bildung zur Gemeinsamen europäischen Außenpolitik in einfacher Sprache:

"Der Vorteil einer gemeinsamen Außenpolitik ist:

Die EU wird so in der Welt besser gehört.

Die EU kann so besser durchsetzen, was sie richtig findet.

Die EU kann so besser verhindern, was sie falsch findet."

Während die EU für ihr Bestehen als friedenssichernde Institution einen Friedensnobelpreis erhalten hat, lässt sich das Konzept des friedlichen Europas in Frage stellen. Es ist wahr, dass sie Kriege unter den EU Mitgliedsstaaten verhindert, nicht aber weil sie den

Staaten die Grundlage für Kriege nimmt, sondern die Möglichkeit sie zu führen.

Die EU setzt dabei immer stärker auf eine Aufrüstung nach außen, was schon vor 2022 deutlich wurde, aber seit dem Februar 2022 nicht mehr zu ignorieren ist. Während sich auf "europäische, westliche" Werte berufen wird, wird eine Verteidigung dieser auf dem militärischen Zweck bereits in Aussicht gestellt. So sagte Boris Pistorius Deutschland müsse "kriegstüchtig" werden und sich an den "Gedanken eines Kriegs in Europa gewöhnen."³¹ Die EU leistet dabei noch einen anderen Dienst: Annalena Baerbock "will eine europäische Zusammenarbeit bei Rüstungsfragen, damit wir uns verteidigen können." Unter diesem Chiffre verteidigt die Außenministerin Waffenexporte nach Saudi Arabien.

5
10 In der Vergangenheit wurden immer wieder Konzepte einer europäischen Armee diskutiert. Konzepte wie diese scheinen aktuell nicht sonderlich aussichtsreich, wenn auch das Ziel weiterhin besteht.

15 Die Idee einer Europaarmee wurde im konventionellen Sinne noch nicht zur Realität. Jedoch wurden im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitsstrategie insgesamt 15 sog. Battlegroups geschaffen. Die Armeen bestehen aus 1500 Reservist*innen und können in wenigen Tagen in Gebiete verlegt werden. Die Armeen sollen die EU auf "militärischer Ebene schnell und flexibel reaktionsfähig"³² machen.

20 Die Rüstungshaushalte der EU Mitgliedsstaaten steigen zudem auch immer weiter. Zusammengenommen stehen sie gleich an dritter Stelle weltweit, direkt hinter den USA und China.

25 Die EU positioniert sich im globalen Konflikt weiterhin konsequent an der Seite des Westens und als Juniorpartner der USA. Während Macron zwischenzeitlich von Europa als einem "dritten Pol" neben den USA und China sprach, handelt die EU weiterhin konform mit den USA und fordert volle wirtschaftliche sowie militärische Härte gegen Russland³³ und zeigt sich zwar besorgt wegen Chinas "geopolitischer Ambitionen"³⁴ steht sich aber ein, dass die "Wahrung des Friedens, der Stabilität und der Freiheit der Schifffahrt im indopazifischen Raum weiterhin von entscheidender Bedeutung für die Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist"³⁵ und baut weiterhin auf eine EU-China Strategie.

30 Nach dem 07.10 hat die EU, sowie Deutschland, zunächst alle Hilfsgelder für Palästinenser*innen eingestellt. Seit dem betont ein großer Teil der EU Staaten klar die Solidarität mit Israel und gibt - zumindest teilweise - mehr Solidarität mit den Palästinenser*innen von sich. Einige Staaten verurteilen auch das Vorgehen Israels stärker, allen voran Staaten wie Irland, die auch auf europäischer Bühne regelmäßig Verurteilung von israelischen

³¹ "Wir müssen kriegstüchtig werden". Zeit Online, online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-10/pistorius-modernisierung-bundeswehr-kriegsgefahr-europa>

³² Battlegroups. BPB, online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176703/battlegroups-kampfgruppen-der-eu/>

³³ Pressemitteilung des EU Parlaments. online verfügbar unter: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230210IPR74807/ukraine-militarische-unterstuetzung-so-lange-wie-notig-fordert-das-parlament>

³⁴ Beschluss des EU-Parlaments vom 18.01.2023. online verfügbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0009_DE.html

³⁵ Ebd.

Kriegsverbrechen verlautbaren.

Der Fortschreitende Faschismus in Europa

5 In ganz Europa steigen rechtspopulistische bis rechtsextreme Parteien weiter in den Umfragen auf. Während in Deutschland und Frankreich der rechtsextreme Flügel des Parlaments die starke Opposition von rechts spielt, haben Länder wie Österreich oder Polen bereits Regierungen aus Rechts-Rechtsaußen Bündnissen erlebt, die teilweise auch schon wieder Geschichte sind. Auch in Italien regiert mit Meloni aktuell eine Neofaschistin und in den Niederlanden zeichnet sich ein ähnliches Bild ab.

Die Rechte als Gefahr in "Opposition" oder Regierung

10 Durch die rechte Regierung in Italien ändert sich die Lage entschieden. Mit Meloni an der Staatsspitze und den Fratelli d'Italia in der Regierung ist eine extreme Rechte an der Macht, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, das Land und die EU abzuwälzen.

15 Mit Italien ist ein Gründungsmitglied der EU nun Teil des Bündnisses der Rechtsaußen-Regierungen. Dies stärkt die kleineren, osteuropäischen Regierungen in Ungarn, Polen und im Baltikum.

20 Ideologisch lässt sich unter den europäischen Rechtsaußen-Parteien ein Grundkonsens ausfindig machen: Ein autoritäres traditionelles Gesellschaftsbild, sozialer Chauvinismus, EU-Skepsis sowie ein völkischer Nationalismus.³⁶ Für die Parteien ergeben sich dafür auf europäischer Ebene bestimmte Ziele, die sie gemeinsam verfolgen: Abschottung Europas und Behinderung jeglicher Migration; Lockerung von EU-Standards und Aufrüstung zur Stärkung der nationalen Interessen im globalen Gefilde. Der Rassismus, der Sexismus, die Queerfeindlichkeit und die weiteren Vorstellungen einer Gesellschaft von vermeintlich konservativen Rechten sind sowohl eine Bedrohung für das Leben marginalisierter Gruppen aktuell als auch eine Barriere, die im Kampf für eine befreite Gesellschaft überwunden werden muss.

25

Gleichzeitig zeigt sich, vor allem in den letzten Wochen, dass rassistische Ressentiments in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet sind und von bürgerlichen Parteien hofiert wird. Dabei müssen wir beachten, dass einige der Ziele in den letzten Jahren und insbesondere den letzten Monaten in die Mitte der Parteienlandschaft gerückt sind.

30 Zuletzt machte die EU so Negativ-Schlagzeilen mit der GEAS Reform. Die Neustrukturierung des europäischen Asylrechts sieht eine enorme Beschneidung dessen vor, in der Praxis bedeutet das, dass (minderjährige) Geflüchtete "bis zu drei Monaten der Freiheit beraubt werden" dürften, "weder angemessene Asylberatung noch rechtlichen Beistand erhalten [und] Fälle von menschenrechtswidrigen Pushbacks (...) weiter zunehmen"³⁷ würden. Die GEAS-Reformen markieren die faktische Aufhebung des Asylrechts in Europa und sind von einer Forderung von Rechtsaußen zu einer durch fast alle Parteien begrüßten Reform geworden. Nützlich sind die Reformen auch sich sozialdemokratisch und grün

35

³⁶ Walter Baier: Radikale Rechte in Europa. Z. Marxistische Erneuerung. Online verfügbar unter: <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/3049.radikale-rechte-in-europa.html>

³⁷ FAQ zur Asylrechtsreform. Pro Asyl.

schimpfenden Regierungen, wie der Ampel-Regierung, in dem sie sich durch rechte Migrationspolitik Wählerstimmen sicher und durch Kriege und Klimakrise erwartete Migrationsbewegungen zuvorkommen.

5 Das es liberale bis sozialdemokratische Regierungen sind, die den Rechten den Boden bereiten, kennen wir aus der Geschichte nur zu gut. Der Siegeszug der radikalen Rechten in Deutschland und Österreich nach dem Ersten Weltkrieg wurde durch die "Massenarbeitslosigkeit und Verelendung der Mittelschichten ausgelöst." Die Austeritätspolitik der Brüning-Regierung ebnete den Weg für diese Massenverarmung, die Faschisten ernteten die Früchte.

10 **Die Rechten in der "Opposition"**

Die im Sommer 2022 abgehaltenen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Frankreich zeigen den gestiegenen Einfluss rechter Kräfte aus der Opposition. Zwar gewann Macron noch knapp die Stichwahl, aber der Einfluss Marine Le Pens auf die französische Politik, insbesondere die Sozialpolitik und Gewerkschaftsrechte, ist enorm und wird durch die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik verstärkt. Die Politik für den kleinen Mann ist das Erfolgsrezept, mit denen die europäische Linke geschlagen wurde. Maurizio Ace-
15 rибо (Rifondazione Comunista) machte in einem öffentlichen Statement klar, dass die Linke in Italien es trotz Krieg und Inflation, der gescheiterten, neoliberalen Politik und der unpopulären Draghi-Agenda, nicht geschafft hat als Alternative wahrgenommen zu werden. Der Präsident des italienischen Partisanenverbandes ANPI rief als Konsequenz aus den Wahlergebnissen dazu auf, das gesellschaftliche Bündnis zu stärken, um die antifaschistischen Grundlagen der italienischen Verfassung zu verteidigen.

In Frankreich brachte die Unzufriedenheit gegen die Regierungspolitik am 29.09. beim Gewerkschaftsaktionsstag 250 000 Menschen auf die Straße.³⁸ Der Unmut äußerte sich vor allem gegen die gestiegenen Lebenshaltungskosten und Energiepreise.

So zeigt sich, dass eine Offensive von Links den Unmut in richtige Bahnen lenken kann.

Was die Linke mal wusste

30 *"DIE LINKE wird dazu beitragen, die Kämpfe gegen neoliberale Politik in den Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten zunehmend auch auf der Ebene der EU zu führen. Wir werden unsere europapolitischen Ansätze in Protesten gegen die Politik der Europäischen Union und der Mitgliedstaaten ebenso vertreten wie in den Parlamenten aller Ebenen. Wir wollen die Menschen mit überzeugenden konkreten Projekten gewinnen, ihnen Mut machen, sich wieder politisch zu beteiligen. So können wir unser politisches Ziel einer demokratischen, sozialen, ökologischen und friedlichen Neugestaltung der Fundamente der Europäischen Union erreichen. So verhindern wir, dass Neofaschisten und Rassisten in den EU-Mitgliedstaaten Unterstützung für ihre menschenverachtenden Ideologien erhalten."*³⁹

³⁸ Georg Polikeit: 250 000 bei Gewerkschaftsaktionstag in Frankreich; In: In: Inflation. Ursachen - Verursacher - Auswege. Verlag marxistische Blätter, 6/2022.

³⁹ Erfurter Parteiprogramm 2011, S.70

....

Die Linke und Europa

5 “Der Hauptfeind steht im eigenen Land.” - Liebknechts Worte sollten uns als deutsche Linke in der EU-Frage im Ohr klingen. Es ist unsere nationale Bourgeoisie, die im Verhältnis der europäischen Nationen zueinander, der unterdrückende Staat, das imperialistische Zentrum, ist. Die europäischen Institutionen und ihr Regelwerk sind das in Recht geronnene Instrumentarium der Politik der Stärkeren gegen die Schwächeren und die Euro-Krise hat gezeigt, wie sie die Möglichkeiten nationaler Politik und nationaler Souveränität - auch für Regierungen mit linkem Profil - schwächt. Hervorgebracht haben diese 10 Krise auch nachvollziehbare Ressentiments gegen Deutschland, so werde parallelen zwischen den ungunstigen historischen Erfahrungen mit Deutschland und der aktuellen Entwicklung gezogen. Karikaturen - Nazi-Vergleiche - Griechenland: „Nach jedem deutschen Tank kommt gleich die Deutsche Bank“. - Nachvollziehbar nach Troika und Co. Diese Entwicklungen sind gefährlich, es muss klar gemacht werden, dass es den Linken um die Arbeiterklasse geht. 15

Historisch haben sich für die Linke in Europa zwei Umgangsweisen gebildet, mit dieser Frage umzugehen.

20 Zum einen zeigen all die Ausmaße europäischer Politik, wie viel in der europäischen Kooperation auf dem Spiel steht. Eine trotzig Abkehr von der europäischen Ebene aufgrund der Intransparenz ihrer Strukturen wäre die falsche Regung, in einer Zeit, in der so viel auf dem Spiel steht.

25 Eine Tendenz zur Renationalisierung wäre demnach dabei der falsche Schritt. Zum einen eröffnet sie, aufgrund der bestehenden Abhängigkeiten und der gemeinsamen Währung sowie der Warenverkehrsfreiheit keine neuen Möglichkeiten, da Nationalstaaten unter diesen Bedingungen keine progressive Politik im Alleingang machen können.⁴⁰ Zudem steht Europa vor Herausforderungen, die ohne europäische Kooperation nicht zu lösen sind.⁴¹

30 Zum anderen lässt sich die “demokratische und soziale EU” weniger als Utopie, als als Illusion verstehen, die zu einer Schwächung der Handlungsfähigkeit der progressiven Kräfte führt. Zudem findet die Hinterfragung der EU primär von rechts statt, was von links eine Lücke übrig lässt, die die Europäische Linke nicht nutzt, sondern sich von den rechten Kräften treiben lässt.

35 “Je lauter die Kräfte von Rechts außen mit chauvinistischen Tönen gegen EU und den Euro Stimmung machen, umso mehr flüchten sich die in der Europäischen Linken (EL) zusammengeschlossenen Parteien in eine Pro-EU-Position. Ihr traditioneller Internationalismus ist längst zu einem Europäismus mutiert.”⁴²

⁴⁰ Klaus Busch, Dirk Hieschel: Mehr Europa, aber anders. Z Marxistische Erneuerung. Online verfügbar unter: <https://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/de/article/388.mehr-europa-aber-anders.html>

⁴¹ Mario Candeias, Johanna Bussemer: Warum eine verbindende Plattform nötig ist. Luxemburg, 2019.

⁴² Andreas Wehr, Jurist und von 1999 - 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke des Europäischen Parlaments in Brüssel

Damit reihen sie sich stärker in die Linie der Sozialdemokraten und Grünen ein, dem niemand mehr den Sozialismus als Forderung abnimmt.

Die Demokratien sind heute vor allem durch die EU gefährdet. Der Kampf gegen die EU ist daher, verbunden mit dem weltweiten Kampf gegen den Imperialismus, der Antikapitalismus der heutigen Zeit. Die linke britische Tageszeitung Morning Star beschrieb am Vortag der Abstimmung über den Brexit sehr genau worum es geht: „Eine Stimme für Verlassen bringt nicht heute den Sozialismus. Aber sie wäre ein Schritt hin zur Wiederherstellung von demokratischer Kontrolle über unsere Wirtschaft, und sie würde ein Hindernis für Fortschritt beseitigen.“

10 **Ausblick: Europa ungleich EU: Welches Europa wollen wir?**

Um gegen den Rechtsruck in Europa anzukommen, müssen die Arbeitsrechte europaweit gestärkt werden, der Mindestlohn angehoben und (Aus)Bildungsmöglichkeiten gestärkt werden, um jenen, die sich abgehängt fühlen, eine Alternative zu bieten. Eine linke Partei muss dabei auch länderübergreifend die Klassenperspektive finden und sich klar gegen die undemokratischen neoliberalen Projekte der EU stellen; gegen die Verarmung, die sie fördern vorgehen; und für ein Europa der Menschen eintreten. Für ein Europa, dass nicht die Migration zum Sündenbock macht sondern die Konzerne und Institutionen, die dafür verantwortlich ist. Sie muss sich auch klar gegen die Aufrüstung nach innen sowie "Grenzschutzarmeen" richten, die stärkere Polizerung kann nie für ein besseres Miteinander sorgen, sondern solidarische Lösungen.

.....

"A Europe that upholds effective multilateralism, based on the founding Charter of the United Nations, with an independent external action from the USA and NATO. A Europe that ceases to be a fortress rejecting economic migrants, asylum seekers, and all those fleeing disasters caused by neocolonialism, capitalist crises, wars, and climate change. A Europe that uses its resources to build coexistence and collaboration among peoples. To achieve this, policies must be ensured to prevent continuous massacres in the Mediterranean and at Eastern borders. (...) All this requires mobilizing resources and powers to avert the impending crisis, particularly by deploying the trillions from the European Central Bank (ECB) for public services and social protection, through the establishment of a European fund, democratically dedicated to their financing. It involves swiftly changing the perilous policy of high-interest rates at the ECB: advocating for a selective decrease and increase in rates, in favor of employment, education, wages, and ecology; and against speculation, job-destructive mergers, outsourcing, and capital income."

35 (Aus der Abschlusserklärung des 7. Europäischen Forums der linken, grünen und progressiven Kräfte vom 12.11.2023)

A13 Wissenshierarchien im Verband abbauen - theoretischen Einstieg in den Marxismus fördern

Die Linke.SDS erstellt eine Sammlung von Materialien bzw. Readern zur Einführung in die marxistische Theorie. Diese soll außerdem Informationen zu weiterführenden Materialien enthalten. Der Bundesvorstand wird damit beauftragt, die Erstellung der Sammlung zu koordinieren. Als daran anknüpfendes Format wird empfohlen, regelmäßig Bildungswochenenden oder -tage zu organisieren.

A14 Offensiv gegen AfD & Co.!

I. Die AfD ist die Partei des deutschen Militarismus und Nationalchauvinismus. Ihr „Europa der Vaterländer“ bedeutet Europa unter der Dominanz deutschen Kapitals, im Zweifel mit Gewalt. Daher beschönigt sie beide Weltkriege und die Nazi-Diktatur (Gaulands „Vogelschiss“) und bekämpft das tätige Erinnern an den 8. Mai als Tag der Befreiung. Unter dem Motto „Deutschland zuerst“ will die AfD die Ausgaben für Rüstung massiv erhöhen. Mit ihrer Friedensdemagogie zielt sie darauf ab, ihre eigentlichen Zwecke zu vertuschen, die Friedensbewegung zu spalten und Verwirrung zu stiften. Genauso, wie es die Nazis machten, als sie sich bis zum Einmarsch in Polen im September 1939 als friedliebende Kraft stilisierten.

Wenn die AfD von sozialer Gerechtigkeit spricht, meint sie Sozialabbau und Abschaffung demokratischer Errungenschaften. Dem Sozialstaat sollen „Grenzen gesetzt“ werden, die Erhöhung des Mindestlohns wird abgelehnt, Hartz IV soll beibehalten werden und Gewerkschaften sowie betriebliche Mitbestimmung werden verteufelt. Sie will ein späteres Renteneintrittsalter und strebt eine Aktienrente an, lehnt die Vermögens- und die Erbschaftssteuer ab, und der Spitzensteuersatz soll gesenkt werden. Ihr neoliberales Programm würde den „kleinen Leuten“, denen sie sich andient, in Wahrheit am meisten schaden.

Um von den kapitalen Profiteuren der Krise abzulenken, versucht die AfD, den Unmut auf Sündenbocke zu lenken. Wenn die AfD versucht, die soziale Frage für sich zu vereinnahmen, tut sie es auf eine nationalchauvinistische Art. Für sie wird die soziale Frage nicht durch eine Auseinandersetzung zwischen den Klassen mit dem Ziel ihrer Abschaffung beantwortet, sondern durch eine abstrus geartete „Einheit eines homogenen Volkes“, verbunden mit dem sozialrechtlichen Ausschluss bestimmter Gruppen. Die völkisch-nationale Ideologie weiter Teile der AfD ist nicht nur instrumentell als Mittel zur Stützung ihrer marktradikalen Programmatik zu fassen, sondern auch als eigenständige Säule der AfD zu begreifen. Diese völkische Ideologie verfolgt zuvorderst das Ziel eines „homogenen Volkskörpers“ und richtet sich damit insbesondere gegen Personen, die von der AfD nicht als Teil dieses gesehen werden. Im Diskurs erfolgt hierbei eine rassistische Begründung im Sinne des neu-rechten Konzepts des „Ethnopluralismus“, welches den Ausschluss auf (vermeintlich) „kulturellen“ Unterschieden gründet.

Die AfD ist weder Alternative noch Opposition, sondern Lüge, Demagogie und der rohe Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse, die sie bis aufs Messer verteidigt und deren Brandbeschleuniger sie gleichzeitig ist. Sie spielt Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für Frieden und soziale Verbesserungen zu verhindern. Wenn die AfD von Frieden spricht, meint sie Krieg: nach innen durch autoritären Staatsumbau mit Entdemokratisierung, Sozialabbau und Aufrüstung und nach außen militärisch.

Wir werden nicht nachlassen, bis ihr und allen anderen Kräften der extremen Rechten die Grundlagen der politischen Existenz entzogen sind!

40 Was tun? An die Wurzel gehen!

Unsere Strategie gegen Rechts vereint antifaschistische Aufklärung sowie Kampf für

sozialen Fortschritt, Frieden und internationale Solidarität. Die Erkenntnis, dass Antifaschist:innen unterschiedlicher Weltanschauungen im solidarischen Zusammenschluss für die Wohlfahrt der Menschheit die tiefste Barbarei überwinden konnten, bildet die Grundlage der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948: *„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geist der Brüderlichkeit begegnen.“* (Art. 1)

Im Grundgesetz wird dieser Anspruch durch die „unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt“ (Art. 1) konkretisiert. So sind die Beseitigung von Faschismus und Militarismus sowie der Aufbau eines „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ (Art. 20) identische Inhalte und Auftrag des Grundgesetzes. Als Konsequenz aus zwei Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, ist dort das Gebot zu Gewaltverzicht, Frieden, Völkerverständigung und umfassendes Asylrecht – ursprünglich auch die Abschaffung des Militärs – gefasst. Ein bis heute und für heute gültiges Entwicklungsprogramm, das über die Grenzen der Ausbeutungsgesellschaft hinausweist! Aus den Erfahrungen der Geschichte des deutschen Monopolkapitals und seiner politischen Machenschaften mit dem Faschismus ist das Sozialstaatsgebot in Kombination mit der Kontroll- und Sozialisierungsmöglichkeit (Art. 14 und 15) sowie dem Recht auf Gewerkschaften (Art. 9) gefasst worden und heute zum Inhalt der sozialen Kämpfe zu machen. Das heißt: Sozialstaat mit massiven Investitionen ausbauen inklusive Demonopolisierung und Demokratisierung der Wirtschaft, Hartz IV-Regime als Entmündigung per Gesetz abschaffen, sowie konsequent abrüsten und die Bundeswehr und Polizei abbauen.

Die Verwirklichung dieser uneingelösten Hoffnungen ist uns Antrieb und Auftrag zugleich. Gemeinsam kämpfen wir mit Gewerkschaften, Verbänden und zivilgesellschaftlichen Bündnissen – in der Überzeugung, dass zivile Entwicklung, sinnvolle Arbeit, soziales Wohlergehen und internationale Solidarität für die 99 Prozent gut sind und nur gemeinsam hervorgebracht werden.

Daraus ergibt sich für den Sozialistisch-demokratischen Studierendenverband:

„Wir setzen uns von denjenigen Auffassungen ab, für welche nicht der Mensch, sondern die Forschung an der Spitze steht. Wir glauben, dass Hochschulbetrieb nur soweit gerechtfertigt ist, als er Dienst am Menschen bleibt. Dieser Dienst ist nicht auf den Studenten beschränkt, ..., sondern er gilt mittelbar und unmittelbar dem ganzen Volk. Menschliches Leben ist gemeinsamen Leben von verantwortlichen Personen in der Welt. Nur als Teil dieses Lebens ist die Hochschule gerechtfertigt.“ („Blaues Gutachten zur Hochschulreform“, zum antifaschistischen Aufbau der Hochschulen in Deutschland, erarbeitet durch den vom britischen Militärgouverneur berufenen „Studienausschuss für Hochschulreform“ in Hamburg, 1948)

- Wir arbeiten für die Aufarbeitung der kolonialen und faschistischen Machenschaften in den Hochschulen und Wissenschaftsdisziplinen und für die Auseinandersetzung mit humanistischen, aufklärerischen und oppositionellen Wissenschaftler:innen.
- Wir arbeiten verstärkt daran, den 8. Mai als Tag der Befreiung zu einem gesetzlichen Feiertag zu machen, um die antifaschistischen Schlussfolgerungen einer Welt

ohne Faschismus und Militarismus zu verwirklichen. Wir initiieren entsprechende Positionierungen in Hochschulen und Studierendenschaft, sowie Projektwochen rund um den 8. Mai, um sich wissenschaftsspezifisch mit dem Tag der Befreiung zu befassen.

- 5 - Wir erinnern aktiv an Gedenktagen, an die Reichspogromnacht mit bspw. Mahnwache für die soziale Gleichheit aller Menschen statt Sündenbockideologie, an die Bücherverbrennung mit bspw. Öffentlichen Lesungen aus verbrannten Büchern, um aus dem humanistischen, pazifistischen und sozialistischen Erbe für heute zu schöpfen, an die Befreiung von Auschwitz, mit bspw. antifaschistischen Campus-Rundgängen.
- 10 - Wir setzen uns für die (Um-)Benennung von Hörsälen, Straßen und Plätzen am Campus nach friedenskämpferischen und antifaschistischen Wissenschaftler:innen und Studierenden ein, zum tätigen Erinnern und Schöpfen aus den Kämpfen für Solidarität, Frieden und Gleichheit.
- 15 - Wir streiten für die Auflösung des „Verfassungsschutzes“ und die lückenlose Aufklärung der NSU-Morde, sowie aller Morde durch extrem rechte Kräfte.
- Wir treten der AfD und allen anderen extrem rechten Organisationen konsequent entgegen und schließen jegliche Zusammenarbeit aus.
- 20 - Wir fördern antifaschistische Kultur und die politische Bildung und setzen uns insbesondere mit dem antifaschistischen Erbe auseinander.

II. Der Bundesarbeitskreis Kampf gegen Rechts wird angehalten in Zusammenarbeit mit den einzelnen Ortsgruppen und dem Bundesvorstand:

- 25 - Stärker das antifaschistische Gedenken im Verband zu verstetigen und etwa durch Veranstaltungen und Campusrundgänge verstärkt an die Hochschulen zu bringen
- Einen Diskussion- und Positionsbildungsprozess innerhalb des Verbandes anzuregen, mit Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Seminarwochenenden und Material unter anderem zu Faschismustheorien und wirksamen Antifaschismus heute.

A15 Kuba - von und miteinander lernen.

5 "Die Blockade verletzt das Recht auf Leben, Gesundheit, Bildung und Wohlergehen aller Kubanerinnen und Kubaner. Unsere Familien spüren das durch den Mangel in den Geschäften, die langen Warteschlangen, die überhöhten Preise und die abgewerteten Löhne (...)" - Bruno Rodríguez Parrilla, kubanischer Außenminister, UN-Vollversammlung 02.11.2023⁴³ Am 03.11.2023 nahmen die Vereinten Nationen die von der kubanischen Regierung eingebrachte Resolution mit dem Titel "Notwendigkeit der Beendigung des von den USA gegen Kuba verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzembargos" mit überwältigender Mehrheit an. Trotz des erneut eindeutigen Votums gegen die völkerrechtswidrige Blockade hält die US-Regierung weiter an ihrer auf einen „Regime-Change“ in Kuba abzielenden Sanktionspolitik fest.

15 US-Präsident Donald Trump hat am 12. September 2020 Blockadebestimmungen verlängert, sowie teilweise verschärft. Anfang 2021 wurde Kuba erneut auf die Liste "Staatliche Förderer des Terrorismus" des US-Außenministeriums gesetzt. Die seit dem Jahr 1960 bestehende Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade sowie die exterritoriale Ausweitung der Sanktionen auf Drittstaaten stellen eine klare Verletzung des internationalen Rechts dar. Dies wurde am 16. und 17. November diesen Jahres durch ein Internationales Tribunal über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba nochmals bestätigt. Dem Vorsitzenden Richter des Tribunals Prof. Norman Paech nach ist "keine Blockade je so umfassend, lang andauernd und brutal gegen ein Volk gewesen [...], wie die der USA gegen das kubanische Volk." Laut dem Tribunal kann "solch eine Haltung [...] auf ein Verbrechen des Völkermords hinauslaufen."⁴⁴ Die kubanische Bevölkerung leidet, insbesondere nach der Corona-Pandemie, zunehmend unter den Sanktionen.

25 Darüber hinaus wird Kuba jetzt schon schwer von den Auswirkungen der Klimakrise getroffen, was die schlechte Versorgungslage durch die Blockade weiter verschärft. Kürzere oder ausbleibende Regenperioden führen zu Ernteaussfällen, während die zunehmende Hitze vermehrt zu Wald- und Flächenbränden beiträgt, welche weitere Lebensgrundlagen der Menschen beeinträchtigen. Die wirtschaftliche Notlage trägt außerdem zu einer verstärkten Flucht, vor allem von gut ausgebildeten und jungen Menschen bei, was zu einem alarmierenden "brain drain" führt. Diese Fluchtbewegungen sind allerdings nicht nur schädlich für die Volkswirtschaft. Sie trennen Familien voneinander und verstärken die Ungleichheit zwischen denen, die Verwandte im Ausland haben und denen, die keine Unterstützung von den ausgewanderten Familienmitgliedern erhalten. Die schlechte Versorgungslage durch das Embargo, Fluchtbewegungen und Diffamierungskampagnen tragen

⁴³ Bruno Rodríguez Parrilla bei der UN-Vollversammlung 02.11.2023 (Spanisch) <https://www.youtube.com/watch?v=XTIG80H8Uks&t=1090s>

⁴⁴ Urteil des Internationalen Tribunals über die Sanktionen der USA gegen die Republik Kuba vom 17.11.23 <https://www.norman-paech.de/app/download/5817065711/Tribunal+final+judgement+engl-ger.pdf>

zur allgemeinen Demoralisierung der Bevölkerung bei und bergen die Gefahr, konterrevolutionäre Kräfte im In- und Ausland zu stärken.

Die Menschen stehen vor enormen Herausforderungen - die Blockade lässt den Menschen kaum noch Luft zum Atmen und versucht, Kuba aktiv daran zu hindern, sein volles Potenzial zu entfalten. Vorbild Kuba - was wir von Kuba lernen können Bereits kurz nach der Revolution 1959 startete die kubanische Regierung im Folgejahr ein landesweites Alphabetisierungsprogramm, das als beeindruckendes Beispiel für Demokratisierung und Bildung für Alle steht. Durch die mobilisierte Bevölkerung wurden in kurzer Zeit hunderttausende Menschen alphabetisiert, was u.A. die Grundlage für das herausragende Bildungssystem schuf. Die Bekämpfung von Analphabetismus stellt dabei ebenso eine entscheidende Grundlage dar, um der gesamten Gesellschaft die Möglichkeit zur demokratischen Teilhabe zu ermöglichen. Durch die Grundbildung können Bürger*innen sich aktiv am politischen Prozess beteiligen, wie zuletzt die Mitarbeit tausender Menschen am neuen Familiengesetz ("código de las Familias", 2022) und der neuen Verfassung (2019) gezeigt hat. Ein weiterer Bereich, in dem das sozialistische Modell Kubas positiv voranschreitet, ist das international hoch angesehene und für alle kostenlos zugängliche Gesundheitssystem. Kuba hat nicht nur eine hohe Lebenserwartung, sondern eine niedrige Kindersterblichkeit im Vergleich zu vielen "entwickelten" Ländern. Während der Corona-Pandemie "beglückte" die deutsche Bundesregierung weiterhin die internationale Gemeinschaft mit Auslandseinsätzen und der Blockierung von Patentfreigaben des Corona-Impfstoffs.

Kuba hingegen schickte damals keine Soldat:innen in Krisengebiete, sondern half selbst G7-Staaten wie Italien mit medizinischen Hilfsgütern, ganzen Ärzte-Brigaden und stellte weltweit kostengünstig die selbstentwickelten Impfstoffe zur Verfügung. Doch Kuba treibt nicht nur durch Ärzte-Brigaden international erfolgreiche Modelle für soziale Entwicklung weiter. Auch in der Friedensarbeit und der Diplomatie gehen sie mit positiven Beispiel voran. Anstelle von Konfrontation setzt Kuba auf Verhandlungen und diplomatische Lösungen, um aktiv zur Schaffung einer gerechten und friedlichen Weltordnung beizutragen. Die Haltung Kubas in internationalen Konflikten spiegelt das Bestreben wider, nicht nur nationale, sondern auch globale Probleme durch kooperative Ansätze zu lösen. Ihre Diplomatie ist geprägt von einem Anspruch, der auf Zusammenarbeit, Dialog und Solidarität basiert, und trägt somit zu einer positiven und nachhaltigen Gestaltung der internationalen Beziehungen bei. Auch in Bezug auf die ökologische Frage hat Kuba mit "La tarea vida" (Die Lebensaufgabe) einen Weg bereitet, um der Klimakrise zu begegnen. Dieses umfassende Programm zielt darauf ab, Umweltschäden zu minimieren, erneuerbare Energien zu fördern und die Biodiversität zu schützen. Kuba zeigt, dass sozialistische Gesellschaften in der Lage sind, eine nachhaltige Entwicklung im Einklang mit der Natur zu

fördern und ökologische Herausforderungen anzugehen.⁴⁵ Insgesamt dient Kuba als Vorbild dafür, wie ein sozialistisches Gesellschaftsmodell trotz widrigster Umstände Fortschritte in vielen verschiedenen Lebensbereichen erzielen kann. Als Sozialist*innen sollten wir nicht nur unsere Solidarität mit Kuba bekunden, sondern auch konkrete Schritte unternehmen, um die Errungenschaften zu unterstützen und zu fördern.

Wir fordern daher:

1. Schluss mit der völkerrechtswidrigen und mörderischen US-Blockade gegen Kuba! Schluss mit der Anwendung US-amerikanischer Blockadegesetze in der EU!

Wir nutzen unseren politischen Einfluss, um gemeinsam mit der Partei DIE LINKE und der Europäischen Linken sowie deren Jugendorganisationen Linksjugend [‘solid] und European Left Youth Network (ELYN) den Kampf gegen die US-Blockade weiterzuführen, zu verstärken und neue politische Partner für diesen Kampf zu gewinnen. Sanktionen sind eine Form des Wirtschaftskrieges und treffen immer die subalternen Klassen weltweit. Den EU-Wahlkampf wollen wir dafür nutzen, zum Beispiel Kubas die verheerende Wirkung von Wirtschaftskriegen zum Thema und politisch zum Tabu zu machen. Mit der Aufhebung von Sanktionen wird die Basis für die volle Realisierung von Menschenrechten und den SDGs der UN weltweit gestärkt. Wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Kooperation zwischen den Völkern der Welt ist die Basis der Entwicklung hier und weltweit: “Reden erst die Völker selber Werden sie schnell einig sein” (Bertold Brecht 1932).

2. Schluss mit dem Informationskrieg! Sozialismus ist kein Terror! Wir lehnen die westliche Propaganda, die Kuba als “Diktatur”, “Autokratie” usw. bezeichnet, entschieden ab.

Ebenso stellen wir uns gegen die Einstufung als “Terrorstaat” durch die US-Regierung. Solche Diffamierungen dienen konterrevolutionären Kräften im kubanischen In- und Ausland, sowie den Interessen der US-Imperialisten, die seit Jahren versuchen, die kubanische Bevölkerung zu spalten. Sie tragen aktiv zur Destabilisierung des kubanischen Staates und zur Demoralisierung der kubanischen Bevölkerung bei. Wir wirken daher verstärkt der mangelhaften und unrichtigen Berichterstattung über Kuba entgegen und verbreiten gemeinsam mit der AG Cuba Sí und den kubanischen Partner:innen der LINKEN eigene Informationen über die Realität auf Kuba.

3. Ausweitung der Völkerverständigung! Wissenschaftskooperationen und Erasmus+ Programme an unseren Hochschulen fördern!

Die im Frühjahr 2024 stattfindenden Jugenddelegation von Cuba sí, Linksjugend [‘solid] und DieLinke.SDS nehmen wir zum Anlass, die weltweite Kuba-Solidaritätsbewegung zu stärken. Neben Diskussionsveranstaltungen zu den Errungenschaften der kubanischen Revolution und der Blockade wollen wir mit Jugend- und Studierendenorganisationen Kontakt aufnehmen. Ein Ziel der

⁴⁵ »Das oberste Ziel besteht darin, Leben zu retten«, junge Welt, 11.11.23 <https://www.jungewelt.de/artikel/462961.umweltschutz-das-oberste-ziel-besteht-darin-leben-zu-retten.html>

öffentlichen Vor- Nachbereitung der Delegation ist dabei die Anbahnung und Verstetigung von Wissenschaftskooperation durch fachspezifischen Austausch, Hochschulpartnerschaften und die Erarbeitung von Studierendenaustauschprogrammen im Rahmen eines Erasmus+.

A16 Partei ergreifen: von unten. Was ist zeitgemäß und modern? Die Welt braucht eine starke Linke!

5 Nie waren die gesellschaftlich geschaffenen Reichtümer so groß wie heute - nie war ein auskömmliches Leben für alle so machbar. Kein Mensch müsste heute Krieg, Hunger, Obdachlosigkeit, Verarmung oder der Zerstörung seiner natürlichen Lebensgrundlage fürchten. Eine LINKE muss es zu ihrer Hauptaufgabe machen, diese gesellschaftlich geschaffenen Reichtümer zum Wohl der Mehrheit einzusetzen und damit die freie und volle Entwicklung des Einzelnen untrennbar mit der Freiheit aller zu verknüpfen.

10 „Das Konservativste in der Linke, die Klassenfrage, ist auch das Modernste, das Zeitgemäße!“⁴⁶

Eine sozialistische Alternative zum Status Quo ist damit an der Tagesordnung. Die Forderung für ein bisschen soziales, ein bisschen weniger Militarismus und etwas grüner Anstrich sind nicht zeitgemäß. Die Verhältnisse haben sich auch nicht grundlegend verändert wir stellen allerdings eine Vertiefung der Kapitalismus- und Imperialismuskrisis fest.
15 Für ihre sozialistische Überwindung brauchen wir als LINKE eine Reflexion unserer Wurzeln für eine Entwicklung nach vorne.

Aus der Geschichte wissen wir: Die Einheit der Arbeiterbewegung in der Friedensfrage ist eine entscheidende Säule im antifaschistischen Kampf. Folgerichtig ist der solidarische Zusammenschluss all der demokratischen, sozial progressiven und zivil kämpferischen
20 Kräfte von hoher Bedeutung. Wir kämpfen für die Revitalisierung der LINKEN als oppositionelle, kämpferische und sozialistische Kraft in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, für Frieden, sozial-ökologische Wende und Antifaschismus in Einheit. Statt bloß einer Wahlstrategie brauchen wir eine aufweckende und organisierende Gesellschaftsstrategie. Gesellschaftspolitische Herausforderungen lösen wir in Diskussion und Aktivität zur Verbesserung unserer Lage, ohne dabei sozialistische Positionen aufzuweichen:
25

„Die Potenziale der LINKEN liegen in den Fähigkeiten ihrer Mitglieder, ihrer gesellschaftlichen Verankerung und Lebenserfahrung. [...] DIE LINKE entwickelt ihre Politik im engen Zusammenwirken von gewählten Führungsgremien und Mitgliedern in basisdemokratischer Verankerung. Pluralismus und Transparenz sind tragende Säulen unserer Partei.“ (Programm der Partei DIE
30 LINKE, 2011, S. 76f.).

Für wen kämpfen? Für uns!

Die Arbeiter:innenklasse als revolutionäres Subjekt und die Analyse einer antagonistischen Klassenstruktur sind Realität. Die Aufteilungen in Milieus mit Konsum- und

⁴⁶ Bierbaum, Heinz/Brie, Michael 01.06.2023 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1173708.linkspartei-zukunft-der-linkspartei-die-klassenfrage-ist-das-modernste.html>

Lebenseinstellungen seitens der bürgerlichen Psychologie verschleiert objektive soziale Interessensgegensätze und verkennt die Monopolisierungsentwicklung auf ökonomischer Seite sowie die damit einhergehenden Proletarisierung. Entscheidend bleibt die Organisierungsmöglichkeit der „Verfügungsgewalt über die Kommandohöhen der Gesellschaft“ (W. Abendroth).

5

Politik als abendliches Hobby zu verstehen, kann der obrigkeitshörigen Vereinzelung und Anpassung im Lebensschwerpunkt nichts entgegensetzen. Ein solches Doppelleben entfremdet von den Interessen der Klasse und vernebelt den politischen Verstand. Es fördert die Parlamentsfixierung statt gesellschaftliche Veränderungen als aktives Eintreten mündiger Arbeiter:innen für ihre Interessen zu verstehen. Das bedeutet DIE LINKE als Lernort für eine widerständige politische Praxis im Alltag und Lebensschwerpunkt zu verstehen. Ein aktives Parteileben muss alle Mitglieder dazu anregen und demokratisch befähigen, an ihrem Lebensschwerpunkten für Sozialismus einzutreten. In Schule, Uni, Betrieb oder Vereinen und Verbänden – gesellschaftliche Veränderung wird überall erkämpft. Wirksamkeit kann die Partei DIE LINKE nur entfalten, wenn ihre Mitglieder die eigenen Lebensinteressen in ihren Lebensschwerpunkten vertreten. Damit wird Politik das ureigenste Interesse der menschlichen Existenz nach gesellschaftlicher Teilhabe und Handlungsfähigkeit (Holzkamp). Vor Ort stellen wir die Frage: Wem nützt es? Damit ist unmittelbar die Frage nach den Interessen von einem Klassenstandpunkt aus gestellt. Nützt uns die Militarisierung des wissenschaftlichen Diskurses? Nützt uns die Kürzung des BAföG Haushaltes? Nützt uns die verschärfte Konkurrenz durch Verschulung des Studiums? Nein! Weg damit! Sie nützen nicht uns, sie nützen dem Klassegegner. Im Zusammenschluss und kollektiven Eintreten für die eigenen Interesse verbindet sich unsere Klasse über Spaltungslinien hinweg und entwickelt ein gemeinsames Bewusstsein.

10

15

20

25

Denn es geht darum, *„daß die Umstände von den Menschen verändert und der Erzieher selbst erzogen werden muß. (...) Das Zusammenfallen des Ändern[s] der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.“* (Karl Marx, Thesen über Feuerbach, 1845).

Eine erfolgreiche gesellschaftliche Oppositionsbewegung zeichnet sich durch eine aktive Basisbeteiligung, kulturelle Widerständigkeit im Partei- und Parlamentsleben aus – im Bewusstsein und Widerspruch zu Integrationsversuchen in den bürgerlichen Parlamentsbetrieb. DIE LINKE muss „Meinungsbildungszentrum und Führungsstab der Arbeitnehmer in ihrem politisch-sozialen Gegensatz zum Finanzkapital“ (W. Abendroth) sein.

30

Für was kämpfen? Die Herausforderung der Herrschenden überall!

Wahlen und Parlamente sind kein Selbstzweck, Mitgliedergewinn ist kein Selbstzweck, sie sind nur dann sinnvoll, wenn sie inhaltlich fundiert die Auseinandersetzung mit den Herrschenden vertiefen und dabei breitere Bevölkerungsteile mit einbeziehen. Partei der 99% zu sein, heißt als alle Unterdrückten gemeinsam zu kämpfen. Das bedeutet weg von der

35

Fixierung auf Parlamentssitze und Regierungssessel hin zur Demokratisierung einer streitbaren, aufklärenden und organisierenden Parteikultur, um gemeinsam wirksam zu werden. Wir wollen anecken und anders sein!

Wir wollen DIE LINKE als Partei der Arbeiter:innen an der Seite der klassenorientierten Teile der Bewegung mit all ihren Gliederungen in Bewegung setzen für Frieden, Antifaschismus und eine sozial-ökologische Wende als Gesamteinheit. Antifaschismus bleibt Bekenntnispolitik, ohne die soziale Frage zu stellen, Friedenspolitik ohne Antifaschismus ist geschichtsvergessen und eine Bewegung für Soziales und Ökologie verweigert die Realität, wenn sie sich nicht als friedenspolitisch und antifaschistisch versteht usw.

10 **1. Frieden:**

Die LINKE ist entschiedene Kriegsgegnerin, ob Gaza oder die Ukraine wir stehen nicht auf der Seite des Krieges. Die Bevölkerung und Regierung in der BRD hat aus der deutschen Geschichte eine besondere Verantwortung. „Nie wieder Krieg. Nie wieder Faschismus“ heißt für uns diplomatische Verständigung zu ermöglichen, wie es das Friedensgebot und Gewaltverbot der UN-Charta und das Grundgesetz unmissverständlich verlangen. In Verbindung mit Schritten wechselseitiger Deeskalation müssen Waffenlieferungen sofort eingestellt werden – jede Waffe verlängert den Krieg. Wir wissen, dass kriegerische Expansion mit Profitstreben und Kapitalakkumulation zusammenhängt, und kämpfen deswegen insbesondere in den westlichen kapitalistischen Zentren für Abrüstung und Demokratisierung, auch der Wirtschaft. Wir wenden uns gegen den von hier aus betriebenen Wirtschaftskrieg der NATO-Staaten gegen Russland, China, Kuba etc. Die wirtschaftskriegerische Sanktionspolitik trifft nur die Unterklassen weltweit. Sanktionen durch Klassenkampf-Rhetorik gegen „russische Oligarchen“ umetikettieren zu wollen, lehnen wir als Versuch ab, DIE LINKE in die deutsche/amerikanische Staatsräson einzubinden.

Wir sind Teil der internationalen Bemühungen um Frieden, ob aus Brasilien, dem Vatikan, China oder (Süd-)Afrika. Frieden in der Ukraine, in Palästina/Israel und weltweit kann gewonnen werden, wenn die Souveränität und Gleichberechtigung eines jeden Staates, ohne Ansehen seiner Größe, seiner wirtschaftlichen Macht oder seines politischen Systems, mit dem Zweck respektiert werden, ein menschenwürdiges Leben überall auf der Welt zu schaffen. Statt Feindbilder, Vorurteile und Ressentiments zu schüren, braucht es Rationalität, Verstehen und Verständigung in der Weltgemeinschaft. Dafür kämpfen wir!

Parallel rührt die Ampel die geistige Kriegstrommel und fordert das Land auf „kriegstüchtig“⁴⁷ zu werden. Neben dieser sprachlichen Verrohung sind zunehmende Tendenzen der Einschränkung der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit feststellbar, wie insbesondere die Repression gegen Kundgebungen zeigt, die sich für eine Friedenslösung im Interesse

⁴⁷ Boris Pistorius 10.11.2023 <https://www.bmvg.de/de/mediathek/verteidigungsminister-wir-muessen-kriegstuechtig-werden-5701664>

der palästinensischen und israelischen Bevölkerung ausspricht. Eine geistige Mobilisierung findet aber nicht nur medial, sondern insbesondere im wissenschaftlichen Bereich statt, wo die Zeitenwender Blockkonfrontation und Militärforschung forcieren. Kein Krieg kann heute ohne die Wissenschaft geführt werden– Wir haben es in der Hand!

5 In Form von ersten Schritten setzen wir uns als dieLinke.SDS im Bündnis mit der Partei ein für:

- Den Aufbau internationaler Netzwerke von Kriegsgegner:innen und Foren der internationalen Verständigung z.B. durch Wissenschaftskooperation, Hochschul- und Städtepartnerschaften

- 10
- Den Erhalt und Ausbau von Zivilklauseln zu Friedensklauseln
 - Eine Verstärkung der Friedens- und Waffenstillstandsbewegung

2. Sozial-Ökologische Wende

15 Der vorgelegte Kriegshaushalt mit Sozialabbau, BaföG-Kürzung, Einschränkung der Ausgaben für Wohnen und Mobilität verschlechtert die soziale Lage noch einmal. Während der Coronapandemie wurde allerdings deutlich, welche (staatlichen) Ressourcen mobilisiert werden können, um ökonomische Prozesse zu lenken. Die derzeitige Austeritätspolitik will als Klassenkampf von Oben⁴⁸ die während der Pandemie deutlich gewordene Steuerungs-fähigkeit des Staates von rechts restaurieren. Kurz gesagt, wir, die Bevölkerung, sollen nicht auf den Gedanken kommen, die Mittel der Gesellschaft für unser Wohl und den sozialökologischen Fortschritt weltweit einzusetzen. Die bestehenden Ansprüche auf ein auskömmlich finanziertes Bildungswesen, Gesundheitswesen, Verkehrswesen, nach Arbeitszeitverkürzung und geplantem Ressourcenegebrauch sind in Gegnerschaft zum Kriegshaushalt zu weiten, zu organisieren und durchzusetzen. Damit streiten wir für

20

25 die Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates, was bedeutet, dass wir nicht nur für die Einhaltung demokratischer Verfahren, sondern auch um die Grundlagen demokratischer Beteiligung (soziale Sicherheit, Zeit und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe, emanzipatorische Bildungs-, Kultur-, Sozial- und Gesundheitseinrichtungen) streiten, auch weil es die Grundlage im Kampf gegen die extreme Rechte bildet.

30 In Form von ersten Schritten setzen wir uns als dieLinke.SDS im Bündnis mit der Partei ein für:

- Die Popularisierung einer zivilen Zeitenwende und Aufbau an einer Bewegung zur Bildungswende im Jahr 2024. Anknüpfungspunkte dafür sind: BAföG für alle als Vollzuschuss; den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und kostenlosen ÖPNV für alle statt undemokratischen Deutschlandticket; Wohnheimplätze für Alle

35

⁴⁸ [Maximilien Hauser 02.06.2023 https://jacobin.de/artikel/austeritaet-ist-klassenkampf-von-oben-sparpolitik-inflation-christian-lindner-lars-feld-clara-matei-maximilian-hauser](https://jacobin.de/artikel/austeritaet-ist-klassenkampf-von-oben-sparpolitik-inflation-christian-lindner-lars-feld-clara-matei-maximilian-hauser)

- Hochschulreform als kollektives Demokratisierungsprogramm statt Disziplinierung durch Bologna
- Erforschung und Popularisierung von Planwirtschaft zur Überwindung der ökologischen und sozialen Krise durch gesellschaftliche Verfügung in Produktion, Distribution und Reproduktion im Interesse Aller!

5

3. Antifaschismus:

Die AfD ist weder Alternative noch Opposition, sondern Lüge, Demagogie und der rohe Ausdruck verrohter bürgerlicher Verhältnisse, die sie bis aufs Messer verteidigt und deren Brandbeschleuniger sie gleichzeitig ist. Sie spielt Opposition, um wirkliche gesellschaftliche Opposition für Frieden und soziale Verbesserungen zu verhindern. Wenn die AfD von Frieden spricht, meint sie Krieg: nach innen durch autoritären Staatsumbau mit Entdemokratisierung, Sozialabbau und Aufrüstung und nach außen militärisch.

10

15

20

Wir werden nicht nachlassen, bis ihr und allen anderen Kräften der extremen Rechten die Grundlagen der politischen Existenz entzogen sind! Diese Grundlagen waren historisch eine ökonomische Krise und deren Bearbeitung durch Austerität, im Dienste der Groß- und Rüstungskonzerne, die Zurückdrängung der sozialen und demokratischen Ansprüche der Bevölkerung und eine militaristische Stimmungsmache zur Vorbereitung eines Krieges. Im Kampf gegen rechts braucht es dringend ein Bündnis mit Mittelschichten, die gesellschaftlich definiert sind, nicht parteipolitisch.

25

30

Als gesellschaftliche Linke reicht es nicht, auf eine Tabuisierung der AfD zu setzen, die Verhältnisse, welche die AfD stark machen, müssen zum Tabu werden. Eine Qualifizierung der bisherigen Empörung braucht die Erkenntnis: Krieg, Militarismus, Antidemokratismus, Ausgrenzung und sozialer Kahlschlag machen die AfD und andere Rechtsextreme stark. Es ist diese Politik, welche von der Ampelkoalition mit vorangetrieben wird. Aus dem Schwur von Buchenwald lässt sich lernen, dass der deutsche Faschismus Wurzeln hatte, die trocken gelegt werden müssen, um das Erstarken faschistischer Kräfte zu stoppen. Militarismus, Kriegstreiberei, uneingeschränkte Monopolmacht, Antidemokratismus, Rassismus und Feindschaft gegen die Arbeiterbewegung waren keine Erfindung deutscher Faschisten, ganz im Gegenteil: Sie knüpften an Traditionen an, die vor die Weimarer Republik zurückreichten.⁴⁹ "Nie wieder!" heißt, wachsam zu sein und die Auseinandersetzung zu führen, wenn diese Wurzeln wieder aufkeimen.

In Form von ersten Schritten setzen wir uns als dieLinke.SDS im Bündnis mit der Partei ein für:

35

- Antifaschistische Kulturpolitik u.a. durch tätiges Erinnern an den 8. und 10. Mai; 9. November

⁴⁹ Reinhard Kühnl: Der Faschismus. Ursachen, Herrschaftsstruktur, Aktualität. Heilbronn 1993, S. 13ff.

- Bildung von Initiativen zur Untersuchung der faschistischen und militaristischen Vergangenheit der eigenen Hochschule
- Bildungs- und Diskussionsveranstaltung zur Frage „Was heißt „Nie wieder...heute?“
- Den Aufbau von antifaschistischen Bündnissen und Protesten im Sinne einer Einheitsfrontpolitik

5

A17 TVN an die Hochschulen bringen

- Seit über einem Jahr gibt es die Kampagne wirfahrenzusammen (wfz). Wfz ist eine Zusammenarbeit zwischen FFF bzw. der Klimabewegung und ver.di. Im September 2022 wurde die Zusammenarbeit beschlossen, seitdem ist viel passiert. Wir können auf erfolgreiche Aktionstage am 03.03 und 27.03 zurückschauen, an denen Klimabewegung und Beschäftigte in vielen Städten gemeinsam gestreikt haben. Immer mehr Städte und Aktivist*innen beteiligen sich an der Kampagne. In einigen Städten sind SDS-Gruppen bereits involviert, nehmen eine tragende Rolle innerhalb der Ortsgruppen ein oder haben die lokale Vernetzung (mit-)aufgebaut.
- 5
- 10 Beim letzten globalen Klimastreik im September ging die Mehrheitspetition von wfz mit der Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im Nahverkehr und mehr Investitionen in den ÖPNV an den Start. Die Petition wurde bereits von mehr als 41.000 Menschen unterschrieben. Auch an der Universität werden Unterschriften und Kontakte gesammelt.⁵⁰
- 15 Im BAK Klima wollen wir weiterhin einen Raum für die in der Kampagne involvierten Ortsgruppen, sowie Gruppen, die bisher kein aktiver Teil der Vernetzung in ihrer Stadt sind, aber aktiv werden wollen, schaffen. Wir wollen uns dort zur Kampagne austauschen, uns in strategischen Fragen besprechen und gemeinsam inhaltlich weiterbilden.

Wirfahrenzusammen an die Hochschulen

- 20 Als studentischer Verband organisieren wir uns dort, wo unser Lebensmittelpunkt ist: an den Universitäten und Hochschulen. Dort wo wir uns auskennen und wo viele von uns die meiste Zeit verbringen. An den Universitäten treffen wir auf viele junge Menschen, die für sozialistische Visionen und konkreten Aktivismus zu gewinnen sind. Viele die 2018 und 2019 die großen Klimastreiks organisiert haben, befinden sich mittlerweile an den Unis.
- 25 Gleichzeitig zeigt sich in der Auseinandersetzung um eine klimagerechte Verkehrswende, dass das Interesse an guten Arbeitsbedingungen und sicheren Jobs, das Anliegen nach bezahlbarem (oder kostenlosem!) und gut getaktetem ÖPNV sowie der Wunsch nach einer lebenswerten Zukunft auf diesem Planeten gar nicht so weit voneinander entfernt liegen. Gerade jetzt, wo an vielen Orten das Semesterticket in Gefahr ist, ist es umso wichtiger, gemeinsam zu kämpfen und die Forderung nach bezahlbaren Semestertickets nicht gegen die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen ausspielen zu lassen. Unsere Aufgabe als sozialistische Studierende ist es, diese Gemeinsamkeiten herauszustellen und beide Gruppen in Beziehung zueinander zu bringen. Mit unserer Aktivität am Campus, unserem Austausch mit anderen Klimaaktivist*innen und unserer zentralen Rolle in #wir-
- 30 fahrenzusammen können wir das Scharnier zwischen Unis und betrieblichen
- 35

⁵⁰ <https://www.wir-fahren-zusammen.de/>

Auseinandersetzungen bilden.

Seit einigen Wochen gibt es eine intensive bundesweite Vernetzung zwischen studentischen Aktivist*innen, die die Kampagne an die Hochschule bringt. Die Idee ist, systematisch Studierende an den Hochschulen zu organisieren, um eine große Streikbewegung aufzubauen. In einigen Städten gibt es bereits Kooperationen zwischen wfz und Kampagnen rund ums Semesterticket, aber auch zwischen wfz und TVStud.

An einigen Orten gab es bereits große Erfolge beim Verknüpfen von wfz und der Kampagne rund um das Semesterticket. Vor zwei Wochen, am Montag, den 20.11., gab es an der RWTH Aachen eine studentische Vollversammlung zum Thema WirFahrenZusammen und TVStud. Insgesamt waren ca. 900 Studierende dort, mehr als 2019 auf dem Höhepunkt der Klimabewegung. Dies war allgemein die größte studentische Vollversammlung in Deutschland seit 2018. Die zentrale Forderung, welche von einer überwältigenden Mehrheit angenommen wurde, war der Erhalt des Semestertickets, welches in Aachen ab dem nächsten Semester nicht mehr fortgeführt werden soll, gekoppelt mit der Bedingung, dass die Ticketpreise nicht gegen die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ausgespielt werden. Durch die systematische Anwendung von Organizing Methoden, in Form von Telefonaktionen, Vorlesungsinterventionen und einem Mapping der relevantesten Hochschulakteure, wurde die Vollversammlung von nur 3 Genoss*innen innerhalb von 4 Wochen aufgezogen, welches das große Potenzial für eine studentische Bewegung rund um das Thema Semesterticket zeigt. Der Angriff auf das Semesterticket stellt einen Angriff auf die materiellen Umstände aller Studierender gleichzeitig dar. Gekoppelt mit den voraussichtlichen Kürzungen durch die Ampelregierung, kann dies die Grundlage sein für breiten, deutschlandweiten studentischen Protest. Dieser könnte unterstützt werden durch die bereits bestehenden, gut vernetzten, TVStud Strukturen an den Universitäten.

Der Koordinierungsrat Deutschland hat vor wenigen Tagen in Absprache mit Bund und Ländern beschlossen, dass es ab Sommersemester 2024 ein vergünstigtes Studi-Deutschland Ticket für 29,40 Euro mtl. geben soll. Zwar ist der Vorschlag der Bund-Länder zum Semesterticket nicht ausreichend, dennoch wird es wahrscheinlich die Kampagnen rund ums Semesterticket ausbremsen. Insgesamt zeigt uns dieses Beispiel, dass es ein großes Potential gibt #wirfahrenzusammen an die Hochschulen zu bringen und Organizing-Methoden auch an den Hochschulen gut funktionieren. Als SDS sollten wir unsere Vernetzungen in der Klimabewegung und zu wfz-Aktivist*innen nutzen, um auch an den Hochschulen für einen sozial- und klimaverträglichen ÖPNV und den Erhalt des Semestertickets zu kämpfen. Gleichzeitig sollten wir in den nächsten Wochen die Erfahrungen, die wir bei der Anwendung von Organizing-Methoden an den Hochschulen sammeln, auswerten und überlegen, wie wir sie auch in anderen Kämpfen anwenden können. Lasst uns zusammen für einen gut ausgebauten ÖPNV, gute Arbeitsbedingungen und einen Erhalt des Semestertickets kämpfen!

A18 Stoppt die Besatzung! Die Menschen in Israel und Palästina brauchen eine Zukunft in Frieden!

Als Die Linke.SDS verurteilen wir die Blockade des Gazastreifens und die Bombardierung ebenso wie die willkürlichen Verhaftungen von Palästinenser*innen in der Westbank. Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand, die Freilassung aller Geiseln und Verhandlungen, sowie die Untersuchung aller Kriegsverbrechen. Wir stehen auf gegen Ungerechtigkeit und Kolonialismus, für Frieden und Befreiung von Besatzung und Unterdrückung. Das Existenz und Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser*innen dürfen nicht weiter infrage gestellt werden. Wer Sicherheit für die Menschen sowohl in Israel als auch in Palästina will, muss sich für ein Ende der Gewalt aussprechen. Die Politik der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Administrativhaft sowie von immer mehr Militär, Krieg und Bombardierungen führt nicht zu mehr Sicherheit für die Menschen in Israel, sondern zu einem Kreislauf der Gewalt. Diese Wochen seit dem 7. Oktober müssen zu einem Wendepunkt werden. Sollte es nicht gelingen, einen Waffenstillstand und Verhandlungen durchzusetzen, kann es zu einem Flächenbrand im Nahen Osten kommen. Die Lehre aus dem 2. Weltkrieg muss für unsere Generation immer und überall lauten, die Stimme für die Verteidigung der Menschenrechte aller Menschen, gegen Krieg und Unterdrückung zu erheben. Wir dulden keine Doppelmoral, in der das Leben der einen dem Leben der anderen untergeordnet wird! Als die Linke.SDS stellen wir uns Antisemitismus und Rassismus weiterhin konsequent in den Weg! Wir stehen für Internationale Solidarität und erheben unsere Stimme für Gerechtigkeit, Sicherheit und Frieden für Palästinenser*innen und Israelis. Wir stehen an der Seite der Friedensbewegung und der weltweiten Solidaritätsbewegung mit den Palästinenser*innen, die für einen sofortigen Waffenstillstand hier und weltweit auf die Straße gehen. In diesem Sinne bekräftigen wir nachdrücklich die Beschlüsse des 26., 27., 28., 29. und 32. Bundeskongresses.

Weiterhin beschließen wir:

1. Wir stärken die Bildung bezüglich Israel und Palästina im Verband in Form von Vorträgen, Workshops und Bildungsmaterial, um Wissensweitergabe zu gewährleisten und unsere Analyse und Positionierung zu verbessern und zu stärken.
2. Wir unterstützen Aktionen und Demonstrationen durch progressive Palästina-solidarische Einzelpersonen und Gruppen auf und abseits des Campus.
3. Wir setzen uns für Palästina-Solidarität im universitären Kontext ein, unterstützen dabei besonders palästinensische Kommiliton*innen, die vielfach anti-palästinensischen Rassismus erfahren müssen in ihrem Studienalltag und setzen uns für niveauvolle Debatten zum Thema auf dem Campus ein.
4. Wir bekräftigen unsere Solidarität mit progressiven palästinensischen, israelischen,

jüdischen und muslimischen Menschen, die für ein gleichberechtigtes, friedliches Miteinander kämpfen, sowohl im Nahen Osten als auch in Deutschland.

5. Wir stellen uns gegen das gegeneinander ausspielen von marginalisierten Menschen jeglicher Identität. Als Antifaschist*innen und Antirassist*innen sehen wir im Kampf gegen Antisemitismus sowie gegen antimuslimischen beziehungsweise antipalästinensischen Rassismus keinen Widerspruch. Beides ist ein unabdingbarer Teil unserer politischen Praxis.
6. Wir solidarisieren uns mit Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen, die derzeit massive Repressionen erfahren, da sie sich für die Gültigkeit der Menschenrechte auch für Palästinenser*innen und ihr Recht sich gegen Besatzung und Unterdrückung zu wehren einsetzen. Ausdrücklich möchten wir hier auch das Kulturzentrum Oyouun erwähnen, dem derzeit das Aus droht. Für uns ist klar: Das Oyouun muss bleiben!

A19 BAföG für alle statt Sozialstaatskürzungen fürs Militär!

Soziale Lage der Studierenden

5 Im Zuge der 68er-Bewegung wurde in Einheit mit der Öffnung des Hochschulzugangs eine entsprechende Ausbildungsförderung erkämpft. Das BAföG wurde 1971 zwar, wie heute, abhängig vom Einkommen der Eltern berechnet, aber als Vollzuschuss und einklagbares Recht eingeführt. 1972 nahmen fast 45% der Studierenden die Förderung in Anspruch. Nach etlichen neoliberalen Einschnitten in das BAföG ist Studieren zwar für immer mehr Menschen möglich, aber geprägt von Prekarität. In Deutschland studieren heute knapp 10 2,9 Mio. Menschen⁵¹ und rund 55 Prozent eines Jahrgangs beginnen ein Studium.⁵² 42 Prozent von ihnen kommen nicht aus akademischen Elternhäusern. Hoch problematisch dabei ist, dass Studierende sich vor allem durch ihre Eltern (83 Prozent, durchschnittlicher Betrag: 418€) sowie durch eigene Erwerbstätigkeit finanzieren müssen (63 Prozent, durchschnittlich: 15h/Woche und 750€ Einkommen). Große Teile der Studierenden leben deshalb 15 in prekärer finanzieller Situation oder sogar Armut (38 Prozent). Unter denjenigen, die allein oder nur mit anderen Studis zusammenwohnen, liegt der Anteil sogar doppelt so hoch (76 Prozent). BAföG erhalten mittlerweile nur noch 11 Prozent (!!!) der Studierenden.⁵³

Studienhonorar statt Unterfinanzierung

20 Zusätzlich zur hohen Inflation betreibt der Staat seit Jahrzehnten eine systematische Unterfinanzierung studentischer und sozialer Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Für viele Studierende unsichtbar, aber von wichtigem Einfluss, haben sich z.B. seit Anfang der 90er Jahre die staatlichen Finanzierungsanteile an den Studierendenwerken von rund 24 Prozent auf heute rund 10 Prozent reduziert.⁵⁴ Die Lücken füllen im Wesentlichen wir Studierende – über Preissteigerungen in der Mensa, in den Wohnheimen und beim Semesterbeitrag. 25

Das gleiche gilt beim BAföG: Selbst diejenigen, die es nach zahllosen Stunden bürokratischen Aufwands und Staatsschnüffelei in der eigenen Familiengeschichte erhalten, müssen die Hälfte des erhaltenen Geldes in naher Zukunft wieder abdrücken.

⁵¹Wenn nicht anders angegeben, sind die folgenden Daten aus Kroher et al.: Die Studierendenbefragung in Deutschland: 22. Sozialerhebung, 2023, https://www.bmbf.de/SharedDocs/Publikationen/de/bmbf/4/31790_22_Sozialerhebung_2021.pdf?__blob=publicationFile&v=9

⁵² <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsindikatoren/studienanfaengerquote.html>

⁵³ <https://www.forschung-und-lehre.de/lehre/elf-prozent-der-studierenden-beziehen-bafog-5250>

⁵⁴ Deutsches Studierendenwerk: Studierendenwerke und Studentenwerke im Zahlenspiegel 2022 | 2023, 2023, https://www.studierendenwerke.de/fileadmin/user_upload/231026_DSW_Zsp2223_web.pdf

Studium ist eine gesellschaftlich massenhaft notwendige Tätigkeit. Weil Studierende aktiv an dem Wissenschaftsprozess beteiligt sind, müssen sie die finanziellen Voraussetzungen ihrer Arbeit erhalten, anstatt sich zusätzlich aufzureiben. Dabei kommt den Hochschulen und damit auch uns ein elementarer Teil der Lösung der Krisen der Welt zu. Das Zusammenkommen unterschiedlicher Fächer sowie der internationale wissenschaftliche Austausch sind die besten Bedingungen für Fortschritt. Damit dieser gelingt ist notwendig, dass wir Studierende unsere geistigen Fähigkeiten ausbilden und ausbauen. Wie schon in der SDS Hochschuldenkschrift von 1961 erfasst, macht uns diese Herausbildung schon im Studium zu "geistigen Arbeitern". Wir haben also keinerlei Grund zu Bescheidenheit: Was allen Studierenden zusteht ist ein Studienhonorar! Also ein bedarfsdeckendes Ausbildungsgehalt welches jede*r ohne Antragsstellung erhält und nicht zurückzahlen muss. Auf dem Weg dahin müssen unsere Kämpfe für tarifliche Bezahlung und für ein eltern-, alters- und herkunftsunabhängiges BAföG als Vollzuschuss Hand in Hand gehen.

Soziales für Abrüstung

15 Eine Reform des katastrophalen BAföG-Systems wird schon seit Jahrzehnten diskutiert und selbst im Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung versprochen. Doch statt einer Umsetzung dieser Reform wird im Bundeshaushalt 2024 der Bafög-Topf von rund 2,7 Mrd. auf 2 Mrd. Euro heruntergekürzt, d.h. um rund ein Viertel der Gelder. Die Bafög-Kürzungen sind damit Teil der aktuellen Rotstiftpolitik der Bundesregierung in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Ihre Ursache ist insbesondere in der massiven Aufrüstung der Bundeswehr zu suchen, die die Ampel-Regierung seit der Ausrufung der "Zeitenwende" vorantreibt, deren Pläne jedoch schon lange davor auf dem Tisch lagen.⁵⁵ Die Schuldenbremse erfüllt hierbei weiterhin eine elementare ideologische Funktion. Denn immer mehr Menschen wird klar, dass wir weitreichende Investitionen in den Sozialstaat brauchen. Mit dem Verweis auf die "Systemzwänge" des Haushaltes wird der Versuch unternommen, uns weiterhin bescheiden zu halten. Deshalb folgt die materielle und ideologische Aufrüstung zwangsläufig der Logik "Rüstung durch Sozialabbau", wie es Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisation benennt.

30 Vertreter der Rüstungslobby formulieren dies auch ganz ungeniert. So z.B. Ole Henckel in der Zeitschrift "Europäische Sicherheit & Technik": „30 Milliarden Euro mehr bräuchte es derzeit im Verteidigungshaushalt, damit dieser eigenständig das Zwei-Prozent-Ziel erfüllt. Der einzige Posten im Bundeshaushalt, der die Masse dieses zusätzlichen Bedarfes decken könnte, ist der des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Debatte wird sich also um die Streichung von Sozial-Ausgaben für Militär und Rüstung drehen. (...) Der entscheidende Punkt und die damit verbundene Debatte wird erreicht werden, wenn das Sondervermögen verausgabt ist und man im Bundeshaushalt Prioritäten setzen muss.

⁵⁵ Jürgen Wagner: Zeitenwende heißt Sozialabbau!, IMI-Studie 02/2023, <https://www.imi-online.de/download/IMI-Studie2023-2-Sozialabbau.pdf>

Voraussichtlich wird dieser Zeitpunkt auch mit der kommenden Bundestagswahl zusammenfallen. Rüstung oder Soziales. Dann wird sich zeigen, wie nachhaltig die viel zitierte Zeitenwende ist."⁵⁶ Das ist nichts anderes als Klassenkampf von oben, mit dem Ziel, Deutschland wieder "kriegstüchtig" (Pistorius) zu machen.

- 5 Auch an den Hochschulen werden wir von der Frage um die Prioritäten des Staatshaushalts nicht verschont. Dies gilt für die Auseinandersetzungen um BAföG und Semesterticket genauso wie für die aktuellen Arbeitskämpfe im öffentlichen Dienst (inkl. TVStud-Kampagne). All diese ökonomischen Kämpfe an den Hochschulen sind unmittelbar politische Kämpfe und müssen daher auch entsprechend geführt werden. Das ist kein Grund
- 10 zur Trauer, im Gegenteil: Dass unser Kampf um ökonomische Verbesserungen gleichzeitig ein Kampf gegen die fortschreitende Militarisierung und die, mittlerweile wieder stärker unverschleiert vorgetragenen, Großmachtansprüche Deutschlands ist, ist ein Chance und sollte uns anspornen. Der Kampf an den Hochschulen für soziale Öffnung, Demokratisierung und kritische Wissenschaft ist unsere Aufgabe genauso wie der Kampf für Frieden,
- 15 soziale Gleichheit und ökologische Wende.

- Damit uns dies gelingt müssen wir uns mit den neoliberalen Mythen vom individuellen Aufstieg und Armut als Resultat mangelnder Leistung ("Eigenverantwortung") anlegen. Unser Studium ist keine "Investition ins Humankapital", sondern eine massenhaft gesellschaftlich organisierte Tätigkeit und Notwendigkeit. Deshalb sollte es auch gesellschaftlich
- 20 organisiert und finanziert werden. Armut ist nicht Resultat mangelnder Leistung, sondern die Kehrseite des krassen Reichtums sehr weniger.

Deshalb nehmen wir uns vor:

- 25 - Wir erarbeiten mit Bündnispartnern, wie beispielsweise fzs, jusos, campusgrün, Gewerkschaftsjugendend, ..., eine Kampagne, welche für ein eltern-, alters- und herkunftsunabhängiges BAföG wirkt.
- Auf dem BAK HoPo Wochenende (16.-18. Februar 2024 in Frankfurt am Main) beschäftigen wir uns u.a. mit den Grundlagen, dem Erfordernis und den Aktivitäten zu einem BAföG für Alle und entwickeln die Kampagne weiter.
- 30 - Die Ortsgruppen setzen sich in den Studierendenwerken, akademischen und studentischen Selbstverwaltungen für die Ausfinanzierung der Studierendenwerke und eine entsprechende BAföG Reform ein. Die Ortsgruppen setzen sich in den Studierendenwerken, akademischen und studentischen Selbstverwaltungen für die Ausfinanzierung der

⁵⁶ Ole Henckel: Die neue nationale Sicherheitsstrategie – Vorbote einer harten Debatte, Europäische Sicherheit & Technik, <https://esut.de/2023/07/fachbeitraege/42896/die-neue-nationale-sicherheitsstrategie-vor-bote-einer-harten-debatte/>

Studierendenwerke und eine entsprechende BAföG Reform ein, indem die Landesregierungen und der Bund als Geldgeber adressiert werden. Parallel werden mit der Kampagne die Studierenden am Campus politisiert und organisiert.

A20 Zivilklauselbewegung für Friedenswissenschaft!

„Mit den Waffen des Geistes gegen den Geist der Waffen!“ – Martin Löwenberg

Historisch befinden wir uns heute in einer Situation, in der die Möglichkeit eines Lebens in Frieden, sozialer Gleichheit und in Einklang mit einer intakten Umwelt nie größer war.

- 5 Statt diesen gesellschaftlich geschaffenen Reichtum zum Wohle aller zu nutzen und über Ländergrenzen und Kontinente hinweg zu kooperieren, versuchen die Herrschenden, die Bevölkerungen gegeneinander aufzuhetzen, um Konkurrenz und Ausbeutung für ihren Profit aufrechtzuerhalten. Der Umbruch zur multipolaren Welt muss nicht in überkommene Blockkonfrontation führen, sondern ist von uns weltweit zivil, sozial und nachhaltig zu gestalten.
- 10

Ohne Wissenschaft kein Krieg...

- Im Zuge der von der Bundesregierung ausgerufenen „Zeitenwende“, mit massivem Ausbau von Kriegshaushalt und Bundeswehr, kommen mit der „nationalen Sicherheitsstrategie“ die Hochschulen als zentrale Orte gesamtgesellschaftlicher Hegemoniebildung und die Wissenschaft als Entwicklung gesellschaftlichen Fortschritts stärker in den Fokus imperialistischer Politik. Im Interesse der Kriegsprofiteure soll der Campus militarisiert und die Hochschule samt ihren Mitgliedern kriegs“tüchtig“ gemacht und angesichts struktureller Unterfinanzierung an die Geldtöpfe des Militärhaushalts und der Rüstungsindustrie gedrängt werden. Thinktanks wie acatech, konservative Politiker und Vertreter von Rüstungskonzernen blasen zum Angriff auf Friedenswissenschaft und Zivilklauseln, mit denen zahlreiche Hochschulen sich auf rein zivile Wissenschaft festgelegt haben.
- 15
- 20

Die friedensbewegte Hochschullandschaft ist den Kriegshetzern ein großer Dorn im Auge. So schrieb die „Wirtschaftswoche“ in dem Artikel „Zivilklausel behindert Rüstungsforschung: Hoffen auf den Raketeneffekt“ am 22. März 2023:

- 25 „[...] der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie [warnte] bereits vergangenen Sommer [...]: Ohne ein Umdenken [in der Zivilklausel] drohe "eine massive Abhängigkeit von Systemen aus dem Ausland und damit eine fundamentale Gefährdung der nationalen und europäischen Souveränität".

...Ohne Wissenschaft kein Frieden!

- 30 Dies steht der entwickelten Friedensbefürwortung der Zivilbevölkerung und dem humanistischen Wesen von Wissenschaft, wie es in der UN-Charta und dem Grundgesetz gefasst ist, entgegen:

„Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Tätigkeit, in der – nach der Formel der UNESCO – die Menschen „eine planvolle Anstrengung“ unternehmen, durch das „objektive Studium

beobachteter Phänomene Kausalzusammenhänge zu erkennen und zu beherrschen“ und „aus dem Verständnis der in der Natur und in der Gesellschaft zu beobachtenden Prozesse und Phänomene Nutzen zu ziehen“ - „zum Wohl der Menschen“.

Reinhard Kühnl in „Faschismustheorien“

- 5 Anstatt uns der Kürzungspolitik zu unterwerfen und die Pervertierung der Wissenschaft in Kauf zu nehmen, setzen wir auf weltweite Zusammenarbeit und die Herrschaft des Arguments für die Verwirklichung der Menschenwürde. Lasst uns die Gefährdung der „nationalen Souveränität“ mit Zivilklauseln ausbauen. Es kommt darauf an, dass wir die Initiativrolle wahrnehmen, die wir als emanzipatorische Kräfte an den Hochschulen zur humanistischen Bestimmung der Wissenschaft innehaben. Indem wir in den Wissenschaften die humanistische Orientierung entgegen der marktund rüstungsdevoten herausarbeiten und stärken. Wie sich in den Wirtschaftswissenschaften mit der Ideologie der entwicklungsfeindlichen Schuldenbremse und mörderischen Wirtschaftssanktionen zu befassen und was es heißt, die Wirtschaft zu demokratisieren. In den Ingenieurwissenschaften mit der Konversion der Rüstungsindustrie und anderen schädlichen Industriezweigen auseinanderzusetzen und welche Technologien sinnvoll sind, um eine Mobilität für alle zu realisieren. In den Geschichtswissenschaften nach Kriegs- und Friedensursachen zu suchen, und die Erkenntnisse und Errungenschaften für die zivile Entwicklung herauszuarbeiten. In den Sprachwissenschaften bewusst Völkerverständigung von unten zu praktizieren.
- 10
- 15
- 20 In zahlreichen Städten hat sich aus den Erfahrungen zweier Weltkriege und des kalten Krieges an den Hochschulen die Zivilklausel-Bewegung gegründet, die für die Selbstverpflichtung der Wissenschaftseinrichtungen, eine ausschließlich zivile und friedensorientierte Wissenschaft zu betreiben, kämpft. Zur Verwirklichung der Freiheit von Wissenschaft im Sinne des Grundgesetzes, also die Freiheit gegen die wirtschaftlichen und militärischen Herrschaftsinteressen für das Allgemeinwohl zu lernen, zu forschen und zu arbeiten.
- 25

- So betrieben, stellen wir die Wissenschaft in den Dienst der Menschheit und wirken für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen – beginnend mit der Überwindung der Armut, über den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen bis zur Errichtung eines gerechten Friedens, geprägt von demokratischem Engagement und globaler Partnerschaft. Das gelingt nur in internationaler Wissenschaftskooperationen als Teil gelebter Völkerverständigung. Wettbewerb spaltet und schwächt. Welche Welt könnten wir bauen, wenn wir die Ideologie der Konkurrenz durchbrechen und unser aller Klugheit und Kraft bündeln. Mit diesen Vorhaben, die Hochschulen als aktiver Teil von Friedensbewegung zu erkämpfen, revitalisiert sich die Zivilklausel-Bewegung in der BRD aktuell ausgreifend. Auf einem ersten Kongress im Oktober 2023 in Kassel wurden die historischen und aktuellen Grundlagen für den Kampf um Hochschulen für den Frieden mit zahlreichen Aktiven diskutiert. DieLinke.SDS ist Teil dieser Zivilklausel-Bewegung. DieLinke.SDS beteiligt sich und ruft zum geplanten Zivilklausel-Kongress im Frühjahr 2024 auf.
- 30
- 35

Dazu streiten wir für:

- Ausbau und Verwirklichung von Zivilklauseln an allen Hochschulen
- die verstärkte Aufnahme von internationalen Wissenschaftskooperationen über Konfliktlinien hinweg
- 5 - Studienreformen, die die Verwirklichung der SDGs durch die einzelnen Fachbereiche zum Inhalt hat
- die Ausfinanzierung der Hochschulen, in Gegnerschaft zu Kriegshaushalt und Schuldenbremse

A21 Für sofortigen Waffenstillstand, für den Stopp der deutschen Unterstützung der israelischen Kriegs- und Kolonisierungspolitik und für einen gerechten Frieden in Nahost

5 Die internationale Gemeinschaft hat Mitverantwortung für die Eskalation der Gewalt in Israel-Palästina. Das gilt besonders für die hochindustrialisierten westlichen Gesellschaften, die seit Jahrhunderten durch Antisemitismus, Rassismus, Nationalismus, Kolonialismus, Waffenlieferungen (Rheinmetall-Aktie ist seit dem 6. Oktober um über 20% gestiegen) und Kriege zu der scheinbar aussichtslosen Entwicklung in Israel und Palästina beigetragen haben.

Aus dieser Mitverantwortung ergibt sich für Menschen in Deutschland nicht, sich auf die Seite einer Regierung zu stellen, sondern die humane Verpflichtung, alles Notwendige für einen Waffenstillstand, humanitäre Hilfe, soziale Entwicklung und für einen Prozess zu einem gerechten, dauerhaften Frieden zu tun. Bei internationalen Konflikten hilft ein Gut-Böse-Schema, ein Sieg-Niederlage-Denken, nichts. Die Lehren aus dem deutschen Faschismus und des zweiten Weltkriegs haben Niederschlag gefunden in der bis heute geltenden Friedensfinalität des Grundgesetzes, dem Sozialstaatsgebot und dem Anspruch auf Asylrecht. Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen - aufbauend auf das Friedensgebot der UN-Charta, welches die Staaten der Welt jederzeit auf die aktive Verantwortung für Diplomatie und Abrüstung verpflichtet. Frieden ist dabei ein dauerhafter Entwicklungsauftrag und bedeutet daher das Ende von Ungleichheiten: Ökonomischen Ungleichheiten bis hin zu Besatzung & Apartheid.

Kapitalismus, Kolonialismus & Überausbeutung

25 *"Verschließen wir nicht die Augen vor der Wahrheit: Politisch gesehen sind wir die Aggressoren und sie verteidigen sich. Dieses Land ist ihres, weil sie darin wohnen, während wir herkommen, um uns darin niederzulassen. Und von ihrem Gesichtspunkt aus haben wir vor, sie aus ihrem eigenen Land zu vertreiben"*

David Ben-Gourion, erster Ministerpräsident des Staates Israel, 1938

30 War Israel in den ersten Jahren nach seiner Gründung noch ein Staat, der mit den Kibbuzen und seinem starken gewerkschaftlichen Einfluss auch durch die Arbeiterbewegung bestimmt war, wird er mittlerweile immer stärker durch religiösen Fundamentalismus und ultrarechte Politiker geprägt. Israel ist ein kapitalistischer Staat mit weltpolitischen Interessen, die sich von den Interessen der Jüd*innen in Israel und auch weltweit unterscheiden. Der bewaffnete Konflikt in Palästina und Israel hat daher keinen religiösen -

35 sondern einen klaren politischen und ökonomischen Kern. Es war die Shoah, die unmittelbar dazu geführt hat, dass der Zionismus erstarkte und zur Nakba führte: Nach dem 2.

Weltkrieg wurden in Palästina über 750.000 Palästinenser:innen vertrieben. In Palästinen-
sorgegebieten, dem Westjordanland und dem Gazastreifen, führt Israel seit dem, ununter-
brochen, die Politik von Siedlerkolonialismus und Belagerung fort. Im Zuge des seither
andauernden Konflikts ist Gaza, das in der Fläche nichteinmal halb so groß ist wie Ham-
5 burg, zu einem de facto Freiluftgefängnis für über zwei Millionen Menschen gemacht wor-
den. Davon sind 65 Prozent im Kinder- und Jugendalter und kennen ein Leben ausschließ-
lich in Bedrohung und Unterdrückung durch das israelische Militär. Das Westjordan-Land
ist völkerrechtswidrig abgesperrt und wird von Israel kontrolliert. Die Palästinenser:innen,
die geblieben sind und über israelische Pässe verfügen, leiden unter einem System, das
10 an das südafrikanische Apartheidssystem erinnert. Israel entscheidet, was oder wer in
den Gazastreifen kommt und was oder wer den schmalen und überbevölkerten Küsten-
streifen verlässt. So wird selbst über die täglichen Kalorien, die die Menschen zu sich neh-
men, durch die Besatzungsmacht entschieden. Unter der Besatzung werden Palästinenser:
innen unter Militärgesetzen und Gerichten und israelische Siedler:innen unter Zivil-
15 recht behandelt. Das führt dazu, dass palästinensische Kinder ab 12 Jahren bis zu 15 Jah-
ren Haft und auch Folter ausgesetzt werden können. Zuletzt weitete die Regierung in Is-
rael im Koalitionsvertrag ihre Ansprüche auf das Westjordanland aus und sprach vom
"natürlichen Recht" auf diese Gebiete.

Das erkennbare Ziel vieler israelischer Regierungen, besonders der aktuell rechtsextre-
men Regierung, ist, die Palästinenser:innen als politischen Faktor zu beseitigen und Israel
das von den Palästinenser:innen besiedelte Land einschließlich seiner Ressourcen end-
gültig anzueignen.

Israel ist der zentrale Brückenkopf des US-NATO-Imperialismus im Nahen Osten. Durch
den weltpolitischen Abstieg der USA und konkret in dieser Region – siehe die durch China
25 vermittelte Annäherung der zentralen Konfliktakteure Saudi-Arabien und Iran – wird eine
friedliche Lösung und Neuordnung umso dringender!

Als Linke in der BRD ist es unsere Aufgabe, der herrschenden Klasse hier nicht in die Arme
zu fallen, um die Unterstützung der israelischen Kriegspolitik sofort zu beenden und
Druck für eine diplomatische Lösung im Rahmen der UN zu machen.

30 **Antifaschismus heißt nicht Abschiebung - Antifaschismus heißt Kampf gegen Kapi-
tal!**

Die einzige Konsequenz aus dem von Deutschland aus betriebenen Holocaust und Ver-
nichtungskrieg ist die Realisierung der Menschenrechte für alle. Stattdessen setzt die
herrschende Klasse in der BRD eine ganze Menschengruppe an Muslim*innen und arabi-
35 schen Menschen dem Generalverdacht des Antisemitismus und der Terror-Unterstützung
aus, um von den weltpolitischen Konflikten und internem Legitimitätsverlust abzulenken.
Letzteres drückt sich in immer stärker entmenschlichten Abschiebeforderungen aus,
durch die GEAS-Reform EU-weit durchgebracht und von Bundeskanzler Scholz zuletzt

eindringlich gefordert. Die Opposition ist noch rechter - CDU-Chef Merz will keine Geflüchteten aus Gaza, denn: "Wir haben genug antisemitische junge Männer im Land". Die Debatte ist Ausdruck eines neuen Nationalismus. Der neue Nationalismus läuft entlang der neuen Machtblöcke in der Welt, die zunehmend den Konfrontationskurs aufnehmen.

5 Statt von ihrem ökonomischen Kern, also der Marktkonkurrenz, auszugehen, tarnt sich der neue Nationalismus zunehmend als moralisch korrekte „Demokratie“ und trägt das Feindbild der „Autokratie“ inne. Das lenkt nicht nur von den eigentlichen gegensätzlichen ökonomischen Interessen der Machtblöcke ab, sondern leistet dem demagogischen Sündenbock-Denken Vorschub. Die Verschärfung der Repression ist auch eine Reaktion auf
10 immer mehr Widerspruch zur Staatsräson-Politik der Regierung. So ist eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung für humanitäre Hilfe, ein Ende des Krieges und gegen die Unterstützung der israelischen Regierung mit Waffen. Dies aufzugreifen, zu fundieren und in aktiven Widerstand gegen die Aufrüstungspolitik hierzulande und gegen die Unterstützung der israelischen Kriegspolitik zu verwandeln, ist unsere Aufgabe!

15 **Deeskalation ist das Gebot der Stunde – Das Morden muss ein Ende haben!**

Die Jahrzehnte der Vertreibung, der Gewalt sowie des Recht des Stärkeren, haben dazu geführt, dass im Nahen Osten ein Flächenbrand droht. Mit dem militärischen Eingreifen in Gaza werden unkalkulierbare politische Weichenstellungen getroffen, die Israel nicht schützen, sondern zum unsichersten Ort der Region machen werden. Die Bundesregierung lehnt vehement einen Waffenstillstand ab und hat ihre Waffenlieferungen verzehnfacht. Doch stünde ein Waffenstillstand nicht im Widerspruch zur vermeintlichen Terrorismusbekämpfung. Terrorismus kann nicht durch Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung bekämpft werden. Stattdessen braucht es: diplomatische, zivile Beziehungen, Rüstungskontrolle und Abrüstung – für eine atomwaffenfreie Zone und gemeinsame wirtschaftliche
25 Entwicklung. Dafür muss die permanente, schädliche Einmischung der „westlichen Welt“ beendet werden. So ein Prozess kann in paradigmatischer Weise einen der gefährlichsten Brandherde der Welt löschen. Wir unterstützen daher alle Appelle der internationalen Gemeinschaft, der G77 und der Zivilgesellschaft für einen Waffenstillstand und nachhaltigen Frieden. Die "Resolution zum Schutz der Zivilbevölkerung und der Einhaltung humanitärer Verpflichtungen" hat gezeigt, dass die westlichen Staaten isoliert sind, aber mit aller Gewalt determiniert, eine Friedenslösung zu behindern. Der Rücktritt des ehemaligen Direktors des New Yorker Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte und „Senior Human Rights Advisor“ der Vereinten Nationen in Palästina Craig Mokhiber hat gezeigt, dass es wegen des zentralen Widerspruchs der USA mit der Charta der Vereinten Nationen, nicht gelungen ist, "die jahrzehntelange systematische Verfolgung und Säuberung des palästinensischen Volkes" zu verhindern. Wir sehen es daher als unsere
35 Aufgabe, als Teil der Zivilgesellschaft die Position derjenigen zu stärken, die für einen Stopp von Waffenexporten, für Abrüstung und für eine neue, globale Entspannungspolitik eintreten.

Wir streiten für die Internationalisierung Jerusalems und das Rückkehrrecht bzw. die angemessene Entschädigung der vertriebenen Palästinenser:innen und ihrer Nachkommen und die Anerkennung der vollständigen Rechtsgleichheit aller. Zusätzlich ist ein internationaler Wirtschaftshilfe-Plan zur ökologisch-sozialen Entwicklung aller Menschen in Palästina-Israel, um das Menschenrecht auf soziale Sicherung, gerechte und nachhaltige Nutzung der Ressourcen sowie ein Leben in Frieden zu garantieren. Wir fordern alle, sich entsprechend zu engagieren!

Es kommt auf uns alle an! Frieden beginnt mit Verstehen und Verständigung. Wir rufen alle auf, mit wissenschaftlichen Veranstaltungen, Diskussionen und aufklärenden Aktionen daran mitzuwirken. Wir rufen auf, für Waffenstillstand und für Frieden zu demonstrieren. Wir fordern alle Hochschulangehörigen auf, alle wissenschaftlichen Möglichkeiten und Kontakte nach Israel und in die palästinensischen Gebiete sorgsam für Humanität, Gerechtigkeit, Verständigung und Frieden zu nutzen und auszubauen.

Als Sozialist:innen stehen wir dabei jedoch keinesfalls für ein abstraktes bürgerliches Friedensideal, das jede militante Auseinandersetzung kategorisch ablehnt. Unser Maßstab muss immer die Emanzipation aller unterdrückten Menschen sein. Ein rein formaler „Frieden“, in dem Gaza weiterhin einer Militärblockade unterzogen bleibt und Palästinenser:innen im Westjordanland unverändert unter der Apartheid leiden, ist nicht unser langfristiges Ziel. Ohne alle Aktionen des Befreiungskampfes kritiklos zu unterstützen, betonen wir doch die grundsätzliche Legitimität des palästinensischen Widerstandes gegen den israelischen Kolonialstaat, ob bewaffnet oder nicht.

Wir verurteilen Sprech-, Diskussions- und Demonstrationsverbote. Seit 75 Jahren ist das Versprechen der Vereinten Nationen an die Palästinenser:innen auf einen eigenen Staat nicht eingelöst und die Weltgemeinschaft duldet die fortschreitende Zerstörung dieser Hoffnung. Dazu gehört auch die Verdrängung der palästinensischen Perspektiven aus dem öffentlichen Diskurs, sowie die unberechtigte Gleichsetzung dieser Sichtweisen mit Antisemitismus und der Rechtfertigung von Terror oder sie dessen zu verdächtigen. Deshalb sind die Repression und Demonstrationsverbote in der BRD inakzeptabel. Wir fordern die Behörden auf, es sofort aufzuheben und zur Achtung, Wahrung und Förderung der Grundrechte aller Menschen zu kommen!

Hochschule und der Kampf um Wissenschaftsfreiheit - Wissenschaftliche Sicht statt selektiver Moral

„Mit der Einsicht in den Zusammenhang stürzt, vor dem praktischen Zusammensturz, aller theoretischer Glaube in die permanente Notwendigkeit der bestehenden Zustände. Es ist also absolutes Interesse der herrschenden Klasse, die gedankenlose Konfusion zu verewigen.“
Karl Marx an Kugelmann, 11. Juli 1868

Gegen die herrschenderseits forcierte Hegemonie der Zeitenwende und Staatsräson

brauchen wir an den Hochschulen eine neue Dynamik im Kampf um eine kritische Wissenschaftsperspektive.

Wissenschaft ist ein nie abgeschlossener Prozess von Erkenntnisgewinn und muss dahingehend interdisziplinär stärker auch im Palästina-Konflikt zur Geltung kommen. Nach
5 Marx bräuchte es keine Wissenschaft, wenn Wesen und Erscheinung zusammenfielen: Wenn also Gesamtzusammenhang und einzelne situative Geschehnisse zeitgleich erscheinen und wahrnehmbar wären. Daher kann z.B. in der Geschichtswissenschaft nicht nur eine Nacherzählung von Ereignissen sein (Überfall von Hamas am 7. Oktober), sondern sie muss über Kausalbeziehungen und Ursachen aufklären. Spätestens seit der Bologna-Reform funktioniert die heutige institutionelle Form von Wissensaneignung und Bildung jedoch immer stärker durch Modularisierung und Ansammlung von Faktenwissen
10 statt Zusammenhänge und Analyse. Daher stärken wir als SDS vermehrt marxistische Ansätze an der Hochschule und stärken das Denken in Zusammenhängen sowie die Analysefähigkeit. Wissenschaft ist kein Karrierebetrieb für individuelles Fortkommen, sondern
15 der Kampf für Wahrheit gegen das herrschende Interesse an gedankenloser Konfusion.

Die Moralisierung und Bewertung von einzelnen Ereignissen prägen aktuell besonders das außenpolitische Denken, ebenso aber auch unser Bild von „der Hamas“ oder dem „politischen Islam“. All diese Schlagwörter sollen in bestimmten moralischen Kategorien eingerahmt werden ohne das Wesen dieser Erscheinungen näher zu betrachten:

20 Weil von diesen Rahmenbedingungen abstrahiert wird, wird die Entkontextualisierung des Überfalls von Hamas pseudokonkret. Es klammert die historischen Verhältnisse aus (z.B. Kolonialismus). Objektive Beschränkungen (Besatzung) werden als subjektive Beschränktheit z.B. muslimischen Menschen, kolonialisierten Ländern („Barbarentum“) in die Schuhe geschoben.

25 In dieser Erscheinungsform versuchen Universitäten und Hochschulen vermehrt in der Forschung „ideologiekritisch“ über Kultur und Religion eine vermeintliche Rückständigkeit des Islam oder muslimisch geprägten Ländern zu diagnostizieren statt wie im Kolonialismus über „Rasse“ oder „Ethnie“ zu sprechen und schüren damit den neuen Nationalismus der Rechten.

30 Daher streiten wir als SDS für eine Zivilklausel im negativen und positiven Sinne: Es braucht einen sofortigen Forschungs- und Lehrstopp über die direkte und indirekte militärische Verwendung. Stattdessen müssen wir als SDS im positiven Sinne der Zivilklausel die Aufklärung über Verhältnisse sowie soziale Entwicklung zur Grundlage der Forschung und Lehre in gesellschaftlicher Verantwortung stärken. Dafür ist die öffentliche Ausfinanzierung der Universitäten unabdingbar, um Drittmittelabhängigkeiten als politisches
35 Vehikel für Zensur zu brechen und Wissenschaftsfreiheit zu stärken.

Daher der Appell: Mehr Mut, sich gegen die Verhältnisse zu wehren, die uns überhaupt in

diese Konkurrenzsituation drängen und herrschaftskritischer zu werden! Das nutzt uns allen!

Glossar

- ABK - Antragsberatungskommission
 AG - Arbeitsgruppe
 AStA - Allgemeiner Studierenden Ausschuss
 5 BAK - Bundesarbeitskreis
 BDS - Boycott, Divestment and Sanctions (politische Kampagne zum Boykott Israels)
 BL - Bewegungslinke (Organisation innerhalb der LINKEN)
 BO - Basisorganisation
 BuKo - Bundeskongress
 10 BuVo - Bundesvorstand
 cis - Cisgender (Personen, deren Geschlechtsidentität mit ihrem im Geburtenregister eingetragenen Geschlecht übereinstimmt)
 critica - Verbandszeitschrift des SDS
 DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund
 15 DWE - Deutsche Wohnen Enteignen
 EG - Ende Gelände
 FFF - Fridays For Future
 FLINTA - Frauen, Lesben, inter-, nicht binäre, trans- und agender Personen
 FZS - Freier Zusammenschluss von Student*innenschaften
 20 G!G - Kampagne Genug ist Genug
 GeFü - politische Geschäftsführung
 GEW - Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
 Gj - Grüne Jugend
 GO-Antrag - Antrag zu Geschäftsordnung
 25 GO-Politik - Gewerkschaftsorientierte Politik
 GruKa - Gruppen und Kampagnen Stelle
 IL - Interventionistische Linke
 KLH - Karl-Liebknecht-Haus
 KPF - Kommunistische Plattform (Organisation innerhalb der LINKEN)
 30 M21 - Marx 21 (Organisation innerhalb der LINKEN)
 MEW - Marx-Engels-Werke
 MFG - Marxistisch-Feministische Gruppe (Organisation innerhalb der LINKEN)
 NGG - Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten
 OG - Ortsgruppe
 35 PKK - Partiya Karkerên Kurdistanê (Arbeiter*innen Partei Kurdistans)
 RCDS - Ring Christlich-Demokratischer Studenten
 RLS - Rosa Luxemburg Stiftung
 SAK - Sommerakademie
 SCK - System Change Kongress
 40 SchiKo - Schiedskommission
 SDAJ - Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
 SDS - Sozialistisch Demokratischer Studierendenverband (oder historisch: Sozialistisch Deutscher Studentenbund)
 SL - Sozialistische Linke (Organisation innerhalb der Linken)
 45 SRT - Soziale Reproduktionstheorie
 StuPa - Studentisches Parlament

- StuRa - Studentischer Rat
- TO - Tagesordnung
- TVE - Tarifvertrag Entlastung
- TVN - Tarifvertrag Nahverkehr
- 5 TVöD - Tarifvertrag Öffentlicher Dienst
- TVStud - Tarifvertrag Studierende
- trans* - Transgender
- VA - Veranstaltung
- ver.di - Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
- 10 WO - Wahlordnung
- wfz - #Wirfahrenzusammen (Kampagne um Klimabewegung und Tarifkämpfe der Gewerkschaften im öffentlichen Nahverkehr zu verbinden)